

Kurt Schiltknecht: Warum die Schweiz aus dem IWF austreten sollte

Nummer 27 – 2. Juli 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN

Mutter Simonetta

Die heimliche Heilige.
Von Philipp Gut

Burkhalter 460 000-Franken-Flug

Teure Grossraum-Diplomatie des Aussenministers. Von Hubert Mooser

Politik, Sex und Troubadours

Leben und Werk des Zytglogge-Verlegers Hugo Ramseyer.
Von Rico Bandle





1973 SEIT 42 JAHREN LEGENDÄR – ZU LAND UND ZU WASSER

Die Heritage Chrono Blue spiegelt das Azur des sommerlichen Mittelmeeres wider. Mit technischer Finesse, zeitlosem Design und glamouröser Eleganz durchquert die Neuinterpretation des legendären TUDOR Chronographen 7169 mühelos das Meer der Zeit. Dank großartiger Momente zu Land und zu Wasser genießt die 1973 lancierte Armbanduhr den Ruf einer Ikone. Und die neue Heritage Chrono Blue setzt die Legende fort.

TUDOR HERITAGE CHRONO BLUE

Mechanisches Uhrwerk mit Selbstaufzug, wasserdicht bis 150 m, Edelstahlgehäuse 42 mm.
Besuchen Sie Tudorwatch.com und entdecken Sie mehr.



TUDOR
WATCH YOUR STYLE

BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel +41 (0)43 344 63 63
beyer-ch.com

Intern

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga bleibt für viele ein Rätsel, ihr haftet, bei aller Popularität, etwas Sphinxhaftes an. Die feingliedrige SP-Magistratin und Dauerlächlerin macht auf allen Parketten *bella figura*. Bei einem Wutausbruch hat man sie noch nie überrascht. Man könne mit ihr einfach nicht streiten, sagt ein Genosse mit einem Anflug leisen Bedauerns. Doch was sie wirklich antreibt, bleibt verborgen. Inlandchef Philipp Gut hat mit Genossen und Weggefährten gesprochen und wagt einen Blick hinter die stets makellose Fassade der Justizministerin, welche die drängendsten Probleme des Landes verwaltet. Einen Schwerpunkt unseres Titeldossiers bildet das Asyl-



Sprachrohr der Linksalternativen: Hugo Ramseyer.

wesen, das immer mehr aus dem Ruder läuft. *Weltwoche*-Autor und Nationalrat Peter Keller (SVP) berichtet exklusiv von einem Besuch der zuständigen Parlamentskommission an der Schweizer Südgrenze in Chiasso. Er erlebte viel offizielle Schönfärberei, aber auch ehrliche Worte der Verantwortlichen. Deutlich wird, dass die Behörden den Zustrom illegaler Migranten leicht bremsen könnten: Die meisten reisen bequem mit dem Zug in Chiasso an und wären ohne Umschweife wieder zurückzuschicken. Alex Reichmuth zeigt in seiner Reportage aus Aarburg AG, wie eine Gemeinde unter den explodierenden Kosten leidet, welche die zahlreich angesiedelten Eritreer verursachen. Schliesslich porträtiert Wolfgang Koydl den Niederländer Robert Visser, Chef einer Organisation, die eigentlich im Zentrum des Geschehens steht, von der aber kaum jemand gehört hat: die europäische Asylagentur, die in Malta mit durchschlagender Wirkungslosigkeit hundert Leute beschäftigt. **Seiten 14–23**

Was kann die Schweiz gegen die Gefahr des islamistischen Terrors und gegen die zunehmende Radikalisierung junger Muslime tun? Am Anfang einer Strategie müsste einmal überhaupt die Einsicht stehen, dass wir ein Problem haben. Dieses Problem kam durch Migranten in die Schweiz, vor allem aus den albanisch- und bosnischsprachigen Regionen des Balkans, aus Nordafrika und aus der Türkei. Inzwischen hat sich totalitär-islamistisches Gedankengut auch unter Schweizer Konvertiten verbreitet. Unser Problem ist es, dass wir zu lange zu tolerant und zu nachgiebig gegenüber den radikal-islamischen Feinden von Demokratie und Rechtsstaat waren. Damit muss jetzt Schluss sein. Wer wie die überwiegende Mehrheit der hier lebenden Muslime Gewalt ablehnt und Religion als Privatsache betrachtet, sollte in Ruhe gelassen werden. Der wachsende Dschihad-Fanklub unter Migranten, Secondos und Konvertiten gehört hingegen beobachtet und wenn möglich strafverfolgt. **Seite 36**

Sein Hund heisst «Buddy von Hohenlohe», und er residiert in einer wunderbaren Jugendstilvilla direkt am Thunersee: Hugo Ramseyer, dessen Zytglogge-Verlag nicht nur Künstlerlegenden wie Mani Matter, Emil Steinberger oder Franz Hohler betreute, sondern jahrzehntelang als wichtigstes Sprachrohr der linksalternativen Szene agierte. Fünfzig Jahre nach der Gründung gibt Ramseyer seinen Verlag nun ab. Rico Bandle hat den 78-jährigen Verleger im Berner Oberland besucht und mit ihm über grosse Zytglogge-Autoren wie Jürg Jegge, Gret Haller, Helmut Hubacher oder Bernard Thurnheer gesprochen. Und natürlich auch über den grössten Polit-Sexskandal der modernen Schweiz, den der Verlag einst ausgelöst hatte. **Seite 44**

Ihre Weltwoche



www.stellen-anzeiger.ch



STELLEN-ANZEIGER
Das Schweizer - Jobportal

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,
E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,
E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter
www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrig, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab, Mark van Huisseling

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Simon Keller, Fabian Gimmi (*Assistent*)
Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempster, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*), Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Fabian Keller, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Aextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Ziegler Druck, Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





© UBS 2015. Alle Rechte vorbehalten.

Miterleben

Einzigartige Momente beim Montreux Jazz Festival.

ubs.com/montreuxjazzfestival



«Bilateral»

Die Wirtschaft macht mobil.
Mit erstaunlich dürftigen
Argumenten.

Von Roger Köppel

Zur Erinnerung: Am 9. Februar 2014 haben eine deutliche Mehrheit der Kantone und eine knappe Mehrheit der Stimmberechtigten gegen den massierten Widerstand von Bundesrat, Wirtschaftsverbänden, Zeitungen und Kirchen eine Rückkehr zur selbstgesteuerten Zuwanderung gefordert. Der Souverän verlangt die Einführung von erprobten Instrumenten (Kontingenten), die es uns erlauben, die Migration nach den gesamtwirtschaftlichen Interessen wieder selber zu kontrollieren.

Anderthalb Jahre nach der aufwühlenden Volksabstimmung ist noch immer nichts passiert. Die Nettoeinzwanderung wird Ende Jahr trotz nachlassender Konjunktur auf knapp 100 000 Menschen steigen. Der Bundesrat ist weder willens noch in der Lage, den ungebremsten Zufluss von Leuten aus der EU einzudämmen. Die Ausländerarbeitslosigkeit steigt massiv. Ungeachtet dessen kommen immer neue Portugiesen ins Land – auf vergleichsweise niedriger Qualifikationsstufe, mit einem entsprechend höheren Arbeitslosigkeitsrisiko.

Gesamtswweizerisch muss das migrationsgetriebene Wachstum auf einer Fläche von jährlich 4560 Fussballfeldern aufgefangen werden. Ende 2014 lebten 8,2 Millionen Menschen in der Schweiz, davon 2 Millionen Ausländer. Geht es mit der Personenfreizügigkeit weiter wie bisher, kann in zwanzig Jahren die 10-Millionen-Marke geknackt werden.

Die Schweiz muss weg vom quantitativen, hin zum qualitativen Wachstum. Es ist ein Märchen, wenn politisch interessierte Kreise erzählen, es kämen vor allem hervorragend Ausgebildete in die Schweiz. Im Wirtschaftskanton Zürich ist die Hälfte der Zuwanderung Familiennachzug. Unter den Werkstätigen dominieren mit 85 Prozent Leute mit einem Einkommen von unter 100 000 Franken jährlich. Wenn es in der Schweiz tatsächlich so massiv an Fachkräften mit Hochschulabschluss mangelt, warum beträgt die Arbeitslosigkeit unter Akademikern im Kanton Zürich 25 Prozent?

Seit Einführung der vollen Personenfreizügigkeit 2007 haben Gewerbe und Industrie in der Schweiz insgesamt 40 000 Arbeitsplätze abgebaut. Herrscht am Ende ein Überangebot, nicht ein Mangel an Fachkräften? Statistiken belegen, dass die Nachfrage nach europäischen Arbeitskräften nicht in der privaten



Magisches Denken durchgeistert die EU-Debatten.

Wirtschaft, sondern vor allem im öffentlichen Sektor, also beim Staat, stattfindet. Die Verwaltung hat an der Nichtumsetzung der Zuwanderungsinitiative ein direktes Interesse.

Es ist ein Gebot der Vernunft, die kostentreibende Masseneinwanderung zu stoppen. Die Bürgerlichen müssten sich dafür einsetzen, aber auch die Linken, deren nobelstes Ziel es doch sein sollte, den Sozialstaat gegen seine Ausbeutung zu verteidigen. Die SP Schweiz unter ihrem forschen Vorsitzenden Levrat hat für die Zuwanderungsbeschränkung nur Hohn und Spott übrig. Frivol arbeitet die Linke an der Demontage jener Errungenschaften,



die ihre Vorgänger mutig und mit herbem Wirklichkeitsbezug erkämpften.

Die organisierte Wirtschaft versteift sich im Wahlkampf darauf, die Erhaltung der bilateralen Verträge mit der EU zur Überlebensfrage hochzudeuten: Bilateralismus oder Tod. Auf keinen Fall könne es die Schweiz sich leisten, die Europäische Union durch die Umsetzung eines Volksentscheids zu verärgern. Die Kritiker blenden aus, dass die Wirtschaftsbeziehungen zur EU heute überwiegend über Freihandelsverträge der WTO gesichert sind. Schon 1992 beim EWR sagte man der Schweiz einen Untergang voraus, der bis heute nicht stattfand (siehe Seite 10).

Der Verband der Schweizer Maschinenindustriellen Swissmem legte kürzlich eine Broschüre vor, um seine heftigen Behauptungen zu untermauern. Das Dokument des Wirtschaftsforschungsinstituts BAK Basel wurde erkennbar von deutschen und holländischen Autoren ohne Detailkenntnis der Schweizer Wirtschaftsgeschichte angefertigt. Es enthält die bemerkenswerte Feststellung, dass die Schweizer Industrie vor allem deshalb innovationsfähig und erfolgreich sei, weil man die Bilateralen habe.

Man staunt. Gab es vor 2001 kein intelligentes Leben in der Schweiz? Sind wir erst seit den EU-Abkommen innovations- und wettbewerbstauglich? Wurden Schweizer Produkte, die es zweifellos schon vor den Bilateralen gab, in Europa früher aus Mitleid gekauft und nicht etwa deshalb, weil es sich um hervorragende Angebote handelte? Für die BAK-Autoren sind die EU-Verträge im ausschliesslichen Interesse der Schweiz und wichtiger als die Leistungen der Unternehmen.

Bei allem Verständnis dafür, dass sich der oberste Industrieverband für gute Beziehungen zu seinen europäischen Kunden einsetzt: Die masochistische Überschätzung der EU-Verträge ist argumentativ unschlüssig und inhaltlich eine Beleidigung für die Industrie. Der wirtschaftliche Fortbestand der Schweiz hängt zum Glück nicht nur von der Politik und ihren Verträgen ab, sondern vor allem von der Qualität der Dienstleistungen und Produkte.

Die Bilateralen sollten uns den Schlaf nicht rauben. Chefunterhändler Yves Rossier selber warnte davor, die EU-Verträge allzu hoch zu hängen. Trotzdem hat die Schweiz kein Interesse, die Abkommen leichtfertig über den Haufen zu werfen. Sollte die EU wider alle Vernunft darauf beharren, wäre auch dies wohl keine Katastrophe. Magisches Denken durchgeistert die EU-Debatten. Die «Bilateralisten» halten gläubig an ihren Dogmen fest. Der gesunde Menschenverstand aber sagt uns, dass sich die dichtbesiedelte Schweiz für einen Volksentscheid zur Migrationsbeschränkung weder entschuldigen noch bestrafen lassen muss.



Einfluss in Brüssel: Manfred Weber. Seite 48



Letzte Tabus des Zweiten Weltkriegs: Seite 56



Sprachrohr: Hugo Ramseyer. Seite 44



«Scheinmoral»: Katja Rost. Seite 38

Kommentare & Analysen

- 5 **Editorial**
- 9 **Kommentar** Geschwächt durch die Europa-Vision
- 9 **Im Auge** Leila Ben Ali, Ex-First Lady
- 10 **Aussenpolitik** Euro-mässig
- 10 **Bilaterale** Alexis Müller
- 11 **Bundesrat** Burkhalters 460 000-Franken-Flug
- 11 **Restitution** Nehmt das Bild!
- 12 **Personenkontrolle** Fluri, Leuthard, Turnherr etc.
- 13 **Nachruf 1** Patrick Macnee (1922–2015)
- 13 **Nachruf 2** Jewgeni Primakow (1929–2015)
- 14 **«Bambi mit Reisszähnen»**
Bundesrätin Sommaruga verwaltet die grössten Probleme
- 18 **Service public im Dienste von Schleppern**
Das europäische Asylabkommen ist faktisch gescheitert
- 20 **«Ich will Zahlen sehen»**
Die Aarburger Sozialvorsteherin Martina Bircher (SVP)
- 22 **«Migration liegt in der menschlichen Natur»**
Robert Visser, Direktor der EU-Flüchtlingsagentur EASO
- 24 **Die Deutschen** Relevanter Faktor
- 24 **Wirtschaft** Austritt, jetzt!
- 25 **Ausland** Die Uno kommt in die Jahre
- 26 **Mörgeli** Themenführer ruft Verhandlungsführer
- 26 **Bodenmann** Empört und erschüttert
- 27 **Medien** SM, MSM, LM und LP

- 27 **Gesellschaft** Die rote Linie
- 28 **Darf man das? / Leserbrief**

Hintergrund

30 **Entwicklung für Helfer**

Die Entwicklungshelfer prägen die Schweizer Aussenpolitik

32 **Entwicklungshilfe** Schlechtes Gewissen

33 **Zürcher See-Spital** Schonfrist für Betrüger

34 **Sommarugas Laufbursche**

Die umgekrempelte EU-Strategie von Bundesrat Burkhalter

36 **Das Problem ist die Toleranz**

Die Schweiz tut zu wenig gegen den islamistischen Terror

38 **«Eine Illusion»**

Soziologie-Professorin Katja Rost widerlegt populäre Studien

40 **Wissenschaft** Weil nicht sein kann, was nicht sein darf

41 **Energiepolitik** ETH-Professor Anton Gunzinger liegt falsch

42 **Sozialstaat für alle**

Das Wohlstandsgefälle treibt Ausländer in die Schweiz

44 **Politik, Sex und Troubadours**

Zytglogge-Verleger Hugo Ramseyer gibt sein Lebenswerk ab

47 **Im Gespräch** Christoph M. Mueller, Fintech-Unternehmer

48 **Kungeln zwischen Aperitif und Dessert**

G-5 heisst das Schattenkabinett der europäischen Politik



Einzigartige Anziehungskraft: Google-Campus in Mountain View. Seite 50.

Gesellschaft

50 Kaliforniens Hippie-Festungen

In den kolossalen Firmensitzen von Apple, Google und Facebook finden die Pioniere der Tech-Generation ihr natürliches Biotop

Stil & Kultur

54 Stil & Kultur Mobile Paarung

56 Lotse in der Unterwelt

Historiker Antony Beevor bricht in seinem neusten Buch, «Ardennes 1944», eines der letzten Tabus des Zweiten Weltkriegs

60 Top 10

60 Kino «Men & Chicken»

61 Jazz Ruby Braff featuring Coleman Hawkins

62 Namen Schweinebauch auf Sojabohnen

63 Hochzeit Leye Akinsanmi und Ijoma Akabogu

63 Thiel Weltverschlimmerer

64 Wein Champagne Philippe Starck Brut Nature 2006

64 Zu Tisch Rico Zandonella im «Rico's», Küsnacht

65 Auto Peugeot 508 RXH 2.0 HDi

66 MvH trifft Walter Andreas Müller, Schauspieler und Moderator

Autoren in dieser Ausgabe

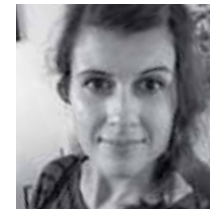
Kurt Pelda



Der Kriegsreporter und Gewinner des Schweizer Menschenrechtspreises 2014 schreibt regelmässig in der *Weltwoche* über die Entwicklung des

islamistisch motivierten Terrorismus. In dieser Ausgabe warnt er davor, gegenüber der Radikalisierung junger Muslime die Augen zu verschliessen. Seite 36

Sarah Pines



Die Literaturwissenschaftlerin und freie Journalistin schreibt für die *Zeit* und die *Weltwoche*. In dieser Ausgabe porträtiert sie die Pioniere in den

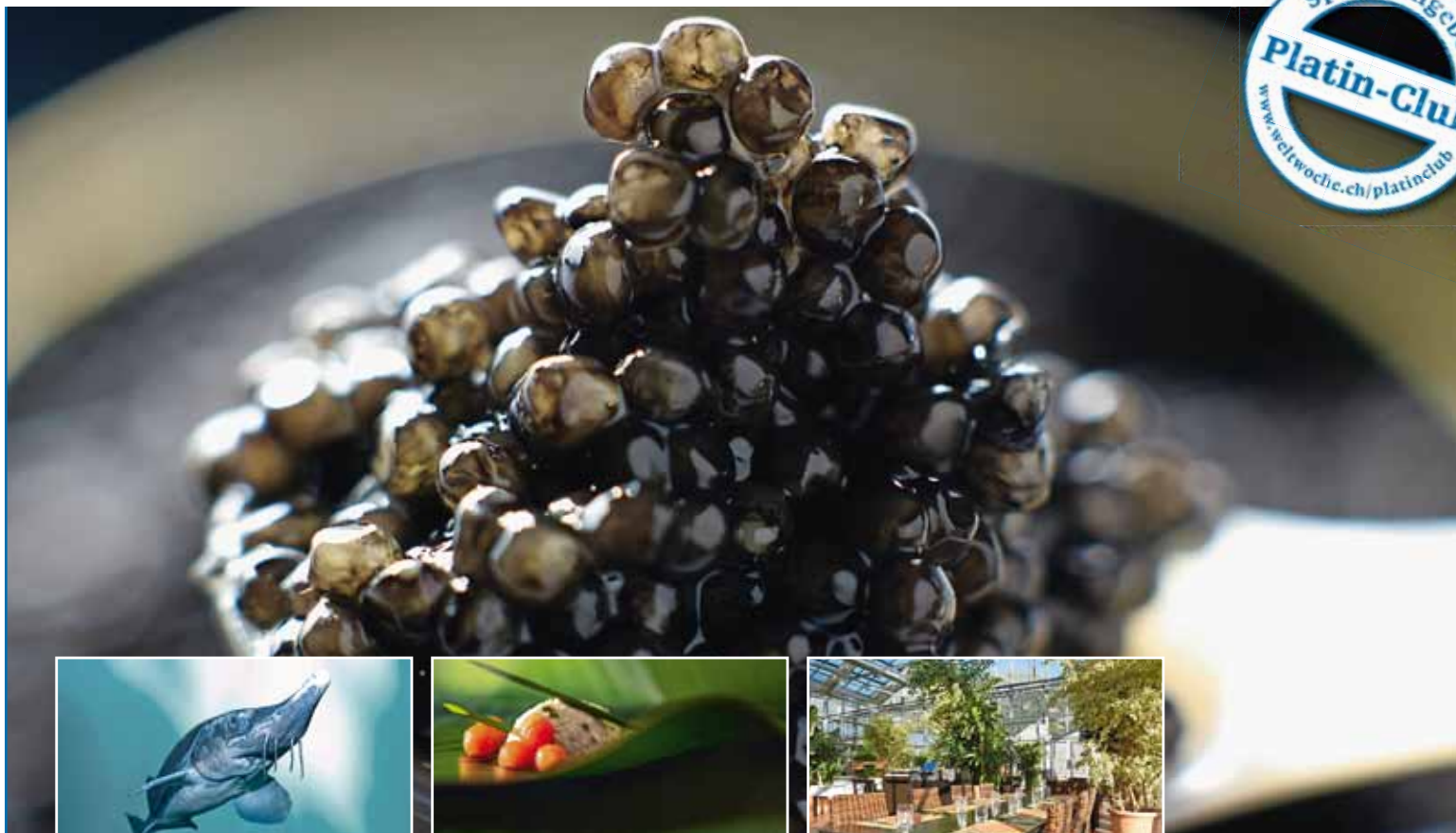
kalifornischen Tech-Firmen wie Apple, Facebook oder Google, die sich mit futuristischen Bauwerken ihre eigene Welt erschaffen. Seite 50

Das Weltwoche-«Taschenheft».

Mit den Weltwoche-Apps für das iPhone oder das Android-Smartphone haben Sie auch unterwegs die Weltwoche immer dabei.



DIE WELTWOCH



Tropenhaus Frutigen

Stör, Kaviar und Co.

Möchten Sie aus dem Alltag ausbrechen, ohne dafür gleich Tausende Kilometer weit auf eine ferne Südseeinsel zu fliegen? Dieses Abenteuer macht das Tropenhaus Frutigen möglich. Geniessen Sie einen unvergesslichen Aufenthalt im Berner Oberland mit kulinarischen Exklusivitäten.

Gewächshaus, Fischzucht und Gourmetpalast – all das ist das Tropenhaus Frutigen. Hier, am Tor zu den Alpen, befindet sich die erste Störzucht im alpinen Raum sowie der einzige Betrieb zur Produktion von Kaviar in der Schweiz.

Möglich wird dies durch ein einmaliges Konzept: Für Fische, Pflanzen und Früchte wird die Energie aus dem 18 Grad warmen Bergwasser gewonnen, das mit 70 Litern pro Sekunde aus dem Lötschberg-Basistunnel strömt. Resultat: ein alpiner Garten Eden!



Auf einer Führung erfahren Sie alles über den Stör und seine Produkte. Als Highlight des Abends kommen Sie in den Genuss unseres bekannten Oona Kaviars und ausgewählten Störvariationen, die wir mit Champagner servieren. Zu guter Letzt erwartet Sie ein feines 4-Gang-Störmenü mit begleitenden Weinen, Mineralwasser und Kaffee. Wenn Sie den Aufenthalt verlängern möchten, steht Ihnen das Hotel «Eden» in Spiez am Thunersee zur Verfügung.

Detailprogramm unter: www.weltwoche.ch/platinclub

Platin-Club-Spezialangebot

Stör und Kaviargenuss im Tropenhaus Frutigen
13. Oktober 2015, 18.30 Uhr

Leistungen:

- Führung durch das Tropenhaus (1 Stunde)
- Stör und Kaviardegustation (Oona Kaviar)
- 4-Gang-Störmenü inkl. Weine, Kaffee und Mineralwasser

Preis:

Fr. 182.– pro Person

Übernachtung inklusive Frühstück:

Doppelzimmer: Fr. 290.–

Einzelzimmer: Fr. 198.–

Buchung:

Reservieren Sie Ihr Arrangement über
Telefon 033 672 11 46

oder events@tropenhaus-frutigen.ch.

Bitte Stichwort «Weltwoche Platin-Club» angeben.

Veranstalter:

Tropenhaus Frutigen

www.tropenhaus-frutigen.ch, www.oona-caviar.ch

Partner:

Hotel «Eden», Spiez, www.eden-spiez.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Geschwächt durch die Europa-Vision

Von Beat Gygi — Griechenland kann sich derart viel erlauben, weil die Führungsschichten der EU in der Integrationsvision gefangen und dadurch schwach sind.



Scheinbare Gegensätze: EU-Politiker Juncker.

Der Schwanz wedelt mit dem Hund. Dieser Gedanke kommt angesichts des Kräfte-messens zwischen der griechischen Regierung und den Institutionen von EU und Währungsfonds unwillkürlich auf. Seit fünf Jahren erhält das kleine Land, dessen Sozialprodukt nicht ganz 1,5 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung der EU ausmacht, eine Unterstützung und Aufmerksamkeit durch den Staatenverbund, wie man es sich früher nie hätte vorstellen können. Als Gegenleistung musste Griechenland zwar Reformen versprechen, aber jetzt zeigt sich, dass sich das Problem-land auch in dieser Hinsicht mehr herausnehmen kann, als abgemacht war.

Ein raffinierter Spielzug?

Diese Woche machte es kurz den Anschein, als verlören die Verantwortlichen von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank, Währungsfonds und den europäischen Regierungen die Geduld, als liessen sie Griechenland fallen und damit aus der Euro-Zone ausscheiden und bankrottgehen. Aber kaum waren die Verhandlungsparteien ein paar Schritte auseinander gegangen, wendete sich EU-Kommissions-Präsident Jean-Claude Juncker um und rief den Griechen zu, man wolle doch mit ihnen eine Lösung finden. Das war die Hauptbotschaft der Woche: Die Führung des europä-

ischen Gebildes ist zu schwach, um die Regeln der Währungsunion durchzusetzen.

Klar, mit dem hektischen Organisieren einer Volksbefragung scheint die griechische Regierung am Abgrund zu stehen, aber vielleicht ist das ein raffinierter Spielzug, um EU und Währungsfonds einmal mehr den Rhythmus aufzuzwingen. Wenn die Abstimmung am Sonntag ein Ja zum Reformpaket ergibt, dürften die alten Hilfezusagen und Reformversprechen aufgewärmt und das Feilschen fortgesetzt werden. Regierungschef Alexis Tsipras, der ein Nein fordert und sein politisches Schicksal mit diesem Resultat verbindet, erreicht mit der Abstimmung, dass er Verantwortung auf das Volk überwälzen kann. Und sollte der Entscheid gegen ihn ausfallen, kann er durchaus in neuer Form antreten, etwa mit umgebauter Regierung oder einer neuen Koalition, und das Spiel des respektlosen Kleinen gegen die gelähmten Grossen fortsetzen.

Grosse Koalition der Nachsicht

Europas Regierungseliten, EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Währungsfonds sind gefangen in ihren politischen Zielen und ihrer Besessenheit, die Währungsunion ja nicht scheitern zu lassen. Und der Austritt Griechenlands wäre aus der Sicht solcher Euro-Politiker ein Scheitern. Im Grunde genommen sitzen die EU-Politiker und Kommissare trotz scheinbarer Gegensätze ja auf der gleichen Seite wie die Griechen, beide sind letztlich gegen einen Bruch. Selbst die Experten des Währungsfonds möchten ihr Engagement möglichst beibehalten, weil sie schon so viel Zeit und Karriereschritte in das Vorhaben investiert haben. Alles in allem ist hier also eine grosse Koalition der Nachsicht am Werk.

Dahinter steht das Problem, dass die Führungsschichten in der EU durch die Bürger nur schwach kontrolliert werden. Die europäischen Institutionen sind vielmehr, wie es der Ökonom Roland Vaubel formuliert hat, eine Interessengruppe, die sich primär für Zentralisierung und Vereinheitlichung einsetzt, da sie sich davon eine Stärkung ihrer eigenen Position im europäischen Konstrukt verspricht. Wenn aber für Politiker und Verwaltungsleute die sogenannte Integration Europas zentrales Ziel ihrer Arbeit und Karriere ist, bleibt so wenig Platz für vernünftiges Abwägen bei wichtigen Entscheidungen, dass sie am Schluss schwächer sind als die Griechen.

Kleopatra macht Ferien



Leila Ben Ali, Ex-First Lady.

Tunesien, das ist nicht nur dieses schreckliche Blutbad am Touristenstrand, sondern auch die schleichende, unsichtbare Ausblutung durch eine Seuche, die Korruption heisst. Und die Meisterin in diesem Fach war Leila Ben Ali, heute 58, die Frau des vertriebenen Ex-Präsidenten Zine al-Abidine Ben Ali, 78. Vor den Massenprotesten der Jasminrevolution war die schöne Leila, gelernte Coiffeuse, ein Liebling des Westens, hofiert als moderne Kleopatra, als aufgeklärteste und fortschrittlichste Frau der islamischen Welt, die sich unter anderem an 55 Prestigeautos erfreute. Bis zu jenem Tag im Januar 2011, als sie bei der Zentralbank in Tunis vorfuhr. Sie liess sich anderthalb Tonnen Gold einpacken und 400 Millionen Dollar an ihr Fluchtdomizil Kuwait überweisen. Die Alis fanden bald dauerndes Asyl in Saudi-Arabien, woran sich nichts änderte, nachdem sie beide in Abwesenheit zu 35 Jahren Gefängnis verurteilt worden waren. Manche Revolutionen erhitzen sich an einer verhassten Femme fatale, von Marie Antoinette bis Elena Ceausescu, aber Leila trieb es als Clan-Chefin der Trabelsis ihrer raffigierigen Familie besonders dreist. Der Basler Strafrechtler Mark Pieth errechnete, dass die weitverzweigte Sippe zwanzig Milliarden Dollar anhäuften. Zeitweise floss ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts auf ihre Kanäle und Konten. Das Präsidentenpaar allein bereicherte sich um fünf Milliarden. Die begehrlichen Trabelsis klauten sogar drei prächtige Jachten in Frankreich und liessen sie einfach frisch überpinseln. Ein Ökonom der Weltbank, der Holländer Bob Rijkers, hat jetzt erklärt, wie eine Hand die andere wusch: Freunde und Günstlinge der Alis und der Trabelsis entrichteten keine oder lächerlich geringe Importsteuern. Durch diese systematische, tolerierte Steuerhinterziehung gingen dem Land nochmals Milliarden verloren. Am 12. Juni hat ein Verwaltungsgericht in Tunis die Beschlagnahme von Firmen, Immobilien, Autoparks und Jachten des Ehepaars Ben Ali und 114 weiterer Personen im Wert von dreizehn Milliarden Dollar wegen eines Formfehlers für illegal erklärt. Danach ist Leila in den Urlaub auf die sicheren Seychellen geflogen. Peter Hartmann

Euro-mässig

Von Roger Köppel — Aussenminister Didier Burkhalter's unehrliche Pläne.

Die Turbulenzen in der Euro-Zone bringen eine wichtige Erkenntnis, die man allerdings schon vorher hatte: Die funktionierende Schweiz muss Abstand halten zur EU. Auf keinen Fall darf man den bundesrätlichen Plänen folgen, die Schweiz «institutionell» enger in die EU einzustricken.

Der Bundesrat strebt einen «Rahmenvertrag» an, der die Schweiz europäischem Recht und europäischen Richtern unterordnen will. Mit dieser Botschaft trat er auch letzte Woche wieder vor die Medien.

«Rahmenvertrag» heisst: Die Schweiz muss künftig in allen bilateralen Vertragsbeziehungen europäisches Recht dynamisch übernehmen. «Dynamisch» heisst automatisch, weil im Konfliktfall das oberste EU-Gericht entscheidet. So will es die EU. So betet es Burkhalter nach.

Vordergründig führen Bundesrat und Wirtschaft einen Kampf für die Rettung der bilateralen Verträge zur angeblichen Rettung der

Die Angstmacherei soll die Leute davon abhalten, am Selbstverständlichen festzuhalten.

Schweiz. Die Angstmacherei soll die Leute davon abhalten, am Selbstverständlichen festzuhalten: dass nämlich der Bundesrat endlich die Masseneinwanderungsinitiative umsetzt und sich nicht vorseilend nach den Wünschen Brüssels richtet. Der Volksentscheid wird von oben systematisch hintertrieben.

Schummrige Theater

Aussenminister Burkhalter hantiert am Nebelwerfer. Den Leuten erzählt er, er werde durch eine neue Strategie der «Verknüpfung» härter mit Brüssel verhandeln. Das ist ein Witz, denn Entscheidendes bleibt unverknüpft. So winkte der Bundesrat letzte Woche eine neue Kohäsionsmilliarde für die EU durch, ohne Brüssel auch nur das geringste Zugeständnis beim Personenverkehr abzufordern.

Dem Heimpublikum wird schummrige Theater vorgespielt. Lassen wir uns nicht täuschen: Der Bundesrat will mit seinem «Rahmenvertrag» die Schweiz durchs Hintertürchen in die EU führen. Auf dem Schleichweg liesse sich der ungeliebte Volksentscheid entsorgen. An Unehrlichkeit ist die Berner Politik inzwischen fast auf Euro-Niveau. Zum Glück merken es alle.

Alexis Müller

Von Markus Schär — Die Schweiz muss wie Griechenland entscheiden, wie sie ihre Beziehung zur EU weiterführen will. Die Wahl, vor die uns die FDP stellen will, ist falsch.

Was ist der Unterschied zwischen Alexis Tsipras und Philipp Müller? Ein wichtiger trat letzte Woche zutage. Der Ministerpräsident von Griechenland müsste seinem Volk als Staatsmann dienen; er will aber immer noch als Populist wüten, weil er nur so seine Regierung retten kann. Der Präsident der FDP Schweiz dagegen könnte den Populisten spielen, doch er muss den Staatsmann geben: Nur so kann seine Partei vermeintlich die Wahlen gewinnen, erstmals seit 1979, als sie «Mehr Freiheit, weniger Staat» forderte.

Am letzten Samstag, vor den Parteidelegierten in Amriswil TG, legte Philipp Müller das zehnteilige Manuskript weg und zog eine Stand-up-Comedian-Show ab – im Namen der Differenziertheit. Er spottete über die SP und die SVP, die für ihr Parteiprogramm nicht einmal die siebzehn Sekunden brauchten, die ihnen «10 vor 10» für ein Statement zugestehet. Und er witzelte über seine eigene Partei, die angesichts der Komplexität der Probleme und der Positionen an dieser Aufgabe scheitert.

Nur einen billigen Lacher holte der begabte Alleinunterhalter ab. «Im Parteiblatt der SVP, der *Weltwoche*», lasse sich nachlesen, die bilateralen Verträge seien für unser Land gar nicht wichtig. Unter den Praktikern in der Wirtschaft töne es anders; ohne Bilaterale ige sich die Schweiz ein wie ein Asterix-Dorf, «mit



«Topf ohne Zaubertrank»: FDP-Präsident Müller.

einem Miraculix, der in einem Topf ohne Zaubertrank rührt». Dabei verschwieg Philipp Müller: Die differenzierte Analyse der Bilateralen, die er meinte (*Weltwoche* Nr. 24/15), stammte von François Schaller, dem Chefredaktor von *L'Agèfi*, dem Sprachrohr der weltlichen Wirtschaftsliberalen.

Der Auftritt war der Abschluss der Bilateralen-Festwoche. Am Mittwoch kündete Bundesrat Didier Burkhalter an, die Landesregierung führe die Verhandlungen mit der EU jetzt «strukturiert» im Gesamtpaket (wie er es – minus die Frage der Personenfreizügigkeit – schon vor genau zwei Jahren vorstellte und in der Zwischenzeit vorantrieb). Am Donnerstag sprach der Aussenminister bei Swissmem, und der Präsident der Maschinenindustriellen, Hans Hess, gab das Echo. Und am Samstag schloss die FDP den Propagandafeldzug ab: Eine Zukunft hat die Schweiz nur mit den Bilateralen.

Und zwar nur mit dem Rahmenabkommen, das der Bundesrat aushandelt, samt der Übernahme von Recht und Rechtsprechung der EU. Das ist nicht richtig, wie beispielsweise die Analyse von François Schaller zeigt. Und es ist falsch, wenn der Bundesrat in diesem Irrglauben in Verhandlungen steigt: Wenn die Schweiz ohne Bilaterale – in dieser und nur in dieser Form! – um ihr Überleben fürchtet, dann nötigt die EU sie immer zum Nachgeben. Dabei sind für die EU gute Beziehungen mit der Schweiz viel wichtiger als mit Griechenland.

Niedergang der Freisinnigen

Was ist der wichtigste Unterschied zwischen Alexis Tsipras und Philipp Müller? Der griechische Ministerpräsident wollte seinem Volk die harte Wahl ersparen zwischen der Annahme der Gläubigerforderungen und dem Austreten aus dem Euro-Land; damit dürfte er am Sonntag endgültig scheitern. Der Schweizer Parteipräsident dagegen will seinem Volk, völlig undifferenziert, die schwierige Wahl aufzwingen zwischen einem Vertrag, der schwere Opfer fordern würde, und der Souveränität – obwohl sich dieser Entscheid gar nicht aufdrängt.

Die Freisinnigen schlugen sich schon einmal auf die falsche Seite, zusammen mit der geschlossenen Wirtschaft, als sie für den Anschluss an den EWR warben und für den Fall eines Alleingangs mit dem Zusammenbruch der Schweiz drohten. Der Niedergang begann nach dem Nein am 6. Dezember 1992 tatsächlich – jener der FDP Schweiz.

Teure Flüge

Von Hubert Mooser — Wenn ein Regierungsmitglied mit dem hauseigenen Flugzeug unterwegs ist, kann das über 400 000 Franken kosten. Ueli Maurer will die Reisetätigkeit ankurbeln.

Verteidigungsminister Ueli Maurer (SVP) hat ein Luxusproblem: Sein Lufttransportdienst (LTDB) – er fliegt unter anderem die Mitglieder der Landesregierung und andere hochkarätige Staatsfunktionäre auf Bestellung in der Welt herum – beklagte sich in der Vergangenheit über zu wenig Einsatzmöglichkeiten. Gerne würden Maurers Piloten mit den bundeseigenen Luftfahrtgeräten noch mehr Transportdienste für die Bundesverwaltung und auch das Militär übernehmen.

Die Statistik zeigt, dass zum Beispiel die Bundesräte und ihre Departemente 2014 die Flugstundenbudgets des Lufttransportdienstes nicht ausschöpften. Das hat auch folgenden Grund: Die Departemente fahren günstiger, wenn ihre Vertreter in ein ziviles Flugzeug steigen. Denn eine Flugstunde mit der bundeseigenen Falcon kostet 8600 Franken.

Burkhalters Australien-Trip

Der Flug von Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) Ende 2013 nach Australien in der Falcon 900, mit Zwischenlandungen in Ahmedabad (Indien), Bali (Indonesien), Auckland (Neuseeland), Port Vila (Vanuatu) und Canberra (Australien), kostete die Steuerzahler 460 100 Franken. Die Reise von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (FDP) zum WTO-Ministertreffen im Dezember 2013 nach Bali steht mit 270 500 Franken zu Buche. Diese Kosten verrechnet der Lufttransportdienst knallhart dem jeweiligen Departement. Zum Vergleich: Ein Direktflug von Zürich nach Canberra hin und zurück kostet in der First Class knapp über 13 000 Franken.

Freilich muss man berücksichtigen, dass die Kosten für die eigene Flugzeugflotte trotzdem anfallen, egal, ob die Flieger nun in offizieller Mission über den Wolken schweben. Zum Beispiel für die Löhne der Mannschaft, den Unterhalt der Fluggeräte und für zusätzliche Trainingseinsätze – die Piloten müssen eine gewisse Anzahl Flugstunden vorweisen können. Nur muss dann die Kosten dafür der Lufttransportdienst selber tragen. Lieber würde man deshalb für die anderen Departemente mehr herumfliegen und einen Teil des Aufwandes diesen weiterverrechnen.



8600 Franken pro Stunde: Bundesrats-Jet Falcon 900.

Der Ruf aus Maurers Departement nach mehr Einsätzen verhallte jedoch nicht ungehört. Die Departementvorsteher steigen zwar auch jetzt nicht häufiger in die bundeseigenen Flugzeuge, dafür lassen sich einzelne Bundesräte wie Sozialminister Alain Berset (SP), Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann und Aussenminister Didier Burkhalter mit den Helis Eurocopter, Super-Puma oder Cougar zu jeder Hundsverlochete in der Schweiz fliegen. Die Flugstunde im Eurocopter kostet 5300 Franken, im Super-Puma oder Cougar sogar 10 900 Franken. Die Heli-Flüge von Schneider-Ammann haben Kosten von über 590 000 Franken verursacht, Burkhalter flog für über 340 000 Franken, Berset für 310 000 Franken in der Schweiz herum. Und man fragt sich, weshalb um alles in der Welt der Sozialminister fast zehnmal mehr im Armee-Heli unterwegs ist als der Verteidigungsminister.

Das wirft natürlich auch ein paar grundlegende Fragen auf. Zum Beispiel: Wäre es nicht gescheiter, man würde in Zukunft den realistischen Bedarf von Fluggeräten abklären, bevor man wie in der Vergangenheit zuerst das Angebot schafft und dann auf Kosten der Steuerzahler die Nachfrage ankurbelt. Gerade wieder ist eine Debatte im Gange zum Kauf neuer Transportflugzeuge. Dabei werden heute auch für Materialtransporte der Armee die vorhandenen Kapazitäten nicht ausgeschöpft. Vielleicht täte Maurer gut daran, hier noch einmal über die Bücher zu gehen, bevor er sich noch mehr Luxusprobleme einhandelt.

Nehmt das Bild!

Von Rico Bandle — Ein Schweizer Museum gibt in vorauseilendem Gehorsam wertvolle Kunst weg.

So viel Lob hat ein Museum noch selten erhalten. Von einem «vorbildlichen Verhalten» war die Rede, von einem «hoffnungsvollen Präzedenzfall», von einem «deutlichen Weckruf an Schweizer Museen». Was war passiert? Die Winterthurer Stiftung Oskar Reinhart hatte bekanntgegeben, dass sie von sich aus ein Kunstwerk an die Erben der einst von den Nazis enteigneten Eigentümer zurückgegeben hat.

Dass man Raubkunst aus der eigenen Sammlung auf unbürokratischem Weg abgibt, erscheint auf den ersten Blick tatsächlich als lobenswerter, ja selbstverständlicher Akt. Aber nur auf den ersten Blick. Der grosse Sammler Oskar Reinhart (1885–1965), der Winterthur zwei Museen mit Werken von Weltrang hinterlassen hat, war ein erklärter Nazigegner. Das nun zurückgegebene Bild hat er 1934 zum Marktpreis von 3632 Schweizer Franken vom ihm nahestehenden Münchner Kunsthändler Fritz Nathan erworben. Nathan war Jude, Reinhart verhalf ihm 1936 zur Flucht in die Schweiz und rettete ihm dadurch womöglich das Leben.

Beim fraglichen Bild, «Dame mit roter Bluse» von Adolph von Menzel, das mittlerweile mehrere hunderttausend Franken wert ist, handelt es sich tatsächlich um Raubkunst, die Nazis haben es 1933 widerrechtlich der jüdischen Berliner Verlegerfamilie Mosse entzogen – eine der ersten grossen Enteignungen der Nazizeit. Diese Herkunft war aber weder Fritz Nathan bekannt noch Oskar Reinhart, der das Bild nachweislich gutgläubig erworben hat, ohne finanziell von der Lage profitiert zu haben.

Rein juristisch, so sagt sogar der Anwalt der Stiftung Reinhart, Alexander Jolles, wäre die Rückgabe nicht nötig gewesen, rechtlich hätten die Mosse-Erben keinen Anspruch auf das Bild. Nachdem aber klar geworden sei, dass es sich um Raubkunst handelt, sei der Stiftungsrat aus freiem Ermessen auf die in den USA wohnhaften Erben zugegangen. Aus dem Umfeld der Stiftung ist zu erfahren, dass man einen potenziell kostspieligen Rechtsstreit mit US-Anwälten habe verhindern wollen, dass man zudem einen Reputationsschaden fürchtete. Also hat die Stiftung vorsorglich gehandelt, bevor überhaupt eine Forderung eingetroffen ist.

Eine vorauseilende Kapitulation, obschon man sich weder juristisch noch moralisch etwas vorzuwerfen hat – irgendwie kommt einem das in der Schweiz bekannt vor.

Personenkontrolle

Fluri, Leuthard, Thurnherr, Gentinetta, Casanova, de Buman, Frey, Churchill, Seven, Fankhauser, Ospel, Russi, Turner, Blocher, Béchir, Curti, Sauber, Ebner, Wanner, Burgener, LeVine, Trede

Nachdem die *Weltwoche* vorgerechnet hatte, wie viele Nebenämter der unermüdete Solothurner Stadtpräsident und Nationalrat **Kurt Fluri** (FDP) gesammelt hat und was er ungefähr dabei verdient, schritt nun das Gemeindeparlament zur Tat: Fluri muss seine Bezüge in Verwaltungsräten und ähnlichen Gremien, in denen er von Amtes wegen einsitzt, abgeben. Es handelt sich um mehrere zehntausend Franken. Der Stadtpräsident hatte sich mit Haken und Ösen dagegen gewehrt, dass das Geld statt ihm persönlich dem Gemeinwesen zugutekommt. Doch die Gemeinderäte stimmten deutlich mit 28 zu 2 Stimmen gegen den Präsidenten. Worauf der Sonnenkönig von Solothurn derart die Nerven verlor, dass er während der Sitzung, die er von Gesetzes wegen zu leiten hat, aufstand und wut-schnaubend den Saal verliess. (*gut*)

Der Generalsekretär des Departementes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation, einflussreicher Einflüsterer seiner Chefin **Doris Leuthard**, gelernter Diplomat, versierter Strippenzieher in der Bundesversammlung – **Walter Thurnherr** eben –, ist wieder einmal im Gespräch für ein hohes Amt. Vor Jahresfrist sah man ihn als möglichen neuen Economiesuisse-Direktor und Nachfolger von **Pascal Gentinetta**. Vergangenen Sonntag brachte ihn die *NZZ am Sonntag* als künftigen und neuen Chefunterhändler für die Verhandlungen mit der EU ins Spiel. Nach dem Rücktritt von Bundeskanzlerin **Corina Casanova** geistert Thurnherr's Name jetzt auch als Nachfolger der Bundeskanzlerin durch Bundesbern. Die Zukunftspläne des Chefbeamten interessieren darum so brennend, weil man bei seinem Absprung mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen darf, dass auch **Doris Leuthard** bald abtreten wird. (*hmo*)

Diese Woche beriet die nationalrätliche Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur ein Geschäft, das nicht so recht zu den hochsommerlichen Temperaturen passen will. Es geht um den Schneesport – und um unverhohlene Interessenpolitik von Nationalrat **Dominique de Buman** (CVP). Der ehemalige Freiburger Stadtpräsident stellt sich als Flachland-Parlamentarier ohne Wenn und Aber in den Dienst des Verbands Seilbahnen Schweiz, den er präsidiert.



Mit Haken und Ösen: Kurt Fluri.

Seine Motion, die er vor zwei Jahren eingereicht hat: «Lancierung und Umsetzung einer Schneesportoffensive». Unter Umgehung bewährter föderalistischen Prinzipien im Bildungswesen fordert de Buman unter anderem: «Eine Schneesportwoche zwischen der 5. und der 9. Klasse soll als obligatorisch erklärt werden». Zudem will er finanzielle Massnahmen prüfen, «um die Organisation von Wintersportlagern oder Schneetagen zu erleichtern». Der Bund soll «mindestens drei Bundessportzentren für Wintersport» schaffen. Der Nationalrat folgte dem Interessenvertreter mit 83 zu 76 Stimmen bei 25 Enthaltungen. Der Ständerat bockte lediglich bei der Forderung nach drei Bundessportzentren, finanziert mit Millionen von Steuerfranken. An deren Stelle setzte er die «Unterstützung der Aktivitäten des Vereins <Schneesportinitiative>». Der Verein ist dem Schweizer Tourismus-Verband angegliedert, dessen Präsident wiederum ein gewisser Dominique de Buman ist. Kasachstan lässt grüssen. (*fsc*)

Die Schweizer Automobilfreunde haben einen neuen Tempel zu bestaunen. Vergangene Woche eröffnete die Emil Frey AG unter ihrem Präsidenten, alt Nationalrat **Walter Frey** (SVP), das Classic Center Schweiz in Safenwil AG mit einem Fest, wie es dem gepflegten, grandseigneurialen Stil des Firmeninhabers entspricht. In den rund erneuerten Räumlichkeiten einer alten Nähfabrik und deren nächster Umgebung ist alles zu finden, was das automobilhistorisch interessierte Herz begehrt: ein Museum mit klassischen Wagen, darunter ein Geländewagen von **Winston Churchill**, ein Showroom für den Handel von Sammler- und Liebhaberfahrzeugen, eine spezialisierte Werkstatt sowie ein Oldtimer-Hotel. Am Eröffnungsanlass, zu dem **Seven** und **Philipp Fankhauser** die Musik machten, war die Prominentendichte so gross, dass der Schreibende einmal unwillkürlich neben **Marcel Ospel** und **Bernhard Russi** sass, ein andermal neben **Tina Turner** und **Christoph Blocher** stand, **André Béchir**, **Beat Curti**, **Peter Sauber** über den Weg lief, **Martin Ebner** grüss-



Prominentendichte: Walter Frey.



Kasachstan lässt grüssen: Dominique de Buman.

te, mit Verleger **Peter Wanner** (AZ Medien) schwatzte und beim Dinner mit Auto-Schweiz-Direktor **Andreas Burgener** die Chancen der «Milchkuh-Initiative» erörterte. (*gut*)

Amerika, das Land der Datensammler, hat technische Probleme. Die Visa-Bearbeitung in der US-Botschaft in Bern erfuhr eine Total-Blockade. Hunderte von Schweizer USA-Reisenden mussten ihre Flüge umbuchen, Geschäftstermine canceln, verpassten Ausbildungstermine. «Wir bedauern die Unannehmlichkeiten», teilt die US-Botschaft mit. Ein IT-Problem am 9. Juni habe den Informationsfluss, der für das Ausstellen von Visa notwendig sei, lahmgelegt. Die Visa-Panne beschränke sich nicht nur auf die Schweiz, sondern habe weltweites Ausmass. «Wo sind meine Daten?», fragen sich nun viele Betroffene. «Verloren, gestohlen, gehackt?» Die Nervosität ist verständlich. Der Antragsbogen fordert von Visums-Interessenten das Äusserste und bohrt tief in die Privatsphäre. «Es gibt keinen Hinweis, dass Daten verlorengegangen sind», schreibt die US-Botschaft auf Anfrage. «Es handelte sich um ein Hardware-Problem – keine Unbefugten hatten zugriff auf die Daten.» Ausserdem gebe es ab sofort keinen Visa-Rückstau mehr, man sei zurück bei der «normalen fünftägigen Bearbei-



Zukunftspläne: Walter Thurnherr.



«Im Spätherbst»: Suzi LeVine.

tungsdauer». Was hatte US-Botschafterin **Suzi LeVine** noch getwittert, als sie am Neujahrstag in Adelboden anstehen musste? «Ich versuche das Chaos vor Skiliften in Schweizer Skigebieten zu verstehen.» (geh)

Suzi LeVine, 45, US-Botschafterin in Bern (Markenzeichen: Turbo-smile), ist ein Hansdampf in allen Gassen. Die ehemalige Produktmanagerin bei Microsoft war im ersten Amtsjahr (unter anderem) in Adelboden, an der Basler Fasnacht, im Stade de Suisse, im Haus der Religionen, im Schloss Chillon, an der Glarner Landsgemeinde, im Oberstufenzentrum Kleindietwil und an der Zürcher Gay Pride mit **Aline Trede** (GP/BE), wie sie eifrig im Internet verbreitet. Dazwischen findet LeVine selbst für Lokalzeitungen wie den *Landboten* Zeit für einen Schwatz über die «fantastische Schwesterrepublik Schweiz». Bloss die *Weltwoche* bekommt partout keinen Interview-Termin. Wir sollten doch «im Spätherbst» wieder anfragen, wurde uns nach mehreren Anläufen beschieden. Die *Weltwoche* wünscht Frau Botschafterin viel Kraft bei ihrem Giga-Publicity-Programm und ein paar twitterfreie Ferientage, damit sie fit und schlagfertig unsere Reporter zum Weihnachts-Showdown empfangen kann. (geh)

Nachruf



Inbegriff des Gentlemans: Patrick Mcnee.

Patrick Mcnee (1922–2015) — Seinen legendären Auftritt hatte er jeweils am Samstag zwischen «Sportpanorama» und Sendeabschluss. In einer bizarren Welt voll von Fanatikern und Exzentrikern löste er als Agent John Steed in der Sechziger-Jahre-Krimiserie «Mit Schirm, Charme und Melone» («The Avengers») die abstrusesten Kriminalfälle um spionierende Papageien, in Schottland gestrandete Nazis, die Hitler klonen wollten, oder um eine Benimmschule für höfliche Mörder. Steed, Inbegriff des britischen Gentlemans, der, weil sein Humor so trocken war, eine Vorliebe für Champagner hatte, nahm es mit jedem Schurken auf, ohne je eine Schweissperle zu verschwenden.

An die hundert Rollen spielte Mcnee in seiner Karriere, aber zum Schluss war er einfach Mister Steed. Und wie haben wir ihn beneidet! Denn an seiner Seite wusste er die kecke, Karate-kickende Agentin Emma Peel (Diana Rigg), ausgestattet mit einer Garderobe, die immer mehr zu zeigen versprach, als sie es tatsächlich tat, und einem noch Nächten nach der Sendung den Schlaf raubte.

Bevor sich die beiden nach gelöstem Fall jeweils trennten, bis am nächsten Samstag das Böse seinen Schlangenkopf wieder erhob, sprachen sie stets einen famosen Schlusssatz. John Steed: «Auf Wiedersehen, Emma.» – Emma Peel: «Leben Sie wohl, Steed. Und nicht vergessen: In gefährlichen Situationen nicht die Melone abnehmen. So mancher Gentleman hat sich dabei schon den Schnupfen geholt!»

Patrick Mcnee ist letzte Woche im kalifornischen Rancho Mirage 93-jährig gestorben.

Urs Gehrig



Putins Seelenverwandter: Jewgeni Primakow.

Jewgeni Primakow (1929–2015) — In seiner Person verkörperte er die Vielfalt der Sowjetunion: Geboren im ukrainischen Kiew als Sohn eines russischen Vaters und einer jüdischen Mutter, wuchs er in der georgischen Hauptstadt Tiflis auf. In seiner beruflichen Karriere wiederum verklammerte er bruchlos die Sowjetunion, Michail Gorbatschows Perestroika, die wilden Jelzin-Jahre und Putins neues Russland.

Diese Kontinuität verdankte Primakow wohl der Tatsache, dass er letztlich immer nur für einen Arbeitgeber tätig war: den Geheimdienst. Schon in seinem ersten Job als Nahostkorrespondent der Parteizeitung *Prawda* dürfte der studierte Orientalist mehr Analysen für den KGB verfasst haben als Reportagen für das Blatt. Auch später als Leiter verschiedener sowjetischer Think-Tanks arbeitete er gewiss den Nachrichtendiensten zu.

In die Politik wurde er von Gorbatschow geholt und von Jelzin behalten. Der machte ihn zum Chef des russischen Auslandsgeheimdienstes, zum Aussenminister und schliesslich zum Ministerpräsidenten. Als er zu populär wurde und selbst Präsidentenschaftsambitionen entwickelte, demonitierte ihn die Jelzin-Kamarilla in einer beispiellosen Schmutzkampagne.

Respekt brachte ihm der neue starke Mann Putin entgegen. Einerseits, weil sich Primakows Ansichten von einem starken Russland als gleichberechtigter Teil einer multipolaren Welt mit seinen eigenen deckten. Andererseits, weil der KGB-Mann Putin in Primakow einen seelenverwandten Ex-Kollegen erkannte. *Wolfgang Koydl*

«Bambi mit Reisszähnen»

Von Philipp Gut — Asyl-Chaos, ungebremste Migration, Umsetzung der Ausschaffungs- und der Zuwanderungsinitiative: Simonetta Sommaruga verwaltet die brennendsten Probleme der Berner Politik. Dabei bleibt sie für viele unfassbar. Wie funktioniert die immer freundliche Bundespräsidentin?

«Die SP akzeptiert eine Begrenzung der Zuwanderung.» «Gurten-Manifest», 2001

Die Schweiz im Sommer 2015. Wo man hinschaut, Herausforderungen: Das Asylwesen ist aus dem Lot, die Zuwanderung bleibt ungebremst hoch, die Beziehungen zur Europäischen Union müssen neu geordnet werden. Die Volksbegehren, die in den letzten Jahren am stärksten bewegten – die Ausschaffungs- und die Einwanderungsinitiative –, harren nach wie vor einer Umsetzung. Alle diese Brennpunkte der aktuellen Berner Politik fallen (auch) in den Zuständigkeitsbereich von Bundespräsidentin und Justizministerin Simonetta Sommaruga.

In ihrer ganzen Dramatik zeigt sich die Lage gegenwärtig an der Schweizer Südgrenze – wenn es denn noch eine Grenze ist (siehe Artikel S. 18). Der Migrationsdruck vor allem von Afrikanern steigt täglich. Im Mai schnellte die Zahl der Asylgesuche um sechzig Prozent in die Höhe, auf 2203. Das Tessin ächzt, das Grenzwachtkorps ist überfordert, die Auffanglager quellen über. Regierungspräsident Norman Gobbi (Lega dei Ticinesi) fordert die Schliessung der offenen Tore.

Diktat einzelner Wirtschaftszweige

Was tut Asylministerin Sommaruga zur Lösung der drängenden Probleme? Um diese Frage zu klären, mag ein kurzer Rückblick erhellend wirken: Im Mai 2001 veröffentlichte die heutige Bundesrätin mit Gleichgesinnten das sogenannte «Gurten-Manifest», dessen erklärtes Ziel es war, der verkrusteten, in altlinken Denkschablonen gefangenen Sozialdemokratie neues Leben einzuhauchen. Für rote Köpfe bei den Genossen sorgten in erster Linie die Vorschläge zur Migrationspolitik: «Die SP akzeptiert eine Begrenzung der Zuwanderung.» Sommaruga und ihre Mitstreiter kritisierten das «Diktat einzelner Wirtschaftszweige und der Konjunktur». Dieses habe zu einem «stets wachsenden AusländerInnenanteil» geführt, «Überfremdungsängste wachgerufen und gebietsweise die Integrationsfähigkeit strapaziert». Eine vernünftige Einwanderungspolitik müsse stattdessen den «längerfristigen Landesinteressen» dienen.

Heute, vierzehn Jahre später, trifft diese Problembeschreibung immer noch zu, mehr denn je: Die Zustände um die Jahrtausendwende gleichen aus heutiger Sicht fast schon einer Idylle. Mit der angenommenen SVP-Masseneinwanderungsinitiative liegt ein verbindlicher Auftrag des Souveräns auf dem Tisch, die

seither rasant gewachsene Einwanderung wieder politisch zu steuern und nicht allein dem «Diktat» der Wirtschaft zu überlassen, wie es Sommaruga und Co. formulierten. Glücklicherweise, so müsste man wähen, befindet sich die damalige, aufstrebende Nationalrätin Sommaruga jetzt in der Position, um diese Forderungen umzusetzen. Als Justizministerin und politische Oberherrin über das Staatssekretariat für Migration (SEM) hat sie die Schlüssel zur Lösung der Probleme in der eigenen Hand.

Wie die Bundesrätin diese Bewährungsprobe erfüllt und was sie wirklich im Schilde führt, darüber gehen die Meinungen auseinander. Für viele Aussenstehende bleibt sie ein Rätsel. Ihr Wesen strahlt etwas Sphinxhaftes aus, das sanfte Lächeln auf den schmalen Lippen erinnert entfernt an Mona Lisa. Sommaruga, die Unfassbare.

Kontrolliert bis in die Fingerspitzen

Dazu passt, dass selbst enge Mitarbeiter nur beschränkten Zugang zur Vorsteherin des EJPD (Eidg. Justiz- und Polizeidepartement) haben. Vor zwei Jahren sorgte der Abgang von Kommunikationschefin Sylvia Scalabrino für Furore, die zwar menschlich gut mit Sommaruga auskam, aber beklagte, aussen vor zu bleiben und nicht in Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden. «Ausgerechnet die Sozialdemokratin Simonetta Sommaruga lässt sich von allen Bundesräten am stärksten abschotten», urteilte die *Schweiz am Sonntag*.

Die Justizministerin – feingliedrig, höflich, stets adrett – mag leicht spröde wirken, aber sie macht auf allen Parketten *bella figura*. Bei einem Wutausbruch hat man sie noch nie überrascht, Kontrolle total. Vielleicht tragen

Der Justizministerin muss niemand erzählen, wie man erfolgreich Politik macht.

dieses angenehme Erscheinungsbild und ihre freundliche, gewinnende Persönlichkeit dazu bei, dass manche ihren Einfluss und ihre Zielstrebigkeit unterschätzen. Im Bundesrat zählt sie, neben Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) und Doris Leuthard (CVP), zum tonangebenden Frauentrio. Sommaruga habe einen «gnadenlosen Machtinstinkt» und könne «extrem hartnäckig» sein, sagt eine Parteigenossin. SP-intern wurde die Dauerlächelnde auch schon als «Bambi mit Reisszähnen» beschrieben.

Laute Töne sind von ihr nicht zu vernehmen, Klartext meidet sie wie der Teufel das Weihwasser. «Man kann mit ihr einfach nicht streiten», erzählt ein Genosse mit dem Anflug leisen Bedauerns. In der professionellen Zusammenarbeit könne Sommaruga es «völlig ausblenden, wenn sie eine Person nicht mag». Auch in der Landesregierung, so berichten Insider, sichere sich Sommaruga ihre Machtbasis nicht im rhetorischen Häuserkampf. Sie erreiche ihre Ziele vielmehr auf ihre zurückhaltende, zähe Art. Sie beherrsche das Feld, bevor ein Thema ins Gremium komme. Das hat sie jüngst bei der von ihr durchgedrückten Änderung der EU-Strategie gezeigt (siehe Artikel S. 34).

Die Basler Parteikollegin Anita Fetz, die im Ständerat fast zehn Jahre lang neben ihr sass, zeigt sich noch heute beeindruckt von der Dossiersicherheit und der «strategischen Nase» Sommarugas. «Sie beherrscht das politische Handwerk aus dem Effeff.» Schon damals spann die Unscheinbare geschickt ihre Netze. Meisterhaft stellt sie Bündnisse her. Sie wisse genau, wie und wann man Kompromisse schmiede, so Fetz.

Auch in ihrer neuen Rolle als Bundesrätin kommen Sommaruga diese Fähigkeiten zugute. Sie pflegt enge Kontakte zu massgeblichen Kommissionsmitgliedern, auf der Linken wie der Rechten. «Sie versteht es hervorragend, die Leute frühzeitig einzubinden», sagt ein altgedienter Ständerat. In der Kleinen Kammer zehrt die Justizministerin bis heute von einem gewissen Ehemaligen-Bonus. «Der Ständerat ist wie eine Schulklasse, man lässt sich nicht im Regen stehen, wenn es kritisch wird», sagt Anita Fetz. Auch im Nationalrat kann Sommaruga über Parteigrenzen hinweg auf Verbündete zählen, in der für das Asylwesen zuständigen Staatspolitischen Kommission etwa den Solothurner FDP-Mann Kurt Fluri.

Der Justizministerin muss niemand erzählen, wie man erfolgreich Politik macht. Die zierliche Magistratin hat ihren Machiavelli gelesen. Es mangelt ihr weder an Ehrgeiz noch an Macht, noch an Einsatz. Ihr Arbeitswille und ihr Fleiss, den sie sich beim Klavierspiel antrainierte – üben, üben, üben –, sind legendär. Man darf folglich davon ausgehen, dass die Zustände im Asylwesen und an anderen heissen Fronten nicht Unvermögen entspringen, sondern das Resultat bewusster Politik sind. Der Kontrollfreak Sommaruga würde nicht zulassen, dass ihm die Dinge entgleiten. Formal ist zwar der Gesamtbundesrat verantwortlich, aber meist lässt man die Departementsvorsteher machen. >>>



Bella figura: Bundespräsidentin Sommaruga.

Alle Artikel an Lager.

Das Weltwoche-Archiv macht alle Beiträge der jüngsten Vergangenheit lebendig. Die einfache Volltextsuche garantiert schnelle Resultate. Abonnenten haben unbeschränkten Zugriff zu diesem einzigartigen Nachschlagewerk.



[www.weltwoche.ch/
die-weltwoche/
fruehere-ausgaben](http://www.weltwoche.ch/die-weltwoche/fruehere-ausgaben)

Begrenzung der Zuwanderung? Von dieser Forderung des «Gurten-Manifests» ist bei Simonetta Sommaruga heute kaum mehr etwas zu spüren. Ihre alten, parteiinternen Widersacher wie der frühere SP-Präsident Peter Bodenmann halten sie zwar für einen SVP-Klon, doch das ist Walliser Folklore. Links reden, aber rechts handeln: Davon kann bei Sommaruga beim besten Willen nicht die Rede sein. Das lässt sich mit Fakten leicht untermauern.

Einen tiefen Einblick in ihre Ansichten gewährte Sommaruga in der Fernseh-«Rundschau» vom 22. April. Dabei formulierte sie, unter dem frischen Eindruck der Schiffskatastrophe im Mittelmeer, drei Grundsätze: «Es gibt keine nationale Lösung», «Nur die Grenzen schützen nützt nichts», «Es braucht eine solidarische Flüchtlingspolitik». Im Kern liefen die Aussagen darauf hinaus, die Schweizer müssten Grenzen, Arme und Geldbörsen beliebig weit öffnen, für welche Art von Migranten auch immer. Als die Moderatorin den scheuen Einwand wagte: «Wie viele Flüchtlinge verträgt die Schweiz?», antwortete Sommaruga: «Das ist nicht die Frage.»

Für Flüchtlinge hat sie ein offenes Herz

Aber auch nachdem die erste Betroffenheit vorüber war, hielt Sommaruga an ihrer einladenden Aufnahme politik fest. Über das letzte Wochenende fiel die Schweizer Justizministerin mit der Bemerkung auf, sie bedaure es, dass sich die EU nicht auf Quoten zur Verteilung der Asylbewerber einigen konnte. Sie möchte möglichst viele Migranten aufnehmen, und sie zeigt sich enttäuscht darüber, dass die meisten EU-Staaten es anders sehen und die Grenzen am liebsten schliessen würden. Manche tun es längst: Frankreich, Österreich, Ungarn beispielsweise. Oder Tschechien: Bevölkerung wie Regierung des mitteleuropäischen Staats lehnen die Aufnahme von Syrern und Afrikanern ab, wie der linke Präsident Milos Zeman deutlich machte («Ukrainer ja, Afrikaner nein»). Es werden schlicht keine Leute aus diesen Ländern in ein Aufnahmeverfahren aufgenommen. Sozialhilfe gibt es erst recht nicht.

Ein Weggefährte von Sommaruga bestätigt diesen Eindruck: Zeige sie in Fragen der Arbeitsmigration eine gewisse Konsequenz, so habe sie für «Flüchtlinge» ein «offenes Herz». Man muss das Wort «Flüchtlinge» in Anführungszeichen setzen, weil es sich bei vielen von ihnen nicht um wirklich Verfolgte handelt, sondern um illegale Migranten. Diese Unterscheidung will Sommaruga, sonst die Präzision in Person, nicht sehen. Für das Afrikanerproblem ist sie blind. Das hänge auch mit ihrer Erziehung zusammen, meint der zitierte Sommaruga-Vertraute: Die Freiämterin ist in einem katholischen Haushalt aufgewachsen und von den linkskatholischen Immenseer Missionaren erzogen worden. Vielleicht klingt sie auch deshalb bei ihren Auftritten wie eine Hilfswerkssprecherin.



Ehrgeiz, Macht, Einsatz: Geschichtslehrer Bruno

Auch hinter verschlossenen Türen, etwa in den parlamentarischen Kommissionen, präsentiert sich Sommaruga nicht anders, berichtet ein Nationalrat. Sie rede mit Vorliebe von vergewaltigten Frauen und gefolterten Kleinkindern, von Verfolgten und Versehrten. «Sie moralisiert und dramatisiert.» Nicht zum Selbstzweck: Damit erzeuge sie, geschickt wie immer, einen politischen Handlungsdruck, der sie selbst entlastet. Die Leute sollten denken: «Wenn es so schlimm ist, dann können wir nicht anders, als unbegrenzt Flüchtlinge aufzunehmen.» Darum auch ihr ständiger, unverhältnismässiger Fokus auf Syrien: Dort herrscht ein Bürgerkrieg, der eingängige Bilder produziert. Mit Abstand am meisten Asylbewerber kommen indes aus dem befriedeten Eritrea. 807 waren es allein im Mai, 575 mehr als im Vormonat.

Die Flüchtlingslobby ist eigentlich überflüssig. Sie sitzt längst im Migrationsamt.

Apropos linkskatholisch: Das ausgeprägte Helfersyndrom der Bundesrätin wird in der Praxis dadurch verstärkt, dass auch ihre beiden höchsten Migrationsbeamten, Staatssekretär Mario Gattiker und die stellvertretende Direktorin Barbara Büschi, aus demselben Milieu stammen. Beide kommen ursprünglich von der Caritas. Die Schweizer Migrationspolitik wird also von einer Immenseer Pianistin, einem Flüchtlingsanwalt und einer Sozialarbeiterin gemacht. Die Flüchtlingslobby sei eigentlich überflüssig geworden, denn sie sitze längst im Staatssekretariat (früher: Bundesamt) für Migration, witzelt man in den Wandelhallen des Parlaments. Zu Recht, wie ein Blick auf die jüngste SEM-Kampagne zeigt. Auf der Website



Thurnherr, Sommaruga, 2013, Immensee.



Üben, üben, üben: Schülerin Sommaruga.

des Staatssekretariats wie auf Plakaten im ganzen Land prangen Menschen in weisser (Schweizer!) und dunkler (Flüchtlinge!) Hautfarbe, die gemeinsam unter einem grünen T-Shirt stecken. Unter dem Motto «Zusammen gewinnen!» schreibt der Bund Preise aus für Beiträge «zur Integration von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen». Die «Sensibilisierungskampagne», wie man so etwas neudeutsch nennt, wird vom SEM, vom Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge und von der Schweizerischen Flüchtlingshilfe gemeinsam organisiert. Auf der Bundes-Website findet sich zudem ein Spendenaufruf mit einem Postkonto – es gehört der Flüchtlingshilfe. Mario Gattiker und seine Beamten werden nicht müde, die

Erfolge der Behörde herauszustreichen, die in der Ära Sommaruga erreicht worden seien. Zuvorderst steht die Beschleunigung der Asylverfahren in neuen Bundeszentren. Allerdings ist von links bis rechts unbestritten, dass rasche Verfahren von Vorteil sind. Das Problem beginnt damit, dass Sommaruga diese Änderung bei den Genossen damit erkaufte, jedem Asylbewerber einen Gratisanwalt zur Verfügung zu stellen. Die Asylbewerber geniessen ein Sonderrecht, das keinem Schweizer im Umgang mit den Behörden zusteht.

Die Gratisanwälte seien «ein institutionalisierter Misstrauensbeweis gegenüber der Verwaltung», sagt SVP-Nationalrat und Asylspezialist Heinz Brand. Gestellt werden die Anwälte von der «Anwerbe-Kamarilla», wie es ein Parteigenosse Sommarugas ausdrückt. Gemeint ist die Lobby der professionellen Flüchtlingshelfer. Exzesse des Betreuungsstaats: Kürzlich forderten die Anwälte, welche die Asylbewerber betreuen, die bereits von den Beamten betreut werden, ihrerseits mehr Betreuer, die sie selbst, die Anwälte, betreuen: Das Coaching-Angebot sei auszubauen. Der Apparat wächst. Ein weiteres Beispiel: Wann welcher Dolmetscher in einem der fünf Bundeszentren zum Einsatz kommt, wird zentralistisch von Bern aus geregelt.

Wie Gattiker weiter betont, produziert die Schweiz heute eine Anerkennungsquote von sechzig Prozent. Der Chefbeamte wertet auch dies als Erfolg: Er leitet daraus ab, dass vorwiegend echte Flüchtlinge in die Schweiz kommen. Heinz Brand schüttelt darüber den Kopf. «Die Realität sieht völlig anders aus.» Stichwort: Eritreer und andere Afrikaner. Die meist jungen Männer, die grinsend einen «positiven Entscheid» fordern und fast immer auch erhalten, entsprechen so gar nicht dem Bild schutzbedürftiger Frauen

und Kleinkinder, das die Justizministerin zeichnet.

Für Kritiker wie Brand oder den ehemaligen Justizminister Christoph Blocher (SVP) ist klar: Eine erfolgreiche Asylpolitik müsste dafür sorgen, dass diejenigen nicht ins Land gelangen, die nicht berechtigt sind. Echte Flüchtlinge, ja; illegale Migranten, nein. So will es auch das Asylgesetz. Wer, wie es die Schweiz derzeit tut, massenhaft illegale Migranten aufnimmt, handelt nicht human, sondern rechtswidrig.

Zelebriertes Edelmenschentum

Es wäre die vordringlichste Aufgabe von Justizministerin Sommaruga, diese Ströme von Migranten, die unter falschem Rechtstitel einreisen, zu unterbinden. Dazu braucht es keine «europäische Lösung», sondern den Willen und die Kraft, die eigenen Gesetze anzuwenden. Beides ist bei Simonetta Sommaruga bis jetzt kaum erkennbar. Fragt man in ihrem Umfeld nach den Gründen, hört man interessante Erklärungen. Das habe mit ihren Überzeugungen und mit ihrem Helferinstinkt zu tun – Mutter Simonetta, die mildtätige Anwältin der Verfolgten und Schwachen (allerdings auf Kosten der Steuerzahler, die an der Urne eine ganz andere Politik fordern). Sie wolle Gutes tun, und sie wolle vor allem auch gut dastehen, heisst es. Konsequentes, führungsstarkes Handeln indes wäre unpopulär, gerade bei ihrer eigenen Klientel.

Bisweilen gewinnt man den Eindruck, Sommaruga trage ihre Makellosigkeit wie eine Ritterrüstung vor sich her, um den Unrat der politischen Praxis von sich fernzuhalten. In ihrem gerade in letzter Zeit zelebrierten Edelmenschentum tun sich überraschende Risse auf: Wie sie SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz in der TV-«Arena» laufend falsche Unterstellungen machte oder wie sie der Volkspartei an der letzten Albigüetli-Tagung subtil vorwarf, fundamentale Menschenrechte zu missachten, legt den Schluss nahe, dass sie ihre Gesinnung und ihre Macht gezielt auch als Waffe einsetzt, um den politischen Gegner ins vermeintliche Unrecht zu setzen. Im Ernstfall wandelt sich die Unbefleckte zur Schlange.

Hinzu kommt eine gewisse «Staatsräson-Strategie», wie es ein Vertrauter nennt: Sie möchte sich selbst – und stellvertretend die Schweiz – gegenüber der EU als Musterschülerin präsentieren. Was die Union von diesem Klassenbesten-Syndrom hält, machte sie der Justizministerin nach ihrem Vorpreschen punkto Syrer deutlich: Statt Lob dafür, dass sie Tausende direkt in die Schweiz einfliegen lässt, gab es Schelte aus Brüssel. Dort befürchtet man, dass einige dank der Ausstattung mit Schengen-Visa in EU-Staaten weiterziehen. Bei ihrem nächsten Rendezvous mit Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, der ihr jenen berühmten Kuss aufdrückte, könnte Sommaruga also noch lernen. Vielleicht flüstert er ihr dann ja zu: «Du bist päpstlicher als der Papst, Mutter Simonetta.» ○



«Strategische Nase»: mit SP-Kollegin Fetz (r.).

Service public im Dienste von Schleppern

Von Peter Keller — Jede Woche reisen Hunderte Asylbewerber mit dem Zug nach Chiasso. Das europäische AsyLabkommen (Dublin) ist faktisch gescheitert. Trotzdem ruft Justizministerin Simonetta Sommaruga nach einer «europäischen Lösung».

Normalerweise ist Chiasso bloss eine Durchgangsstation auf dem Weg nach Italien und umgekehrt. Es gibt weitaus charmantere Orte als der südlichste Zipfel der Schweiz mit seinen gesichtslosen Dienstleistungszentren. Doch seit ein paar Monaten haben jede Woche Hunderte Menschen nur ein Ziel: den Bahnhof Chiasso. Er ist die Anlaufstelle Nummer eins für Flüchtlinge, wie die illegalen Wirtschaftsmigranten neuerdings politisch korrekt heissen, die in die Schweiz wollen. Allein am Wochenende vom 13. auf den 14. Juni verzeichnete das Empfangs- und Verfahrenszentrum Chiasso rund 350 neue Asylsuchende.

Die Nachrichtensendung «10 vor 10» spricht von einem «Ansturm auf die Tore des Tessins». Ein irreführendes Bild. Tatsächlich reisen 90 Prozent der ankommenden Asylbewerber bequem und klimatisiert im Zug an, mit den Treni Regionali Ticino Lombardia (Tilo), einem gemeinsamen Tochterunternehmen von SBB und Trenitalia. Die S-Bahnen verkehren zwischen Mailand und dem Tessin. In der lombardischen Metropole steigen die vornehmlich schwarzafrikanischen Flüchtlinge ein. Wohlverstanden mit gültigem Ticket. Man will schliesslich möglichst rasch und ohne Komplikationen in die Schweiz kommen. Mit den SBB steht den Schleppern ein mit Steuergeldern subventionierter Service public zur Verfügung.

Promo-Filmchen ohne Erkenntnis

In Chiasso treffen die Tilo-Züge auf Gleis 13 ein. Das Perron grenzt direkt an das Bahnhofsgebäude. Wer aussteigt, bewegt sich durch eine Art Korridor in Richtung Ausgang. Es ist somit völlig klar, dass Personen, die auf diesem Weg in die Schweiz gelangen, direkt aus Italien anreisen. Die Flüchtlinge werden in der Regel gleich von Grenzwachtpolizisten in Empfang genommen. Zurzeit stellt die Volksgruppe der Eritreer rund 70 Prozent aller Asylbewerber in der Südschweiz.

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats reiste vergangene Woche nach Chiasso. Auf dem Programm stand unter anderem der Besuch des Grenzwachtkorps und des Empfangs- und Verfahrenszentrums (EVZ). Am zweiten Tag war der Schreibende als Ersatzmann ebenfalls vor Ort. Die Kommission wurde im Zentrum für Polizei- und Zollzusammenarbeit (CCPD) empfangen. Dort teilen sich italienische und schweizerische Behörden gemeinsame Büroräumlichkeiten. Es geht um Abfragen von Verdächtigen und um die Koordination in der Strafverfolgung.

Zur Präsentation des CCPD gehört ein Film über die grenzüberschreitende Polizeiarbeit. Gezeigt wird eine mit etwas Musik unterlegte gestellte Situation: Ein Fahrzeug passiert die Grenze, auf Hinweis ihrer italienischen Kollegen übernehmen Schweizer Zivilfahnder die Verfolgung. Sie lösen sich bei der Observation ab, damit die verdächtigen Mafialeute keinen Verdacht schöpfen. Basisarbeit, wie sie überall auf der Welt geleistet wird und in jeder Vorabendkrimiserie professioneller abgedreht wird. Erkenntnisgewinn gleich null. Ein nettes Promo-Filmchen für einen Tag der offenen Tür.

Damit soll die Arbeit im CCPD nicht insgesamt abgewertet werden. Aber die Erfolge sind überschaubar. Gerade hat der oberste Bundesanwalt der Schweiz, Michael Lauber, den Chef der Luganeser Zweigstelle per sofort suspendiert. Man ist in Bern verärgert über die dürftigen Resultate im Kampf gegen die organisierte Kriminalität, trotz geografischer Nähe zu Italien. Was allerdings nicht nur an den Schweizer Strafverfolgungsbehörden liegt: Die Zusammenarbeit mit dem Nachbarn gestaltet sich offenbar schwierig. Verschiedene Experten sprechen von bürokratischen Leerläufen, die dem italienischen Zentralismus geschuldet seien. Einen Eindruck davon konnte auch die Kommission gewinnen. Wenn nicht anerkannte Asylbewerber am Grenzübergang Ponte Chiasso überstellt werden sollten, war auf italienischer Seite niemand da oder niemand zuständig. «Die waren wohl alle an der Expo in Mailand», spottete Kommissionspräsident Thomas Hurter (SVP). Lega-Nationalrätin und Stadträtin von Chiasso, Roberta Pantani, stimmt dieser Einschätzung aus langjähriger Erfahrung zu: «Die Zusammenarbeit mit Italien ist leider mangelhaft.»

«Das Dublin-Abkommen ist überholt»

Im Umland von Mailand sammeln sich die illegalen Migranten zu Tausenden. Das Schlepperwesen blüht, bestens organisiert. Hier werde zurzeit mehr Geld gemacht als im Drogenhandel, heisst es aus Polizeikreisen. Offensichtlich habe die Mafia die Hände im Spiel, denn die Flüchtlinge würden gezielt weitergeschleust. Seit die Schweiz aus humanitären Gründen keine Eritreer mehr zurückschickt, sind die Gesuchszahlen massiv gestiegen.

Der Sog ist hausgemacht, getrieben von schweizerischen Gerichtsurteilen und der passiven Haltung der Migrationsämter. Der groteske Auswuchs zeigt sich im Vergleich mit Österreich, das von der Grösse (ebenfalls rund acht Millionen Einwohner) und der gemeinsamen Grenze mit Italien der Schweiz am meisten ähnelt. 2011 stellten 3356 Eritreer ein Asylgesuch in der Schweiz, 2012 kam es zu 4407 Gesuchen, 2013 zu 2563 Gesuchen, 2014 zu 6923 Gesuchen. Total stellten in diesen vier Jahren 17 249 Eritreer ein Asylgesuch in der Schweiz. In Österreich wurden im gleichen Zeitraum gerade einmal 106 Gesuche registriert ...

Offensichtlich reagiert das Asylschlepperwesen gezielt auf die Innenpolitik der jeweiligen Länder. Obschon die Schweiz – sogar durch einen Referendumsentscheid an der Urne – Dienstverweigerung als Asylgrund gestrichen hat, kommen vorwiegend junge Eritreer, die dem «Nationaldienst» im Heimatland entfliehen wollen. Da ihnen bei der Rückkehr «drakonische» und «willkürliche» Strafen drohen, wie das Staatssekretariat für Migration (SEM) schreibt, erhalten die meisten von ihnen Asyl oder eine vorläufige Aufnahme:

Die sogenannte Schutzquote lag 2013 bei rund 85 Prozent. Die Asylnmafia freut's, die Millionen sprudeln weiter.

Seit 2008 beteiligt sich die Schweiz am Dublin-System, einem EU-Abkommen, das die Asylpolitik in Europa koordiniert. Das Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) erklärt in einer Broschüre die Grundzüge der Dublin-Zusammenarbeit. Sie basiere auf dem Grundsatz, dass jedes Asylgesuch, das im Dublin-Raum gestellt werde, auch effektiv geprüft werde und dass jeweils nur ein Staat für die Behandlung eines bestimmten Asylgesuches und die allfällige Aufnahme zuständig sei. «Das ist beispielsweise jener Staat, in den die asylsuchende Person zuerst eingereist ist, jener Staat, der bereits eine Einreisebewilligung oder ein Visum erteilt hat, oder jener Staat, in dem die Person Familienangehörige hat.» In einer Fussnote wird noch präzisiert, dass «im Falle einer illegalen Einreise» auch «Indizien» als Nachweis für die Einreise gelten.

Auf dem Papier tönt das Abkommen hervorragend. Ein von sicheren Dublin-Staaten um-



«Mangelhaft»: Pantani.



Grotesker Auswuchs: Grenzkontrolle am Zoll des Bahnhofs Chiasso.



«Die waren wohl alle an der Expo in Mailand»: Kommissionspräsident Hurter (r., SVP) in Chiasso.

gebenes Land wie die Schweiz sollte praktisch keine Asylgesuche auf dem Landweg mehr erhalten. Gleichwohl passieren jede Woche mehrere hundert Personen die italienisch-schweizerische Grenze, ersuchen um Asyl, kommen ins hiesige Verfahren und dürfen bleiben. Faktisch ist bei jedem dieser Flüchtlinge, die mit der SBB aus Mailand anreisen, eine illegale

Einreise gegeben. Man muss dabei nicht einmal von «Indizien» ausgehen.

Die Situation ist bizarr: Die Zusammenarbeit mit Italien ist mangelhaft, es registriert nur eine Minderheit der Mittelmeer-Migranten. Die Zahl der Rückführungen aus der Schweiz ist zusammengebrochen, Italien lässt die Schweizer Behörden ins Leere laufen. Un-

geachtet dessen, findet Antonio Simona, Chef der EVZ Chiasso, das Dublin-Abkommen funktioniere: «Die Situation ist absolut unter Kontrolle.» Darüber kann die Tessiner Nationalrätin Roberta Pantani nur den Kopf schütteln. Der Dublin-Vertrag sei völlig überholt, aus einer Zeit stammend, in der die wirtschaftliche und migrationspolitische Situation völlig anders gewesen sei. Mit ihrem Vorschlag, die Flüchtlinge auf die verschiedenen Mitgliedstaaten zu verteilen, habe die EU ihr Versagen zu erkennen gegeben. Und was tut die offizielle Schweiz? Sie eröffnet zusätzliche Unterkünfte für Flüchtlinge, die eigentlich gar nicht hier sein sollten, und belohnt die illegale Einreise mit humanitärer Aufnahme.

Das Problem liegt ganz oben: Die Flüchtlingsfarce wird von der zuständigen Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) vorangetrieben. Statt selber die Misere anzugehen, ruft sie nach übergeordneten Instanzen. Nach einem Arbeitsbesuch in Wien schreibt ihr Departement in einer Mitteilung: «Die Bundespräsidentin und ihre Gesprächspartner waren sich einig, dass Lösungen in der Flüchtlingspolitik nur auf europäischer Ebene gefunden werden können.» Das halbe Parlament plappert inzwischen dieses Mantra nach – dabei gibt es bereits eine «europäische Lösung» in der Asylpolitik: Sie heisst Dublin und ist gescheitert. ○

«Ich will Zahlen sehen»

Von Alex Reichmuth und Salvatore Vinci (Bild) — Unbeirrt weist die Aarburger Sozialvorsteherin Martina Bircher (SVP) auf die Kosten der Asylpolitik für ihre Gemeinde hin. Über das Unwissen an anderen Orten kann die junge Betriebsökonomin nur staunen.

Was braucht es, um als Mitglied eines Gemeinderats zu fast nationaler Berühmtheit zu kommen? Man muss die vier Grundrechenarten beherrschen und sich getrauen, die Wahrheit zu sagen. Martina Bircher, Sozialvorsteherin im aargauischen Aarburg, hat gerechnet. Das Resultat hat die 31-Jährige, von Beruf Betriebsökonomin, erschreckt: Die finanziellen Folgen der Asylpolitik sind katastrophal für Aarburg. Und das hat sie nicht für sich behalten. «Wenn niemand etwas unternimmt, ist unsere Gemeinde in absehbarer Zeit bankrott», erklärte sie gegenüber der Presse. Das Echo war gross – weit über den Kanton Aargau hinaus.

Erst im Herbst 2013 ist Martina Bircher in den Gemeinderat Aarburg gewählt worden. Zu ihren Aufgaben gehört es seither, Anträge auf Sozialhilfe zu bewilligen. Schon bald nach Amtsantritt sei ihr aufgefallen, dass überaus viele Anträge von ehemaligen Asylbewerbern stammen. «Schon wieder ein Eritreer», sei ihr regelmässig durch den Kopf gegangen.

Für den Lebensunterhalt von Asylsuchenden kommt zwar der Bund auf. Können diese in der Schweiz bleiben, als anerkannte Flüchtlinge oder als sogenannt vorläufig Aufgenommene, denen die Rückkehr nicht zugemutet werden kann, übernehmen der Bund und der

Fast jeder zweite Sozialhilfebezüger in Aarburg ist ein ehemaliger Asylant.

Kanton weiterhin die Kosten. Aber nicht für lange. Nach fünf Jahren bei anerkannten Flüchtlingen beziehungsweise nach sieben Jahren bei vorläufig Aufgenommenen ist Schluss. Dann kommt die Wohngemeinde an die Kasse. Und diese Fristen beginnen bereits mit der Einreichung des Asylantrags zu laufen. Wenn das Asylverfahren, wie es oft der Fall ist, schon mehrere Jahre gedauert hat, werden die Gemeinden darum schon bald nach dem Asylentscheid in die Pflicht genommen.

95 Prozent der Eritreer in der Sozialhilfe

Martina Bircher wollte wissen, wie viele der Sozialhilfebezüger in ihrer Gemeinde ehemalige Asylbewerber sind. Doch in der offiziellen Statistik sind anerkannte Flüchtlinge, die in der Regel eine B- oder C-Aufenthaltsbewilligung haben, nicht als frühere Asylsuchende zu erkennen. Bircher beauftragte darum die Verwaltung Aarburgs, die entsprechenden Zahlen zu ermit-



«Schon wieder ein Eritreer»: Gemeinderätin Bircher.

teln. Dazu brauchte es etwas Hartnäckigkeit. «Die Verwaltung wollte die Zahlen zuerst nicht herausrücken», so Bircher. «Nur widerwillig stellte sie diese dann zusammen.»

Das Resultat bestätigte Birchers Befürchtung: Fast jeder zweite Sozialhilfebezügler in Aarburg ist ein ehemaliger Asylant: 45 Prozent. Konkret lebten im Herbst letzten Jahres 167 frühere Asylbewerber in Aarburg auf Staatskosten. Die grosse Mehrheit von ihnen, 130, sind Eritreer. 72 dieser 167 Sozialhilfebezügler sind schon so lange in der Schweiz, dass nicht mehr der Kanton und der Bund für sie bezahlen, sondern Aarburg für sie aufkommen muss.

Das Städtchen an der Aare hatte schon 2013 die höchste Sozialhilfequote im ganzen Kanton: 5,8 Prozent der Einwohner waren auf die Hilfe des Staates angewiesen. Satt 5,5 Millionen Franken gab die Gemeinde für Sozialhilfe aus – bei einem Budget von total 28 Millionen Franken. Und die Uhr tickt: Bald muss Aarburg weitere ehemalige Asylbewerber finanzieren, für die jetzt noch der Bund und der Kanton bezahlen.

Martina Bircher hat auch diese Zahlen zusammengetragen. Dieses Jahr übernimmt die Gemeinde die Sozialhilfe für 20 zusätzliche ehemalige Asylbewerber, 2016 für weitere 18, 2017 für nochmals 24 und so weiter. Zwar gibt es einige Unsicherheiten, denn anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene können im Prinzip aus Aarburg wegziehen. «Das ist aber kaum zu erwarten», so Martina Bircher, «denn Aarburg hat viele günstige Wohnungen. Diese Leute werden mit grosser Sicherheit bleiben.» Im Gegenteil: Es könnten noch mehr ehemalige Asylsuchende aus anderen Gemeinden zuziehen, die dann ebenfalls dem Städtchen auf der Tasche liegen.

Bircher hat weiter die Sozialhilfequote aller ehemaligen Asylbewerber in Aarburg ermittelt. Sie beträgt horrende 72 Prozent. Nicht einmal drei von zehn früheren Asylsuchenden kommen also ohne Staatshilfe aus. Unter den 130 Eritreern in Aarburg sind sogar 95 Prozent auf finanzielle Unterstützung angewiesen – also fast jeder.

Als Hort von Rassisten verschrien

Die Folgen für Aarburg mit seinen rund 7000 Einwohnern seien verheerend, so Bircher. «Auf uns kommen Mehrkosten von mindestens 1,5 Millionen Franken nur für Sozialhilfe für ehemalige Asylbewerber zu – pro Jahr.» Vermutlich komme es noch schlimmer. Denn der Andrang von neuen Asylbewerbern in der Schweiz ist gross. Der Bund verteilt diese auf die Kantone; selbige weisen sie den Gemeinden zu. Aarburg hat derzeit drei Asylheime. Die Eröffnung des dritten hat letztes Jahr Schlagzeilen gemacht. Eine Bürgerbewegung hat gegen die übermässige Belastung Aarburgs durch Asylbewerber protestiert und verlangt, dass der Kanton Aargau diese gerechter

auf die Gemeinden verteilt. Wegen der Grillpartys, welche die Protestbewegung vor dem künftigen Asylheim durchgeführt hat, wurde Aarburg selbst von höchsten Schweizer Amtsträgern als Hort von Rassisten verschrien.

Doch Martina Bircher kennt die Folgen der gegenwärtigen Asylpolitik. Der Bund gibt einem immer höheren Teil der Asylbewerber ein Bleiberecht, obwohl ein Grossteil von ihnen offensichtlich Migranten auf der Suche nach einem besseren Leben sind. Im letzten Mai kletterte die entsprechende Quote derjenigen, die bleiben können, auf 70 Prozent. Faktisch kann die grosse Mehrheit der Menschen, die in der Schweiz Asyl verlangen, für immer hier bleiben. Darum ist in Aarburg in den letzten Jahren etwa die Zahl der Eritreer rasant gestiegen. Gab es 2007 noch keinen einzigen Eritreer in der Gemeinde, waren es 2010 bereits 27 und Ende 2014 wie erwähnt schon 130. Ende Mai dieses Jahres wohnten gar schon 158 Eritreer hier. Ein Ende ist nicht absehbar. Und fast alle dieser meist jungen Leute leben auf Staatskosten – wegen der grossen Integrationsschwierigkeiten mit hoher Wahrscheinlichkeit für immer.

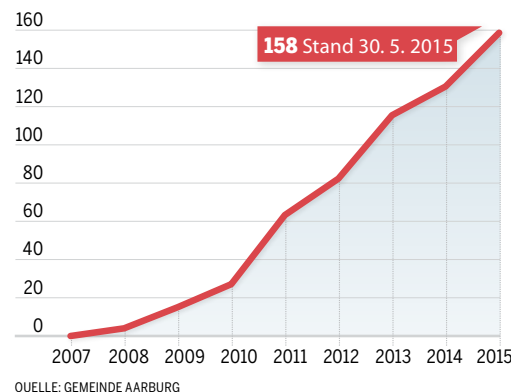
Häufige Arztbesuche

Und es seien in den wenigsten Fällen kleine Unterstützungsbeiträge, die nötig würden, sagt Martina Bircher. Ehemalige Asylsuchende suchten etwa auffällig oft Ärzte auf. Die Kosten der Krankenkassen-Franchisen blieben an der Gemeinde hängen. Die Gemeinde müsse auch für die überaus häufigen Zahnarztbesuche aufkommen. Dazu kämen Kosten für den Schulunterricht von Kindern, für Integrationsmassnahmen und für Familienbegleitungen. Insgesamt, schätzt Bircher, könnten die Ausgaben Aarburgs zugunsten von ehemaligen Asylbewerbern in den nächsten Jahren sogar um bis zu drei Millionen Franken steigen. Ein «Fass ohne Boden» sei das.

Im letzten November hat die SVP-Gemeinderätin die düsteren Zahlen an einer Gemeindeversammlung präsentiert. Sogleich gab es Zoff. Vermutlich Vertreter der Jungsozialisten

Eritreer in Aarburg

Mit Aufenthaltsbewilligung B, F oder C, ohne Asylbewerber



Die Zahl der Eritreer ist rasant angestiegen.

machten Stimmung gegen sie. Die lokalen Medien hätten darum die Berichterstattung auf den «Eklat an der Gemeindeversammlung» fokussiert, nicht auf ihre Zahlen und Fakten, sagt Bircher.

Irritierend findet sie, dass sie bei Kolleginnen und Kollegen anderer Gemeindeexekutiven ein grosses Unwissen feststelle, was die Kosten ehemaliger Asylanten angeht. «Viele Gemeinderäte wissen nicht einmal, dass die Sozialhilfe für frühere Asylsuchende schon nach wenigen Jahren Sache der Gemeinde ist. Sie glauben ganz einfach den irreführenden Behauptungen, laut denen Bund und Kantone bezahlen.» Klar widerspricht Bircher auch Aussagen, Aarburg habe es einfach besonders

«Die Kosten explodieren in vielen anderen Gemeinden genauso wie bei uns.»

«dumm erwischt». «Die Kosten explodieren in vielen anderen Gemeinden genauso wie bei uns», ist sie überzeugt.

Die meisten Behördenmitglieder von Kantonen und Gemeinden vernebeln die Probleme aber lieber. An einem Seminar des Kantons Aargau wurde etwa propagiert, Gemeinden mit vielen sozialhilfeabhängigen Eritreern sollten mit Angeboten wie «Begegnung und Sensibilisierung» oder «Filme, Theater und Feste» reagieren. Eine aargauische Gemeinde hat sogenannte Vernetzerinnen angestellt, die «Begrüssungsrituale» mit Migranten aus dem Asylbereich durchführen. «Ein einziger solcher Begrüssungsbesuch in jener Gemeinde kostet die Öffentlichkeit tausend Franken», sagt Martina Bircher.

«Stacheldraht in der Brust»

Die junge Gemeinderätin rechnet nicht nur gern. Sie ist auch streitlustig. Ihre Meinung äussert sie regelmässig in Leserbriefen in der Lokalpresse. Darin widerspricht sie etwa der Behauptung, der Zustrom an Asylbewerbern sei ein Segen für die Zukunft der Sozialwerke, oder prangert die «Anspruchsmoralität» von Sozialhilfebezügern an. Die Reaktionen folgen jeweils auf der Stelle. Sie giesse «Öl ins Feuer einer menschenverachtenden Diskussion», wurde ihr vorgeworfen, oder sie habe statt eines Herzens «Stacheldraht in der Brust».

Aufhalten lässt sich die junge Politikerin durch solchen Gegenwind nicht. Sie wird Missständen im Asyl- und Sozialwesen weiterhin nachgehen. «Ich will Zahlen sehen», heisst ihr Motto. Bereits ist die SVP Schweiz auf sie aufmerksam geworden und hat sie in ihre nationale Asyl- und Ausländerkommission geholt. Und Anfang Juni hat sie ihre Kandidatur für das Aargauer Kantonsparlament angekündigt. Von Martina Bircher wird man bestimmt noch mehr hören.

«Migration liegt in der menschlichen Natur»

Von Wolfgang Koydl — Wer glaubt, dass die Flüchtlingswelle ihren Höchststand erreicht hat, muss umdenken: «Die Zahlen werden weiter steigen», sagt Robert Visser, der Direktor der EU-Flüchtlingsagentur EASO. In zwei neuen Krisenherden machen sich die Menschen schon bereit: in Ägypten und in der Ukraine.

Ungarn, Italien, Griechenland – die Länder an den Aussengrenzen der Europäischen Union werden von Flüchtlingen und Migranten überrannt. Eigentlich sollen diese Staaten ein Bollwerk sein für ihre Partner, die von der Geografie begünstigt im Inneren des Kontinents liegen. Doch das System, Dublin II genannt, funktioniert nicht, weil sie draussen an der Front überfordert sind von den Menschenmassen. Die Folge: Entweder winken sie die Migranten einfach hilflos weiter nach Norden durch, oder sie drohen gleich mit dem Bau eines Stacheldrahtzauns entlang der Grenze.

Ausbildungsstätte für Asylbeamte

Gefordert wird daher oft eine europäische Agentur, die diesen Staaten beispringt, die ihnen hilft mit Zahlen, Fakten, Informationen, die die Anstrengungen koordiniert, und die auch dafür sorgt, dass das heillos überforderte Grenz- und Asylpersonal verstärkt wird. Erstaunlich, aber wahr: Diese Organisation gibt es seit fünf Jahren. Es dürfte eine der unauffälligsten und unbekanntesten EU-Behörden sein: das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen, nach der englischen Bezeichnung mit EASO abgekürzt.

«Das EASO fungiert als Kompetenzzentrum für Asylfragen und unterstützt zudem Mitgliedstaaten, deren Asyl- und Aufnahmesysteme besonderem Druck ausgesetzt sind», heisst es auf der Website der in Malta angesiedelten Agentur mit rund 100 Mitarbeitern und einem Jahresbudget von 15 Millionen Euro. Sie bildet Asyl- und Justizbeamte aus der ganzen EU aus, erstellt Daten und Fakten, besorgt Verstärkung für die Grenzen, und sie hat ein Frühwarnsystem entwickelt, mit dem sich Veränderungen in den Migrantenströmen leichter vorhersagen lassen. Eigentlich genau das, was gefordert wird. Doch warum arbeitet das Büro weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit?

Das mag wohl daran liegen, dass es sich auch beim EASO um eine typische, aufgeblasene EU-Bürokratie handelt, in deren Aufsichtsrat alle 28 Mitgliedstaaten, ausserdem je ein Vertreter von EU-Kommission und Uno-Flüchtlingskommissariat sowie Norwegen, Lichtenstein und die Schweiz

als Beobachter sitzen, die sich jeweils ein letztes Wort ausbedingen. Daher halten sich auch die Erfolge in Grenzen: 7000 Asylbeamten wurde beigebracht, wie man Migranten befragt. Bulgarien half man zeitweise mit ein paar zusätzlichen Grenzern aus.

Zurückhaltend und öffentlichkeitsscheu

Ein wenig mag die Unauffälligkeit auch mit dem Leiter der Agentur zu tun haben, denn der niederländische Spitzenbeamte und Karrierediplomat Robert Visser wird von Kollegen als eher zurückhaltend und öffentlichkeitsscheu beschrieben. Er hat das EASO vom ersten Tag an geführt. Nun tritt er ab, doch dieser Schritt hat, wie er betont, nichts mit dem ernüchternden EU-Gipfel über Flüchtlingsfragen von vergangener Woche zu tun, als sich die 28 EU-Staaten nicht auf verbindliche Quoten für die Verteilung von 40 000 Flüchtlingen

einigen konnten. «Das war Zufall», sagt der Sechzigjährige. «Meine Zeit ist einfach um.»

Eine eigene Meinung zu diesem Gipfel verkneift er sich. «Es ist wichtig, dass wir uns treffen und über das Problem sprechen und es nicht verdrängen», sagt er schliesslich. Übersetzt aus der Diplomatensprache heisst das, dass auch er sich persönlich mehr gewünscht hätte. Denn in einem Punkt ist er sich absolut sicher: «Das Problem der Migration wird nicht verschwinden, es wird uns erhalten bleiben, und die Zahlen werden eher noch steigen, als zu sinken.» Im vergangenen Jahr registrierte das EASO 660 000 Asylgesuche, in diesem Jahr liegt die Zahl schon zur Jahresmitte höher, und ein Abklingen ist nicht zu erkennen.

Ziemlich weit oben

Als künftige Krisenherde nennt Visser die Ukraine und Ägypten, woher vielleicht schon bald grosse Menschenströme sich in Richtung EU in Bewegung setzen könnten: Die einen, um vor einem Aufflammen der Kämpfe zwischen Kiewer Regierungstruppen und russischen Separatisten zu flüchten, die anderen, weil sie im verarmten und überbevölkerten Land am Nil keine Lebensperspektive haben. Dazu käme nach wie vor der Druck aus Eritrea, Somalia und Westafrika.

Da überrascht es nicht, dass Visser von all den grossen Problemen, mit denen sich die EU derzeit herumschlägt – Euro-Krise, Griechenland, Ukraine-Konflikt und Migration –, die Massenzuwanderung «ziemlich weit oben auf einer Liste ansiedeln» würde. Das vergleichsweise reiche, sichere und stabile Europa werde ein Magnet für Menschen aus dem Nahen Osten, aus Afghanistan und aus Afrika bleiben – egal, ob sie vor Kriegsgräueln flüchten oder einfach nur ihr Leben verbessern wollen. «Migration liegt in unserer menschlichen Natur», sagt der EASO-Leiter zu der modernen Völkerwanderung. «Man könnte deshalb fast sagen, dass sie gar kein Problem ist. Die Wanderung ist wie der Regen: Der ist unangenehm, aber er ist kein Problem.»

Starker Tobak, dieser Vergleich des EASO-Chefs. Umso bemerkenswerter ist sein indirektes Zugeständnis, dass



«Das sind wir uns schuldig»: EU-Diplomat Visser.



«Haben wir eine Alternative?»: Flüchtlinge aus dem Kongo an der ungarisch-serbischen Grenze, am 25. Juni.

es doch Probleme gibt. Denn Visser, der sich schon vor seiner Ernennung zum EASO-Chef für die Regierung in Den Haag mit der Flüchtlingsproblematik beschäftigte, erkennt durchaus die Gefahren, die von der ungesteuerten Migration für die Gesellschaften und für die Politik in Europa ausgehen. «Die Menschen machen sich natürlich Sorgen», meint er im Zusammenhang mit einer Zunahme fremdenfeindlicher Sentiments, die von Schweden bis Sizilien zutage tritt. «Wir müssen uns nicht nur um die Flüchtlinge kümmern, sondern auch um unsere eigene Gesellschaft.»

Das wahre Bild der Migration

Was er damit meint, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, aber Visser weiss, dass sich Politik und Behörden allzu oft nicht daran halten. «Entscheidungen dürfen nicht hinter verschlossenen Türen fallen, sondern sie müssen offen sein», betont er. «Die Leute müssen vorher informiert werden, wenn Asylbewerber in ihre Stadt verlegt werden, und nicht erst, wenn die Busse schon vor der Unterkunft vorfahren.» Hier seien massive Fehler gemacht worden, und sie würden noch immer begangen.

Dazu gehöre eine fachlich korrekte Information über die tatsächlichen Herkunftsländer der Migranten und Flüchtlinge und über ihre bevorzugten Wanderungsrouten. «Da werden immer wieder Bilder von einem mit Menschen vollgestopften Schlauchboot im Mittelmeer gezeigt», sagt Visser. «Aber das ist nicht das wahre Bild der Migration. Die meisten Menschen kommen über den Balkan und über Ost-

«Die Wanderung ist wie der Regen: Der ist unangenehm, aber er ist kein Problem.»

europa in die Europäische Union.» Mit einem kleinen Seitenhieb auf die Medien und die Wohlfahrtsindustrie für Flüchtlinge setzt er hinzu: «Aber dort fallen halt keine guten Bilder ab.» Noch weniger sei dies der Fall bei jener nicht geringen Zahl von Asylbewerbern, die jahrelang in ihrem Gastland gelebt, dort studiert und gearbeitet hätten und erst jetzt einen Antrag stellten. «Die lebten nicht am Horn von Afrika, die wohnten nebenan», erklärt Visser trocken. «Schritt für Schritt» müsse man das Problem angehen, betont er, «be-

hutsam und vorsichtig». Aber haben wir denn angesichts der schieren Anzahl von Menschen, die sich tagtäglich auf den Weg nach Europa machen, überhaupt genügend Zeit? Visser schweigt. «Und», stellt er schliesslich die Gegenfrage, «haben wir eine Alternative?» Natürlich sei das Problem dringend, gibt er zu. Dennoch habe jeder Asylbewerber das Recht auf ein sorgfältig durchgeführtes, gründliches und qualifiziertes Verfahren – egal, ob es sich um einen Arbeitsmigranten aus Senegal oder um einen an Leib und Leben bedrohten Bürgerkriegsflüchtling aus Syrien handle. «Das dauert natürlich länger, aber das sind wir uns schuldig.» Unterschiede gebe es lediglich im Ergebnis: Ablehnung oder Aufnahme. Dort, wo die Sache klar sei – etwa bei Menschen aus Serbien, Bosnien oder dem Kosovo –, sollte es allerdings eine «beschleunigte Prozedur» geben.

Wie lange aber kann es sich Europa überhaupt leisten, Jahr für Jahr Hunderttausende von Menschen aufzunehmen? Ist das Asylsystem überhaupt noch adäquat? «Das», so meint Visser mit einem Achselzucken, sei «eine politische Frage». Für die, meint er damit, sei er als Beamter nicht zuständig. ○

Relevanter Faktor

Von Henryk M. Broder — Merkel zitiert sich selber, und niemand riskiert einen Zwischenruf.



Es kommt nicht oft vor, dass die Kanzlerin zu einer Aussage Stellung nimmt, die sie früher gemacht hat, sich also selbst interpretiert. Nun ist es passiert. Auf einem

Festakt zum 70. Jahrestag der Gründung der CDU sagte sie, es komme heute darauf an, sich die «Fähigkeit zum Finden von Kompromissen» zu bewahren, denn: «Wenn diese Fähigkeit [...] verlorengeht, dann ist Europa verloren. Und in diesem Sinne ist auch der Satz zu verstehen, den ich schon des Öfteren gesagt habe: «Scheitert der Euro, scheitert Europa.» Und deshalb muss um diese Grundsätze gekämpft werden, wir könnten sie kurzfristig vielleicht aufgeben, wir könnten vielleicht sagen: Geben wir einfach mal nach. Aber ich sage, mittel- und langfristig werden wir damit Schaden nehmen, wir werden Schaden nehmen dahingehend, dass wir kein relevanter Faktor mehr in der Welt sind, dass wir keine Gemeinsamkeit mehr haben, und deshalb müssen wir für Kompromissfähigkeit und Grundsätze in Europa wieder und immer wieder werben, meine Damen und Herren.»

Die Damen und Herren nahmen das Statement mit höflichem Beifall auf. Niemand riskierte einen Zwischenruf, keiner stand auf und sagte: «Mit Verlaub, Frau Kanzlerin, Sie reden Unsinn.» Die Klarstellung war, wie man in Wien sagen würde, eine «Verschlimmbesserung». Zum einen muss jeder, der einen Kompromiss eingehen will, Grundsätze aufgeben, man kann nicht die Stellung halten und sich zugleich bewegen. Zum anderen wurden, um Europa beziehungsweise die EU zu retten, alle Grundsätze, auf die man sich anfangs verständigt hatte, über Bord geworfen: dass es keine Transferunion geben, dass kein Staat für die Schulden eines anderen haften, dass die Europäische Zentralbank keine Staatsfinanzierung durch den Ankauf wertloser Anleihen betreiben würde. All das ist passiert, im Widerspruch zu allen Verträgen und Versprechungen. Und nun kommt die Kanzlerin daher und sagt, um Grundsätze müsse gekämpft werden, damit die Fähigkeit zum Finden von Kompromissen nicht verlorengeht. Damit wir ein relevanter Faktor in der Welt bleiben. So etwa hat es einer ihrer Vorgänger gemeint, als er im Jahre 1897 im Reichstag sagte: «Wir wollen niemand in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne.»

Austritt, jetzt!

Von Kurt Schiltknecht — Der Internationale Währungsfonds (IWF) bringt die Schweiz nicht nur in eine Haftungsgemeinschaft mit Pleitestaaten. Er ist auch ein schlechter ökonomischer Ratgeber.

Die meisten internationalen Organisationen wurden zur Lösung aktueller Probleme gegründet. Beispielsweise der Internationale Währungsfonds (IWF). Er wurde anlässlich der Bretton-Woods-Konferenz am Ende des Zweiten Weltkriegs ins Leben gerufen. Dem IWF kam im Zusammenhang mit dem neuen internationalen Währungssystem, dem sogenannten Gold-Devisen-Standard, die Aufgabe zu, den internationalen Zahlungsverkehr zu erleichtern, bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten eines Mitgliedslandes mit Krediten einzuspringen und die Wechselkursentwicklung zu überwachen. Insbesondere sollte der IWF darauf achten, dass einzelne Länder nicht über die Währungsabwertung vorübergehende Wettbewerbsvorteile erheischen.

Als das System der festen Wechselkurse Anfang der siebziger Jahre zusammenbrach und flexiblen Wechselkursen Platz machte, hatte der IWF eigentlich keine Aufgabe mehr. Doch wie alle anderen internationalen Organisationen, die nach dem Auslaufen ihrer ursprünglichen Aufgaben überflüssig wurden, verstand es auch der IWF, neue Aufgaben an sich zu reißen. Inzwischen hat er sich gewissermassen zu einem fiskal- und geldpolitischen Schulmeister der Welt aufgeschwungen. Beispielsweise hat er vor kurzem der Schweiz empfohlen, die Geldpolitik noch weiter zu lockern und zu einer Art Quantitative Easing überzugehen. Bei der Qualität solcher Empfehlungen kann die Schweiz nur froh sein, dass sie nicht am Gängelband von IWF-Krediten hängt, sondern noch frei über die eigene Geldpolitik entscheiden kann. Weshalb, so muss man sich fragen, soll die Schweiz dem IWF Kredite gewähren, wenn diese Gelder nachher an bankrotte Länder wie Griechenland oder die Ukraine fließen?

In den letzten Jahren konnte beobachtet werden, dass der IWF sich nicht nur auf monetäre Probleme konzentriert. Wenn es den Mächtigen dieser Welt zu nutzen scheint, erhalten bankrotte Länder selbst dann vom IWF Kredite, wenn deren Rückzahlung in den Sternen steht. Weshalb sollte der IWF bei einem Schuldenproblem eines Euro-Landes einspringen? Weder hat der Euro-Raum ein Zahlungsbilanzdefizit noch ein Wechselkursproblem. Die Abwertung des Euro wurde von der Europäischen Zentralbank (EZB) bewusst gesucht und ist einzig und allein auf deren unsinnige Politik zurückzu-

führen. Statt Griechenland mit Krediten zu unterstützen, sollte der IWF der EZB bei ihrem fast unlimitierten Aufkauf maroder Staatsschulden in den Arm fallen. Indem die EZB die Zinsen der Staatsschulden künstlich tief hält, verhindert sie einen raschen Abbau der Schuldenberge in den Euro-Ländern.

Beitrag der Schweiz

Die Überschuldung und die Geldpolitik der EZB sind wesentliche Gründe dafür, dass die Zinsen auf den Geld- und Kapitalmärkten ihre Steuerungsfunktion nicht mehr richtig ausüben können. Würden die Zinsen der Staatsschulden auf dem Marktniveau liegen, hätten die meisten Länder schon lange begonnen, ihre öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen. Stattdessen leben die USA und zahlreiche Euro-Länder dank den Notenbanken über ihre Verhältnisse. Ein solches Leben auf Pump behindert das langfristige Wachstum der privaten

Wirtschaft und verhindert eine nachhaltige Wirtschaftserholung.

Wenn es dem IWF mit der Stabilisierung des Weltwährungssystems und der Finanzmärkte ernst wäre, dann müsste er sowohl die amerikanische als auch die europäische Notenbank mit Kritik überziehen. Davon ist er weit entfernt, stattdessen empfiehlt er Quantitative Easing als

Allheilmittel. Einen solchen Schulmeister braucht die Welt wahrlich nicht. Viel besser wäre es, die Verantwortung für die Geld- und Wirtschaftspolitik wieder den einzelnen Ländern zu überlassen. Denn eines ist so sicher wie das Amen in der Kirche: Wenn ein Land wegen seiner Schuldenwirtschaft nicht mehr konkurrenzfähig ist und keine Kredite mehr erhält, werden die Bürger viel effizienter als der IWF dafür sorgen, dass die Schuldenwirtschaft ein Ende nimmt und die Geldpolitik besser wird.

Indem die Regierungen des Euro-Raums, die EZB und der IWF den Bankrott Griechenlands mit immer neuen Krediten und zu niedrigen Zinsen hinausschoben, machten sie genau das Gegenteil. Damit taten sie weder den Griechen noch der griechischen Wirtschaft einen Gefallen. Sie haben nur die Kosten der Anpassung an die wirtschaftlichen Realitäten noch weiter erhöht. Es ist an der Zeit, den IWF bei seinem unheiligen Tun zu stoppen. Mit einem Austritt könnte die Schweiz hierzu einen Beitrag leisten.



Die Uno kommt in die Jahre

Von Hansrudolf Kamer — Vor 70 Jahren wurde die Uno gegründet, der Idee kollektiver Sicherheit verpflichtet. Die Absicht war nie, eine Weltregierung einzurichten.



Fast unbemerkt im allgemeinen Getöse der Weltpolitik hat die Uno den 70. Jahrestag ihrer Gründung erlebt. Die Vereinten Nationen waren am 26. Juni 1945 auf den Trümmern des Zweiten Weltkriegs

aus der Taufe gehoben worden. Sie waren ein Versuch, nach dem Scheitern des Völkerbundes eine neue Organisation zur Sicherung des Friedens zu schaffen.

Aus Anlass des Jubiläums bezeichnete der französische Botschafter die Uno am East River fast schon poetisch als «Traum – entstanden in der Nacht –, der sich nachher an der Wirklichkeit der Kräfteverhältnisse reibt». In der *New York Times* konstatierte der israelische Botschafter nüchtern, sie sei als Friedenstempel geplant gewesen, dann aber von Gewaltregimen überrannt worden, die Menschenrechte verletzen und die internationale Sicherheit unterminierten.

Eine gute Idee, in der Wirklichkeit gescheitert? Die Weltorganisation ist gleichzeitig ein Anachronismus und eine Utopie. Sie reflektiert eine Machtordnung, die nicht der Realität entspricht und nie entsprochen hat – auch nicht am Ende des Zweiten Weltkriegs. Sie enthält ein Versprechen, das nie eingehalten wurde und wohl nie wird. Sie war und ist ein politisches Instrument, das bei Bedarf benützt oder ignoriert wird.

Der Schlüssel zum Verständnis liegt in der Gründungsgeschichte. Der Begriff «United Nations» taucht unvermittelt in der Korrespondenz auf, die der amerikanische Präsident Roosevelt mit seinen Verbündeten, vor allem Churchill und Stalin, aber auch mit dem chinesischen Generalissimus Tschiang Kai-schek führte.

Roosevelt hatte zwar eine Art Weltordnung im Sinn, die sich auf zwischenstaatliche Verhaltensregeln und auf kodifiziertes internationales Recht stützen sollte. Supranationale Institutionen allerdings wollte er nicht. Einem Gebilde wie dem internationalen Strafgerichtshof wäre er skeptisch gegenüberstanden.

Teilnehmer an den Vorbereitungstreffen in Dumbarton Oaks waren Amerikaner, Sowjets, Briten und Chinesen. Churchill und Roosevelt

vertraten an der Konferenz mit Stalin auf Jalta die Auffassung, sie, die United Nations, wären ein Mittel, um etwa fünfzig Jahre lang den Frieden zu bewahren. Das war eine pragmatische Haltung, keine idealistische.

Kriege gab es trotzdem und viele. Einige von ihnen hatten das Potenzial, sich zu einem neuen Weltkrieg zu entwickeln. Die Rolle der Uno war selten entscheidend oder wichtig, wenn es darum ging, lokale oder regionale Konflikte einzudämmen – im Mittleren Osten und auf dem Balkan, in Südostasien und im Fernen Osten. Das lag am Patt des Kalten Kriegs, aber auch an der Fehlkonstruktion kollektive Sicherheit, die die Mitglieder de jure verpflichtet, einem Aggressor auch aus den eigenen Reihen gemeinsam entgegenzutreten.

Der Zerfall der Sowjetunion veränderte die Ausgangslage. Präsident Bush senior sprach von einer neuen Weltordnung. Im Golfkrieg 1990/91 agierte der Uno-Sicherheitsrat lehrbuchmässig. Der Westen entdeckte die humanitären Interventionen weltweit, die Uno die sogenannte Schutzverantwortung. Die Bevölkerungen sollten allüberall vor ihren eigenen Herrschern geschützt werden. Die Einmischung in die inneren Angelegenheiten von im Prinzip souveränen Staaten wurde zur Pflicht.

Die Uno wandelte sich zu einer Weltorganisation mit universellem Anspruch, der fast alle

Staaten angehören. Vor allem in Deutschland gilt die Uno heute als Embryo eines globalen Rechtsstaates und als Quelle der Legitimierung überstaatlichen Handelns.

Kleinststaaten klammern sich an einen Rechtsformalismus, der suggeriert, alle Nationen oder Staaten «seien vor dem Gesetz gleich», hätten gleiche Rechte und Pflichten. Sie sehen darin einen Schutz ihrer Unabhängigkeit. Sie versuchen periodisch eine Reform des Sicherheitsrates, die das «undemokratische» Veto der fünf permanenten Mächte zu Fall bringen soll.

Kaltes Wasser über den Reformgeist

Die Aussichten dafür sind gleich null. «Weil wir im Sicherheitsrat das Veto haben, können wir jeden Einsatz blockieren, der unseren Interessen widerspricht. Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, dass die Abschaffung dieses Rechts nicht zur Diskussion steht.»

Das könnte ein sowjetischer oder russischer, ein chinesischer, französischer oder britischer Aussenminister gesagt haben. Es war aber Madeleine Albright, die erste Frau als amerikanische Staatssekretärin, die kaltes Wasser über den Reformgeist goss.

Das Pendel schwingt zurück. Der Sicherheitsrat ist inzwischen wieder die von den Mächten erwünschte Verhinderungsinstanz. Selbst ein Isolationist wie Rand Paul, sollte er Präsident werden, würde deshalb die Uno nicht abschaffen. Dieser Tage sagte er in New Hampshire, die Uno sei zwar zu teuer und gebe zwielichtigen Gewaltstaaten ein Forum. Doch ein multinationales Gebilde für diplomatische Diskussionen sei nicht unbedingt schlecht. Mehr wollte man auch vor siebzig Jahren nicht.



Verhinderungsinstanz: Unterzeichnung der UN-Charta, San Francisco, 1945.

Themenführer ruft Verhandlungsführer

Von Christoph Mörgeli

Claude Longchamp hat's wieder getan. Letzte Woche veröffentlichte er sein neues SRG-Wahlbarometer. Die Medien schlürften seine demoskopische Kaffeesatzbrühe wie lauterer Wasser. Sie haben vergessen, dass Longchamp bei den Wahlen 2007 die FDP um 2,2 Prozent überschätzt und die SVP um 1,3 Prozent unterschätzt hat. Jetzt wird im Vorfeld des 18. Oktober gefaselt, dass die FDP (plus 2 Prozent) auf Kosten der SVP (minus 0,5 Prozent) wachse. Dabei verlieren die Mitteparteien BDP und GLP angeblich je 1 Prozent. Der *Tages-Anzeiger* folgerte, die SVP habe «die Themenführerschaft in der Europapolitik inzwischen an die FDP verloren».

Wenden wir uns also der EU-Themenführerin FDP zu. Wir meinen jene FDP, deren Präsident Philipp Müller wegen der Massenzuwanderungsinitiative Christoph Blocher als «Sonderverhandlungsführer» nach Brüssel schicken wollte. Müller verlangte die strikte Umsetzung des Volkswillens, um dann über die Aussetzung des Inländervorrangs zu sinnieren. Wir meinen die Themenführerpartei FDP, die den EU-Beitritt 1995 ins Programm aufnahm, um ihn 2010 wieder zu streichen.

Wir meinen die Themenführerpartei FDP, deren Ruedi Noser früher der EU beitreten wollte, aber unlängst im «Bilanz Standpunkte»-Talk sagte: «Die bilateralen Verträge sind heute nicht mehr so wichtig.» Um als Gründungsmitglied von «Vorteil Schweiz» für den «Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU zu kämpfen». Geht es um die Themenführerpartei von Christa Markwalder, als Euro-Turbine eben noch Präsidentin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz? Oder ist Themenführer FDP-Aussenpolitiker Walter Müller, der 1992 an der Seite von Christoph Blocher und Otto Fischer gegen den EWR gekämpft hat?

Bleibt FDP-Themenführer Didier Burkhalter, der laut *Die Zeit* nichts als «elegante und nichtsagende Worte zum Verhältnis von Schweiz und Europa» findet. Wollte dieser bundesrätliche Themenführer die einzelnen Themen in Brüssel eben noch gesondert verhandeln, spricht er neuerdings von «Verknüpfen» und «Verheiraten» der Dossiers. Irgendwann wird die FDP bekennen müssen, wie sie es mit der institutionellen Anbindung an die EU hält. Teure ganzseitige Inserate schaffen weder Klarheit noch Themenführerschaft. Doch die FDP gemahnt mit ihrer Inserateflut an eine künstliche Befruchtung. Auch da weiss niemand, wer der Spender ist.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Empört und erschüttert

Von Peter Bodenmann — Die ängstlichen Griechen werden absehbar ja zum Euro sagen.



Weitere Aufstände werden folgen: Spitzenpolitiker Tsipras (l.) und Varoufakis.

Eine Währungsunion funktioniert nur, wenn die Lohnstückkosten in den verschiedenen Ländern vergleichbar hoch sind. Oder wenn ein Finanzausgleich fortbestehende regionale Ungleichgewichte effizient glättet. Deutschland hat mit seiner Tieflohnpolitik – die Hartz-Reformen der Sozialdemokraten und der Grünen lassen grüssen – nicht nur Griechenland, sondern auch Italien, Frankreich, Spanien und Portugal an die Wand gedrückt. Und dies, obwohl Griechenland die Löhne und Renten um 30 Prozent gesenkt hat. Weitere Kürzungen machen die Misere nicht kleiner, sondern grösser. Deutschland müsste – lieber spät als nie – während zehn Jahren die Löhne jedes Jahr um 5 Prozent erhöhen. Denn Fehlentwicklungen werden mit Vorteil schleifend und so halbwegs sozial- und unternehmerverträglich korrigiert.

Tsipras und Varoufakis haben in den letzten fünf Monaten Druck gemacht. Sie haben mehr erreicht, als alle ihre bürgerlichen Vorgängerregierungen zusammen. Aber nicht genug für die beiden Regierungspartner. Der linke Flügel von Syriza kann nicht ja sagen zu dem von den Institutionen diktierten Sozialabbau. Und der rechte Partner Panos Kammenos will keine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Einst skandierte die revolutionäre Linke: «Wer hat uns verraten? Sozialdemokraten! Wer verrät uns noch? Die Poch!» Wir leben in einer anderen Zeit. Frank-Walter Steinmeier ist nach der Ankündigung des Refe-

rendums «zutiefst erschüttert». Sigmar Gabriel «empört». Syriza hoffte vergebens auf die Italien und Frankreich regierenden Sozialdemokraten, um mit und dank ihnen die neoliberale Sparpolitik zu knacken. Hat nicht geklappt, weil die in Europa mitregierenden Sozialdemokraten nach Marx auch Keynes beerdigt haben. Die Griechen werden absehbar dem von den Institutionen diktierten Sparprogramm zustimmen. Weil die Mehrheit der Griechen aus Angst vor harten Auseinandersetzungen den weiteren sozialen Abstieg wählen. Vielleicht zu Unrecht. Denn die Karten der Griechen wären nach einem Nein gar nicht so schlecht. Aufgrund der geltenden Verträge kann niemand – und schon gar nicht auf die Schnelle – ein Land aus dem Euro kippen. Wer den Griechen gegen ihren Willen den «Grexit» aufzwingen will, muss sich einen Grossteil der Schulden ans Bein streichen. Und Aufbauhilfe leisten. Ein teurer Transfer.

Ein Ja wird drei Folgen haben: Erstens eine neue Regierung. Zweitens einen Schuldenschnitt vonseiten der sogenannten Institutionen. Und drittens Neuwahlen. Das Chaos wird nicht kleiner, sondern grösser. Weitere Aufstände werden folgen. Früher oder später wird es zur überfälligen Kurskorrektur kommen. Spätestens dann, wenn Marine Le Pen die französischen Wahlen gewinnen sollte.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

SM, MSM, LM und LP

Von Kurt W. Zimmermann — Medienkritik war noch nie so populär und so aggressiv wie heute.

In den offiziellen News war Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras der verfeimte Bösewicht. Der Bösewicht war eine «Zumutung» (*Frankfurter Allgemeine*). Der Bösewicht war ein «Hasardeur» (*Aargauer Zeitung*). Der Bösewicht war ein «Amateur» (*Stern*).

Die offiziellen News stammen aus den alten Medien, den Zeitungsverlagen.

In den weniger offiziellen News war Alexis Tsipras der bewunderte Opferheld. Er war ein Opfer davon, dass «die Systemmedien ausflippen». Er war ein Opfer der «Hasswelle der Mainstreammedien». Er war ein Opfer der «gleichgeschalteten Lizenzmedien».

Die nicht offiziellen News stammen aus den neuen Medien, aus Twitter, Facebook, Blogs und Online-Foren.

In den nicht offiziellen News gibt es vier Schimpfwörter, mit denen die offiziellen Medien pauschal beschrieben werden. Man nennt sie die Systemmedien (SM), die Mainstreammedien (MSM) und die Lizenzmedien (LM). Dazu kommt neuerdings wieder die gute alte Lügenpresse (LP).

Der Protest gegen SM, MSM, LM und LP ist Systemkritik. Die Medien, so der Vorwurf, vertreten heute geschlossen die ideologische Position des herrschenden Systems.

Der Protest gegen die Einheitsmeinung kocht im Netz nicht nur bei politischen Fragen wie dem kollektiven Griechenland-Bashing hoch. Auch beim Absturz der Germanwings-Maschine war die Kritik an der monokonformen Darstellung der Systemmedien vehement.

Die Disziplin der Medienkritik war noch nie so populär wie heute. Doch sie findet fast ausschliesslich in den digitalen Medien statt.

Sind die Medien tatsächlich gleichgeschaltet? Richtig daran ist, dass vor allem in der gedruckten Presse die Meinungsvielfalt bei grossen Themen eher reduziert ist. In den meisten Ländern gibt es nur eine oder zwei prominente Stimmen, die eine dezidierte Gegenposition zur obrigkeitlichen Meinung vertreten.

Beim grossen Thema Deutschlands, EU und Euro, schwimmen beispielsweise die *Bild*-Zeitung und der *Spiegel* gegen den Strom. Beim grossen Schweizer Thema, der Immigration, übernehmen seit je die *Weltwoche* und neuerdings der *Blick* die Rolle des Störenfrieds.

Ansonsten neigen die etablierten Medien zu staatsnahen Positionen. Es gibt in der Schweiz und in Deutschland keine grössere Tageszeitung, die eine prinzipiell EU-kritische Hal-



Vertrauenskrise: Demonstration in Deutschland.

tung verfolgt. Es gibt beiderorts auch keine Tageszeitung, die beim Thema Einwanderung einen grundsätzlichen Gegenkurs zur Regierungspolitik steuern würde. In der traditionellen Presse ist der Mainstream noch nicht ausgetrocknet.

Im Internet hat sich darum eine aggressive Gegenöffentlichkeit entwickelt. Die Glaubwürdigkeit der Journalisten ist hier unter Druck wie nie zuvor. Ob Ukraine, Euro, Syrien oder Fifa – wenn es in den Zeitungen steht, ist es gelogen.

Oder wie es ein aktueller Blog sagt: «Früher: Melden es die Mainstreammedien, könnte es wahr sein. Heute: Melden es die Mainstreammedien, ist es manipuliert.»

Doch diese digitale Gegenöffentlichkeit wird von der traditionellen Öffentlichkeit weitgehend ignoriert. Wenn ein Politiker in einer Rede die Glaubwürdigkeit der Medien anzweifelt, dann heulen alle Zeitungen auf. Wenn täglich Tausende im Netz dasselbe tun, dringt dies nicht bis in die Redaktionsräume vor.

Ich glaube, die alten Medienhäuser unterschätzen die gewaltige Vertrauenskrise, die sich in der digitalen Welt manifestiert.

Als ich mich heute Morgen bei Twitter einloggte, stand zuoberst ein Satz, der die neue Weltordnung hübsch zusammenfasst: «Im Netz steht die Wahrheit, während die Systemmedien lügen.»

Die rote Linie

Von Beatrice Schlag — Der manipulierte Embryo.

Vor zwei Monaten schockierten chinesische Forscher der Sun-Yatsen-Universität in Guangzhou westliche Wissenschaftler durch die Veröffentlichung eines Embryonen-Experiments.

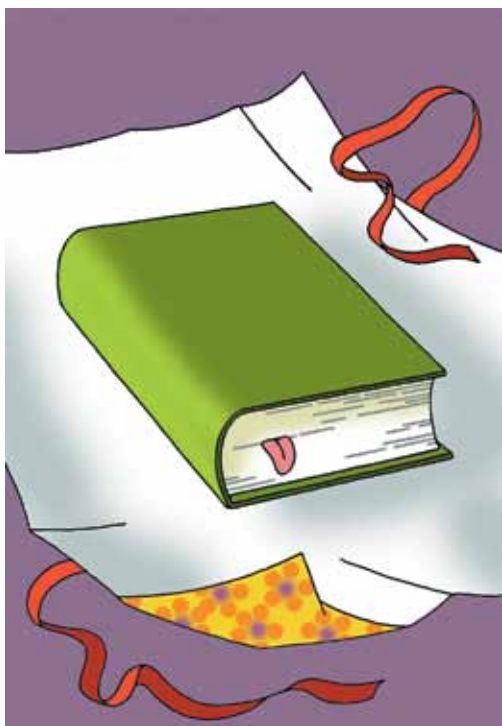


Mit Hilfe einer neuen Technologie mit dem unaussprechlichen Namen Crispr-Cas9 hatten sie – nicht sehr erfolgreich – versucht, Gene menschlicher Embryos dauerhaft zu verändern. Sie wollten eine seltene Bluterkrankung eliminieren. Nach westlicher Meinung hatten die chinesischen Forscher damit eine Grenze überschritten. Denn sollte Crispr-Cas9 eines Tages erfolgreich sein, würde man damit nicht nur Krankheitsgene dauerhaft verändern können, sondern auch Gene, die Haut-, Haar- und Augenfarbe, Grösse oder athletische Konstitution mitprägen. Die chinesischen Behörden hatten das Experiment genehmigt, weil sein Zweck die Forschung, nicht die Fortpflanzung gewesen sei und die Embryonen kurz danach zerstört worden seien.

Wer das für eine fadenscheinige Lüge hält, übersieht den Kulturgraben im Forschungswettbewerb zwischen China und dem Westen. «Die rote Linie im Westen und in China haben nicht allzu viele Gemeinsamkeiten», sagte in der *New York Times* ein chinesischer Medizin-Ethiker zur angeblichen Grenzüberschreitung seiner Landsleute. «Ethik ist eine Frage der Kultur. Nach Konfuzius wird man erst nach der Geburt zur Person. In christlich geprägten Ländern mag man Embryonenforschung ablehnen. Bei uns gilt die Regel, dass die Embryonen nicht älter als vierzehn Tage sein dürfen.» Möglicherweise war der Ethiker zu höflich, darauf hinzuweisen, wie frei mancherorts auch Westler die rote Linie interpretieren, wenn genug Geld winkt. Während die in der Schweiz seit dem 14. Juni zugelassene Präimplantationsdiagnostik einzig bei schweren Erbkrankheiten zur Anwendung kommen darf, sind die USA auf dem Weg zum gefürchteten Nachwuchs nach Mass bereits viel weiter – und kein Gesetz hindert sie daran. Noch bietet erst eine Minderheit der vielen US-Fruchtbarkeitskliniken an, ein blondes Baby mit blauen Augen garantieren zu können. Aber die Wahl des Geschlechts wird seit Jahren angeboten und genutzt. Wobei angesichts von Millionen weltweit abgetriebenen weiblichen Föten die Frage erlaubt sein muss, ob eine Vorselektion der Geschlechtszellen nicht die bessere Wahl ist.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man Beda M. Stadler ein Buch über Bachblütentherapie schenken? *David Reich, Wattwil*

Ich erhalte viele Bücher geschenkt. Am meisten freuen mich Bibeln mit Goldschnitt. Inzwischen habe ich ein Konfitürenglas voll von abgeschabtem Gold. Ich beurteile allerdings den Schenkenden am Inhalt des Buches. Wer mir Bücher über Alternativmedizin, Bio oder sonstige Esoterik sendet, zählt fortan zur Gruppe der humorlosen Bekannten. Bei Gebrauchsgegenständen aus den obigen Religionen, etwa Biosalz oder Globuli, bin ich schon toleranter. Die Globuli verwende ich jeweils zur Dekoration von Geburtstagsorten.

Prof. Dr. em. Beda M. Stadler, Zeneggen

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Der Text hat mich einigermaßen erstaunt: Plötzlich ist mit der EU alles nicht so schlimm.» *Richard Coradi*

Gesinnungswandel

Nr. 26 – «Für Europa»;
Editorial von Roger Köppel

Der Text hat mich doch einigermaßen erstaunt. Plötzlich ist mit der EU alles nicht so schlimm, Frau Merkel ist die beste Politikerin, obwohl sie täglich gegen irgendwelche Gesetze und Bestimmungen verstösst (EU-Grundsätze, Maastricht-Regeln), für die sie später vor Gericht geradestehen muss. So geht es weiter in Ihrem Beitrag.

Schon erstaunlich, Ihr Gesinnungswandel. Aber eigentlich ist es ja doch keine Überraschung, denn als zukünftiger Parlamentarier müssen Sie sich zügeln, müssen Sie Kreide fressen.

Ein Fan von Ihnen kann ich so nicht bleiben. Mein Glaube, dass einem alle Politiker vor der Wahl das Blaue vom Himmel versprechen und nach der Wahl davon nichts mehr wissen wollen, bestätigt sich bereits. Das gilt für alle Parteien, insbesondere auch für die SVP (ich war vierzig Jahre lang für die SVP).

So gesehen, lässt man besser die Finger von der Politik, kümmert sich nicht mehr drum und ist einfach zufrieden.

Richard Coradi, per E-Mail

Grüne und Fantasten

Nr. 26 – «Die Lehren aus Fukushima»;
Iren Aegerter über Atomkraftwerke

Endlich ein fundierter Fachbericht zu den Ereignissen in Fukushima durch die Physikerin Frau Dr. Irene Aegerter. Frau Bundesrätin Doris Leuthard wäre gut beraten, wenn sie auf eine Fachfrau hören würde statt auf den grünen Fantasten Nick Beglinger. Dann wäre Kalduschenmitdoris.ch obsolet. Und die «Solarimpulse» mit dem Götterflieger Piccard ist ja, wen wundert's, in der Nähe von Fukushima gestrandet.

Was muss alles noch passieren, damit verrannte Bundespolitiker wieder einsichtig und vernünftig werden.

Benno Blatter, Malix

Der Energiehunger ist zu gross

Nr. 25 – «Und es geht doch»;
Anton Gunzinger über die Stromversorgung

Die Massenproduktion von subventioniertem Wind- und Solarstrom in Deutschland wird mit Kohlestrom gestützt, was alle CO₂-Ziele pulverisiert und nebenbei unsere Speicherkraftwerke finanziell ruiniert. Verschwiegen wird auch, dass bei der Herstellung der Solar-

zellen tonnenweise Arsen, Selen, Phosphan und Chlorgas eingesetzt wird, äusserst gefährliche Gifte, die uns bei der Entsorgung stark beschäftigen werden. ETH-Professor Gunzinger hat in seiner virtuellen Energie-wende dazu keine Sicherheitsbedenken. Er ignoriert auch, dass fortschrittliche nukleare Systeme in Entwicklung sind. Einem Verbot wird die Welt nicht folgen; der Energiehunger ist schlicht zu gross, und dezentrale Systeme sind zu teuer.

Stephan Amacker, Neftenbach

Gesetze, Bussen, Kontrollen

Nr. 25 – «Schläfrigkeit als Verkehrsdelikt»;
Mathias Binswanger über die Polizei

Der Autor hat mit seinem ausgezeichneten Artikel den Nagel auf den Kopf getroffen. Unser Land wird je länger, je mehr auf unerträgliche Weise zugesperrt mit immer neuen Gesetzen, Verordnungen, Bestimmungen, Kontrollen, Steuern, Bussen, Abgaben, Strafen. Die grösste Wachstumsbranche dieses Landes – der Beamtenapparat – muss ja schliesslich beschäftigt werden.

Alois Staub, Hagendorn

Steilpass

Nr. 25 – «Ein Königreich für die Eidgenossen»;
Wolfgang Koydl über Daniel Hannan

«Die Schweiz sollte mit uns zusammenspannen», sagt Hannan, «mit uns, mit den Eftaländern, aber auch mit anderen eurokritischen Ländern. Ein Freihandelsblock könnte daraus entstehen, eine Gemeinschaft von unabhängigen europäischen Staaten, eine Föderation. Unabhängig von der Brüsseler Sozialdiktatur, die nur den Zweck hat, Volk und Staat zu diffamieren, zu kontrollieren, zu enteignen und aufzulösen. Unser Eigentum steht auf dem Spiel, nicht die Menschenrechte. Wir sollten diesen Steilpass aufnehmen, um auch anderen «Vergewaltigten» in der EU eine Alternative zu bieten. Wir wären prädestiniert für eine solche Aufgabe. Die Nachfrage könnte «überwältigend» sein. Wer macht mit?

Meinrad Odermatt, Zug

Nicht akzeptabel

Nr. 23 – «Blatters tragischer Abgang»;
Roger Köppel über Sepp Blatter

Der obengenannte Artikel ist insgesamt interessant abgefasst. Sie haben sich aber sehr weit

hinausgelehnt beim Vergleich mit einer Schweizer Gemeinde. Nach meinem Wissensstand haben Sie hier klar falsche, ehrverletzende Aussagen gemacht, die unsere Gemeinde unberechtigt in Misskredit bringen, und das ist nicht akzeptabel! Diese Aussage darf so nicht stehengelassen werden, wenn Sie nicht irgendwelche Belege für diese Aussage haben. Sollte es so sein, was ich mir aufgrund der Abklärungen nicht vorstellen kann, würden mich diese als Gemeindepräsident natürlich sehr interessieren!

Ich fordere Sie also auf, mir entweder Belege für eine solch extrem belastende Behauptung zu liefern oder diese Anschuldigung klar zu dementieren, und das bitte nicht nur in einem kleinen Beisatz! Wenn Sie die Angelegenheit Jeton G. seriös verfolgt haben, und ich nehme an, dass Sie diese Angelegenheit damit meinten, hätten Sie wissen müssen, dass auch die restliche Presse vor zirka drei Wochen klar Stellung genommen und erklärt hat, dass entgegen den ersten Berichten alles sehr gut bearbeitet wurde. Ich kann Ihnen auch sagen, dass die Untersuchung des Falles dazu führte, dass die Mitarbeiter/-innen in unserem Sozialamt im Rat heute mehr Vertrauen geniessen als je zuvor. Sie machen bedeutend mehr, als vorgeschrieben wäre, und gehen wo nötig auch an die gesetzlichen Grenzen mit ihren Massnahmen.

Ich verstehe, dass ein Artikel manchmal etwas reisserisch sein soll, aber dass Sie sich herablassen und eine Gemeinde dermassen diskreditieren, ist inakzeptabel und unprofessionell.

Maximilian Walter, Gemeindepräsident Regensdorf

Richtigstellung

In seinem Artikel «Morgarten lebt» (*Weltwoche* Nr. 26/15) schreibt Peter Keller: «Die Fragen der *Weltwoche* an Thomas Maissen zur SRF-Serie und ob er die Möglichkeiten der moder-

nen Archäologie zu lange vernachlässigt habe, lässt er unbeantwortet.» Diese Behauptung unterstellt, dass Prof. Maissen, der Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Paris, einer Diskussion über angeblich neue Erkenntnisse ausweiche.

Dies trifft nicht zu, die Anfrage der *Weltwoche* hat Thomas Maissen wegen eines ärgerlichen Fehlers im E-Mail nicht erreicht, wir bitten Thomas Maissen um Entschuldigung.

Im Artikel heisst es zudem, dass Professor Maissen in der Fernsehserie «Die Schweizer» als wissenschaftlicher Berater beim Beitrag über Morgarten beziehungsweise Stauffacher mitgewirkt habe.

Thomas Maissen kam zwar als Experte vor, er ist aber nicht dafür verantwortlich, dass die Sendung unter anderem durch aus dem Zusammenhang gerissene Interviewzitate («Über die Schlacht von Morgarten wissen wir nur ganz wenige Sätze – von Leuten geschrieben, die damals nicht dabei gewesen sind») suggeriert, die Schlacht bei Morgarten habe möglicherweise nicht stattgefunden. Vielmehr hat Prof. Maissen öffentlich («Wir bleiben die Geiseln von Stauffacher und Konsorten», *NZZaS*, 8. Dezember 2013) darauf hingewiesen, dass die Überlieferungslage nicht nahelegt, dass an der Historizität der Schlacht bei Morgarten zu zweifeln sei.

Die Redaktion

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert.

Postadresse: Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach,
8021 Zürich.

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.



Mehr Verkaufserfolg mit Direct Marketing: Auch das ist die Post.

Die Post macht viel mehr, als man denkt. Wir unterstützen Sie mit unseren Services rund um den Werbebrief. Von der Konzeption bis zum Response Management. Bewegen auch Sie Ihre Kunden:
post.ch/gelb-bewegt

DIE POST 
Gelb bewegt.

Entwicklung für Helfer

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) genoss bisher einen Sonderstatus im Aussendepartement. Jetzt will sie Bundesrat Burkhalter einbinden. Doch die Entwicklungshelfer prägen mit ihrer eigenen Kultur die Schweizer Aussenpolitik. *Von Markus Schär und Jonas Baumann (Illustration)*

Was für ein Aufstieg! Bisher sass Maya Jaouhari Tissafi neben der Autobahn in einem Büroblock an der Berner Freiburgstrasse und kümmernte sich um das Elend dieser Erde. Fortan schaut sie aus dem 17. Stock des Centro Capital Centre an bester Lage in Abu Dhabi auf den Persischen Golf. Die fünfzigjährige Vizechefin der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza), in einer marokkanischen Familie in Hamburg und Bern aufgewachsen, vertritt jetzt in den Vereinigten Arabischen Emiraten als Botschafterin die Schweizerische Eidgenossenschaft.

Die Entwicklungshelferin, die Studien in Sozialarbeit und Gesundheitswissenschaft abgeschlossen, sich zur Mediatorin ausgebildet und sechs Jahre für den Christlichen Friedensdienst im Feld gearbeitet hat, brauchte einen neuen Job. Bundesrat Didier Burkhalter will, wie schon seine Vorgängerin Micheline Calmy-Rey, die bisher selbstherrliche Deza ins Aussendepartement (EDA) eingliedern. Dazu setzt er seit letztem Jahr eigene Leute ein: Manuel Sager als Direktor, Manuel Bessler als Chef der humanitären Hilfe und Pio Wennubst als Chef der globalen Zusammenarbeit.

Jetzt holt der Aussenminister seinen Vertrauten Thomas Greminger, der bisher die OSZE-Delegation in Wien leitete, als Vizedirektor. Maya Tissafi sollte dafür als Botschafterin nach Marokko gehen. In letzter Sekunde musste das EDA den Vorschlag aber zurückziehen, weil die Marokkaner (nicht die Schweizer!) festgestellt hatten, dass die Vertreterin der Eidgenossenschaft immer noch einen marokkanischen Pass besitzt. So kam die Hochdeutsch sprechende Entwicklungshelferin Maya Tissafi, ohne Diplomatenausbildung und Wirtschaftserfahrung, als Schweizer Botschafterin in die boomende Metropole Abu Dhabi.

Der Fall zeigt: Die Eingliederung der Deza mit ihren 1717 Beschäftigten und ihrem 2,2-Milliarden-Budget ins EDA kommt nur mit Krämpfen und Kämpfen voran. Die Probleme rühren zumeist daher, dass sich die Deza-Angestellten mit ihren Idealen, ihrer Kultur und ihren Privilegien in die Departementsstrukturen und damit in die Schweizer Aussenpolitik einpassen sollten. Und alle diese Probleme lassen sich am Fall der neuen Botschafterin in den Emiraten zeigen.

1 — Die Deza-Leute geben ihr Eigenleben nicht auf. Eine Frau von der Deza-Spitze führt jetzt die Botschaft in den Vereinigten Arabi-

schen Emiraten. Mit dieser – je nach Betroffenheit eleganten oder brachialen – Massnahme löste das EDA im Fall von Abu Dhabi das Problem, mit dem es global kämpft: die Zusammenlegung des diplomatischen Dienstes mit den Koordinationsbüros der Deza. Der Posten war frei: Botschafterin Andrea Reichlin wechselt auf die Philippinen, in Abu Dhabi in Ungnade gefallen, weil sie dem Projekt der Ökostadt Masdar wenig abgewinnen konnte, der grünen Fata Morgana von Swisscleantech-Chef Nick Beglinger und Bundesrätin Doris Leuthard (*Weltwoche* Nr. 38 und 39/14). Deren Generalsekretär Walter Thurnherr kommt aus dem diplomatischen Dienst; er findet immer ein offenes Ohr bei seinen Kollegen, die jetzt an den höchsten Stellen sitzen.

Das Zusammenlegen fällt nicht überall so leicht, denn die Deza-Leute sperren sich gegen jedes Beschneiden ihrer Eigenmacht. Walter Fust baute als Direktor von 1993 bis 2008 die Deza zum unantastbaren Staat im Staat auf, als «Sepp Blatter der Entwicklungshilfe», wie Insider spotten. «Ich habe selber erlebt», erzählt ein Diplomat, «dass ein Aussenminister eines mittelgrossen europäischen Landes Walter Fust freudig begrüsst, die Schweizer Delegationschefin, Bundesrätin Calmy-Rey, aber nicht erkannte.» Und ein anderer frotzelt: «Wer im EDA keine Karriere machen wollte, musste nur etwas Schlechtes über die Deza sagen.»

Die Probleme zeigten sich bereits beim Pilotprojekt ab Dezember 2013, das pikanterweise ein Diplomatenhepaar führte: Christine Schraner Burgener leitete die Botschaft in Bangkok, Christoph Burgener die Deza-Mission in Yangon, die innert drei Jahren auf zwanzig Schweizer und siebzig lokale Angestellte mit einem Budget von 28 Millionen Franken wuchs. Das Büro in Myanmar unterstand eigentlich der Botschaft in Thailand, es liess sich aber nicht in die Bücher blicken. Und die Deza-Leute verblüfften die Diplomaten gelegentlich, so etwa, als sie nach einer zähen Diskussion über die befristete Anstellung einer Aushilfskraft im Konsulat für 1500 Franken ankündigten, sie müssten bis Ende Jahr noch zehn Millionen im Budget aufbrauchen.

Bis jetzt führen das Departement und die Deza getrennte Buchhaltungen, jene der Entwicklungshelfer ohne Audits: Böse Zungen im EDA behaupten, darüber würden verdeckte Zahlungen abgebucht, so etwa Lösegelder bei

Entführungen. Letztes Jahr wollte das Departement die Zusammenlegung vollziehen. Einen Kurs, zu dem es die Verantwortlichen aus aller Welt nach Bern aufgeboten hatte, sagte es aber wieder ab, so kurzfristig, dass die bereits gebuchten Flüge verfielen. Der nächste Versuch ist für November angesagt. Aber die Aufgebotenen warten mit dem Ticketkauf, denn sie wissen: Die Deza sperrt sich immer noch gegen die Vereinigung.

2 — Die Deza-Leute halten an ihren Privilegien fest. Dass die Ernennung der Marokkanerin Maya Tissafi zur Schweizer Botschafterin in Marokko scheiterte, war peinlich, aber keineswegs zufällig. Bei einem Karrierediplomaten hätte der Zwischenfall nicht passieren können. Wer als versetzbarer Diplomat einsteigen, also die Interessen der Schweiz im Ausland vertreten wollte, musste bisher andere Staatsbürgerschaften abgeben. Die Deza, sagt ein Insider, setze diese Regel aber nicht durch: «Das allein sagt schon viel über die Berufsauffassung der Deza-Leute aus.» Nach der Zusammenlegung solle im ganzen Departement dieselbe Praxis gelten – jene der Deza. Wer die Interessen der Schweizerischen Eidgenossenschaft vertritt, darf also wie Maya Tissafi weiterhin andere Pässe besitzen.

Denn die Entwicklungshelfer verteidigen ihre Vorrechte mit Klauen und Zähnen. Das stellte schon Christoph Burgener beim Pilotprojekt in Myanmar und Thailand fest. Der von seiner Frau geführten Botschaft in Bangkok stand, wie allen Schweizer Vertretungen, nur ein

Walter Fust baute als Direktor die Deza zum unantastbaren Staat im Staat auf.

Dienstwagen zur Verfügung. Die Deza-Leute in Yangon aber fuhren zahlreiche teure Wagen; sie brauchten sie für ihre Einsätze im Feld, nutzten sie aber auch in der Freizeit – ohne dies abzurechnen. Der neue Chef schränkte deshalb die private Verwendung von Dienstfahrzeugen ein, die Deza-Leute schwärzten ihn darum bei ihren Vorgesetzten in Bern an.

Wie in Yangon sträuben sich die Entwicklungshelfer überall dagegen, dass Diplomaten ihre Büros leiten. Dagegen gelten Deza-Leute auf hohen diplomatischen Posten als völlig normal, trotz fehlender Ausbildung. Neben Maya Tissafi stiegen jetzt auch Hans-



Weltweit setzt sich die Sicht der Deza-Leute gegen jene der Diplomaten durch.

Peter Lenz (Jordanien/Irak) und Ruth Huber (Simbabwe/Sambia/Malawi) zu Botschaftern auf; bei Missionen in Entwicklungsländern bekommen grundsätzlich Deza-Leute den Vorzug. So leitet seit dem letzten Jahr der Deza-Mann Mirko Manzoni, bar jeder diplomatischen Erfahrung, die Botschaft in Mosambik – einer boomenden Volkswirtschaft. Christoph Burgener, dessen Ehefrau die Botschaft in Deutschland übernimmt, fliegt dagegen als Berater des Chefs der internen Revision im Generalsekretariat des EDA von Berlin nach Bern. Er sagte Kollegen, er wolle nie mehr in seinem Berufsleben etwas mit der Deza zu tun haben.

Auch das Problem mit den Autos löst das Departement gemäss den Wünschen der Deza. Es denkt daran, eine «flotte Flotte» zu beschaffen, wie Nationalrat Roland Rino Büchel (SVP) scherzt: 680 neue Dienstfahrzeuge für 44 Millionen Franken (was einen Durchschnittspreis von 65 000 Franken ergibt). «Dieses Projekt fügt sich in die Bemühungen zur Integration und Harmonisierung im Departement ein»,

stellt das EDA fest. Die Schweiz wolle «ein Image von Effizienz und Bescheidenheit» vermitteln. Der einheitliche Auftritt wenigstens bei den Autos soll darüber hinwegtäuschen, dass Diplomaten und Deza-Leute auf Kollisionskurs sind.

3 — Die Deza-Leute prägen die Aussenpolitik.

In der Schweizer Botschaft im Erdölstaat Abu Dhabi, in einem Glasturm inmitten von Tophotels, wo künftig Maya Tissafi für die Schweiz spricht, sitzt schon seit zwei Jahren ein Entwicklungshelfer der Deza. «Weshalb?», fragte Nationalrat Büchel in der Frühlingssession den Bundesrat. Das Departement antwortete, der Verbindungsmann am Persischen Golf – mit einem Budget von 440 000 Franken für seinen Lohn, das Sekretariat, die Privatschule der Kinder und die Reisen – koordiniere «den Austausch zwischen den Institutionen der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit auf der Arabischen Halbinsel». Als Depositarstaat der Genfer Konvention führe die Schweiz den Dialog mit diesen

Ländern, «um ihre kohärente Integration in das internationale humanitäre System zu gewährleisten». Die Interessen der Deza – Klimapolitik, Krisenhilfe, Menschenrechtsdialog – standen also im superreichen Abu Dhabi schon bisher im Zentrum. Folgerichtig, dass jetzt die höchste Entwicklungshelferin aus Bern einfliegt.

Weltweit setzt sich in den Schweizer Botschaften die Sicht der Deza-Leute gegen jene der Diplomaten durch – und innerhalb der Deza die eine der beiden Fraktionen, die einen Kulturkampf führen: Die «Brünnelibauer» (interner Jargon), die vor Ort technische Hilfe leisten, verlieren Terrain an die «Friedensseminarler», die an Konferenzen jetten, um über Gut und Böse in der Welt zu reden.

Exemplarisch zeigte sich der Konflikt im November 2013, als der Taifun «Haiyan» die Philippinen verheerte. Die Deza führt kein Büro in Manila, deshalb konnten die Schweizer erst mit Verspätung Hilfe leisten. Dafür vertreiben sich in der Schweizer Mission in Peking acht Deza-Leute die Zeit damit, die

Schlechtes Gewissen

Dank der Marktwirtschaft leben Milliarden von Menschen heute besser. Trotzdem fordern die ärmeren Staaten immer noch mehr Unterstützung.

In fast jeder Hinsicht geht es der Welt heute besser denn je», stellen Bill und Melinda Gates im Jahresbericht 2014 ihrer Stiftung fest, die mit Milliarden den Kampf gegen Krankheiten, die Zucht von Gentech-Pflanzen oder die Verbreitung von Toilettentabletten vorantreibt. «Die Menschen leben länger und gesünder; viele Nationen, die von Hilfe abhängen, können sich jetzt selber erhalten.» Solche Fortschritte sollten wir feiern, meinen die grossen Wohltäter: «Stattdessen glauben viele Leute, der Welt gehe es immer schlechter.»

Solche Pessimisten finden sich auch in Bundesbern zuhauf. «In den letzten Jahren ist die Welt mit einer hartnäckigen Krise konfrontiert worden», schreibt das Auswärtige Amt in seinem Positionspapier zur Entwicklung der Welt. «Die Arbeitslosigkeit hat Rekordwerte erreicht, die ökologischen Gefahren nehmen zu, wenig nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sowie die demografische Entwicklung haben den Druck auf die natürlichen Ressourcen erhöht.»

Wer hat recht, der Fortschrittsprediger aus Seattle oder die Jammertal-Missionare aus Bern? Die Zahlen lassen keinen Zweifel – beide Seiten nennen dieselben. Die Ziele, die sich die Staatschefs am Uno-Millenniumsgipfel im Jahr 2000 steckten, sind erreicht, vor allem das wichtigste: Die Zahl der Menschen, die in extremer Armut leben, ist halbiert; sie sank zwischen 1990 und 2010 von mehr als 2 Milliarden (47 Prozent der Menschheit) auf weniger als 1,2 Milliarden (22 Prozent).

Jetzt setzt sich die Staatengemeinschaft neue Ziele. Seit drei Jahren entwickelt sie die Agenda für eine Nachhaltige Entwicklung post-2015: Nach dem langwierigen Aushandeln von siebzehn Zielen, von der Geschlechtergleichstellung über die Friedenssicherung bis zum Umweltschutz, sollen sie die Staatschefs an einem Gipfeltreffen im September verabschieden. Erstmals wirkten alle Länder beim Erarbeiten der Agenda mit; das Sagen hatte aber die G-77, die Gruppe von inzwischen rund 130 (ehemaligen) Entwicklungsländern, zu der Niger, aber auch Singapur und Saudi-Arabien gehören. Sie wird angeführt von den aufstrebenden Schwellenländern, allen voran China. Und die Chinesen sehen als vor-



«Besser denn je»: Melinda und Bill Gates.

rangiges Ziel, die Menschen aus der Armut zu holen. Dabei setzen sie auf dieselben Mittel wie Bill Gates: Technologie und Kapital. Dank der Marktwirtschaft, meint der Microsoft-Gründer, soll es bis 2035 kaum mehr arme Länder geben.

Wie diese Entwicklung zu finanzieren ist, handelt die Staatengemeinschaft zuvor aus, übernächste Woche an einer Konferenz in Addis Abeba. Auch hier soll sich der Fokus verschieben, von der Entwicklungshilfe hin zu Direktinvestitionen und zu den Rimesen, also den Geldern, die Migranten in ihre Heimat schicken: Diese machen mit jährlich 450 Milliarden Dollar schon jetzt fast das Vierfache der weltweiten Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit aus.

Braucht es also gar keine Hilfsgelder mehr? Die Schweizer Entwicklungshelfer können aufatmen: Selbst Bill Gates hält die Entwicklungshilfe, bei allen Problemen mit Korruption und Bürokratie, nicht für verschwendetes Geld. Und die G-77, von den Malawiern bis zu den Chinesen, sorgt in Addis Abeba bei den Delegationen der reichen Staaten für ein schlechtes Gewissen: Sie fordert von ihnen immer noch 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens – von der Schweiz also im Jahr 4,5 statt wie jetzt 3,2 Milliarden. *Markus Schär*

Chinesen in der Klimapolitik zu beraten. Während auf den Philippinen der Taifun wütete, welcher gemäss Klimaaposteln von der Erderwärmung ausgelöst worden war, sorgten Politiker und Lobbyisten an der Uno-Klimakonferenz in Warschau für heisse Luft. Dabei war auch eine chinesische Deza-Mitarbeiterin: Sie flog in der Business-Class – während die Diplomaten meist Economy buchen müssen – von Peking nach Warschau, via London, um sich für die Konferenz standesgemäss einzukleiden.

Das Verlagern des Schwergewichts von der Diplomatie zur Deza schadet den Schweizern und der Schweiz. Die Auslandschweizer leiden unter dem Leistungsabbau aufgrund der Schliessung von Konsulaten, wenn sie etwa Tausende von Kilometern ohne Visum fliegen müssen, um einen verlorenen Pass zu ersetzen. Die Straffung des Aussennetzes drängt sich aus

Acht Deza-Leute hielten sich in Peking auf, um die Chinesen in der Klimapolitik zu beraten.

Spargründen auf, aber das EDA setzt fragwürdige Prioritäten, wenn es etwa das Deza-Büro in Kirgistan zur Botschaft aufwertet, aber das Generalkonsulat in Chicago aufgibt.

Vor allem schadet der Kulturwandel der Aussenwirtschaft, die bis vor einem Vierteljahrhundert die Schweizer Aussenpolitik prägte. «Das Problem ist, dass die Deza-Leute eine andere Kultur haben», sagt ein Insider. «Interessenvertretung, das Kerngeschäft jeder Aussenpolitik beziehungsweise jeden diplomatischen Dienstes, ist ihnen zutiefst suspekt.» Konditionalität, also Leistungen von Auflagen abhängig zu machen, wie sie jeder Diplomat als mögliches Mittel der Interessenpolitik einsetze, gelte bei den Deza-Leuten als Tabu.

«Als ich vor mehr als dreissig Jahren in die Schweiz kam, da war es die Bergwelt in der Schweiz, die mir das Eingewöhnen einfacher machte», erzählte Maya Tissafi 2011 in ihrem Referat «Blickpunkt Bergland Schweiz – eine entwicklungspolitische Perspektive». Sie erinnerte an ihre Herkunft, den Mittleren Atlas in Marokko, und an ihre Kindheit in Hamburg, wo es nur einen Rodelberg gab. «Ich war glücklich, die Berge in der Schweiz wieder in der Nähe zu haben. In den Bergdörfern der Schweiz lernte ich Menschen kennen, deren Nöte und Ängste, aber auch deren Mut und Engagement dem ähnelten, was ich von Marokko her kannte und später auch in den Bergdörfern in Tadschikistan, Tansania, Ruanda oder Bolivien immer wieder antraf.»

Schön, dass eine urchige Berglerin mit mehreren Pässen jetzt in den Öl- und Finanzmetropolen am Persischen Golf für die Schweizer Interessen kämpft. ○

Schonfrist für Betrüger

Thomas M. arbeitete 2013 als Belegarzt am Zürcher See-Spital. Inzwischen wurde er zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt. Pikant: Das Spital liess den Deutschen noch monatelang weiteroperieren, obwohl es über die Strafverfahren gegen ihn Bescheid wusste. *Von Alex Reichmuth*

Der Fall «Thomas M.» machte letztes Jahr grosse Schlagzeilen. «Der falsche Doktor vom Zürichsee», titelte etwa der *Blick* und berichtete seitenweise über den deutschen Neurochirurgen, der vor seiner Verhaftung über ein halbes Jahr lang in der Schweiz Patienten behandelt hatte. Thomas M. kam im Mai 2013 in den Kanton Zürich. Wie später bekannt wurde, wollte er sich damit den Ermittlungen entziehen, die in Deutschland gegen ihn liefen. Es ging um Betrug und Körperverletzung. Eigentlich hätte M. unter diesen Umständen in der Schweiz nie eine Bewilligung bekommen dürfen, als Arzt tätig zu werden. Doch die Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich wusste nichts von der Vorgeschichte von M. – denn dieser hatte das entscheidende Dokument, die Unbedenklichkeitserklärung, gefälscht.

Schaden von 1,5 Millionen Euro

Thomas M. arbeitete zuerst in Kilchberg in einer Praxis, die auf Wirbelsäulenprobleme spezialisiert ist. Zudem war er Belegarzt am Standort Kilchberg des See-Spitals, wo er Patienten operierte. Doch Anfang Oktober 2013 bekam der Praxisleiter Wind von den Verfahren gegen M. und kündigte ihm postwendend. Das beeindruckte diesen offenbar wenig. M. eröffnete kurz darauf eine eigene Praxis, das Schmerzzentrum an der Schärbächlistrasse. Belegarzt am See-Spital blieb er, allerdings nun am Standort Horgen. Auf Anfrage bestätigt das Spital, dass M. bis Dezember 2013 am Spital Patienten behandelt hat.

Am 17. Januar 2014 endete der medizinische Ausflug von Thomas M. in die Schweiz abrupt. Die Gesundheitsdirektion Zürich entzog ihm die Berufsausübungsbewilligung. Zurück in Deutschland, wurde er im April verhaftet. Im Oktober letzten Jahres verurteilte ihn das Landgericht Rostock zu vier Jahren und sieben Monaten Gefängnis wegen Abrechnungsbetrug. Das Urteil erging, weil M. Rechnungen für Leistungen gestellt hatte, die nie erbracht worden waren. Der Schaden betrug laut Gericht rund 1,5 Millionen Euro.

Maria Areias* war Patientin von Thomas M. in der Schweiz. Sie leidet seit einiger Zeit an heftigen Schmerzen in der Wirbelsäule und war ab August 2013 in Behandlung bei M. Dieser operierte sie Anfang Oktober 2013 ein erstes Mal am Standort Kilchberg des See-Spitals. Doch der Eingriff brachte Areias keine Linderung. Ihr Zustand verschlimmerte sich gar deutlich. Mitte November unterzog sie sich darum einer

zweiten Operation. Da Thomas M. inzwischen nach Horgen gewechselt war, nahm er den zweiten Eingriff am dortigen Standort vor. Areias war drei Tage stationär in Behandlung. Doch ihr Zustand verschlechterte sich weiter. Nachdem M. im Januar 2014 verschwunden war, erfuhr Maria Areias, dass es sich um einen Betrüger gehandelt hatte. Wirklich erstaunt war sie nicht. «Dieser Mann hat mich kaputtgemacht», bilanziert sie. Areias hat darum Strafanzeige wegen schwerer Körperverletzung gegen M. eingereicht. Die Anzeige läuft noch.

Funktionieren die Kontrollen?

Pikant ist, dass der zweite Eingriff bei Areias zu einem Zeitpunkt erfolgte, als das See-Spital längst von den Verfahren gegen Thomas M. in Deutschland wusste. Der *Weltwoche* liegen Belege vor, gemäss denen der damalige Spitaldirektor am 11. Oktober 2013 vollumfänglich über die Vorwürfe gegen M. aufgeklärt worden war. Spätestens am 14. Oktober wusste auch der Vertreter der Belegärzte in der Spitalleitung Bescheid. Fachleute empfahlen dem Spital, die Tätigkeiten von M. zu sistieren, zumindest vorläufig. Doch die Spitalleitung reagierte nicht. Sie liess M. noch lange weitermachen. Dieser operierte in der Folge nicht nur Areias, sondern auch andere Patienten, und er hat diese möglicherweise gesundheitlich geschädigt.

Auf Anfrage schreibt das Spital, der Spitaldirektor und der Belegarztvertreter hätten M. «unverzüglich» mit den Vorwürfen gegen ihn konfrontiert, nachdem sie von diesen erfahren hätten. «M. verwies in der Folge auf die Antwort seines Anwalts. Als diese nicht in der gesetzten Frist eintraf, wurde M. [...] unverzüglich deakreditiert.» Auf die Nachfrage der *Weltwoche*, wann genau die Spitalleitung von der Vorgeschichte von M. erfahren hatte, schweigt sich das Spital aus. Kein Wunder, denn bis die Spitalleitung M. stoppte, verstrichen mindestens zwei Monate.

Bereits vor einigen Monaten hat die *Weltwoche* mehrmals über das See-Spital berichtet. Es ging dabei um den Arzt D., der seit Jahren am Standort Horgen arbeitet. Er führt fragwürdige Schmerzbehandlungen durch, vernachlässigt die Dokumentationspflicht und generiert hohe Gesundheitskosten. D. hatte vor seiner Zeit am See-Spital mit ähnlichen Methoden bereits eine Klinik ruiniert und wurde darum 2011 gerichtlich verpflichtet, fast eine Million Franken zurückzubezahlen. Obwohl die Spitalleitung darüber seit Jahren informiert ist, lässt sie Arzt D. gewähren – bis heute. Man muss sich fragen, ob es am See-Spital eine funktionierende Kontrolle von ärztlichen Qualifikationen und Leistungen gibt.

* Name geändert



«Dieser Mann hat mich kaputtgemacht.»

Sommarugas Laufbursche

Wie die Bundespräsidentin die EU-Strategie von Aussenminister Didier Burkhalter über Nacht umkrempelte.

Von Hubert Mooser



Alles anders: Bundesrat Burkhalter.

Er trat auf, als sei er immer noch Bundespräsident: Gutgelaunt berichtete Aussenminister Didier Burkhalter (FDP) am 24. Juni vor den Medien in Bern über die Sitzung im Bundesrat. «Wir haben viele wichtige Themen besprochen», berichtete Burkhalter. Besonders die Finanzplanung habe viel Zeit in Anspruch genommen. Am Ende habe man aber trotzdem etwas Zeit gefunden, um über die EU zu diskutieren. Und nun habe ihn der Bundesrat beauftragt, die Medien kurz darüber zu informieren.

Aber etwas stimmte nicht: Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (SP) fehlte, obwohl sie seit der Annahme der Initiative gegen die Masseneinwanderung am 9. Februar die EU-Debatte im Bundesrat massgeblich bestimmte. Stattdessen sprach der Aussenminister von der abwesenden Bundespräsidentin – wie sie mit EU-Chefkommissar Jean-Claude Juncker einige Stunden zuvor vereinbart habe, dass man die Gespräche zur Personenfreizügigkeit und zur Umsetzung der Masseneinwan-

derungsinitiative in den kommenden Wochen weiterführen wolle. Man diskutiere verschiedene Optionen, die er aber hier vor den Medien leider nicht ausbreiten könne.

Burkhalters plötzliche Kursänderung

Dann kam der Chef des Departementes für auswärtige Angelegenheiten (EDA) endlich zur Sache: Die Schweiz stehe bei den Diskussionen mit der EU vor einer neuen Etappe. Die umliegenden Länder Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich sollten in die Verhandlungen stärker einbezogen werden. Der Bundesrat wolle zudem die diversen offenen Verhandlungsdossiers mit der EU, zum Beispiel das Strommarktabkommen, das Finanzdienstleistungsabkommen, das institutionelle Rahmenabkommen oder die Verhandlungen zur Personenfreizügigkeit, miteinander verknüpfen. Im Sommer werde der Bundesrat einen neuen Chefunterhändler bestimmen, der die verschiedenen Dossiers koordinieren soll.

Der Bundesrat verspricht sich davon mehr Tempo und mehr Spielraum bei den Verhandlungen mit der EU. Als mögliche Anwärtlerin auf den neuen Job wird die frühere Schweizer Botschafterin im Iran, Livia Leu, gehandelt. Zurzeit arbeitet sie im Wirtschaftsdepartement als Leiterin für bilaterale Wirtschaftsbeziehungen.

Der eigentliche Clou liegt aber woanders: Burkhalter verfolgte noch am Dienstag, also einen Tag vor der EU-Klausur im Bundesrat, einen völlig anderen Kurs. Dies geht aus dem vertraulichen Papier hervor, das der Aussenminister den anderen Mitgliedern der Landesregierung als Vorlage zur EU-Diskussion verschickte. Und gemäss diesem Dokument wollte Burkhalter das Thema bis nach den Wahlen aussitzen. Der Bundesrat solle in den kommenden Monaten weiterhin Konsultationen durchführen und im Herbst eine Gesamtanalyse vornehmen – dies der etwas schwammige Antrag des Aussenministers. Das Papier beinhaltet einen einzigen konkreten Punkt: Burkhalter wollte die Nachbarstaaten verstärkt in die Gespräche einbeziehen. Ein pikantes Detail: Sommaruga hatte das Dokument mitunterzeichnet. Aber sie spielte ein falsches Spiel. Wenige Stunden vor der Bundesratssitzung krempelte die Bundespräsidentin Burkhalters Antrag vollständig um.

Sommaruga spürte spätestens am Dienstag den Widerstand aus den anderen Departementen. Die Bundesräte Alain Berset (SP), Doris Leuthard (CVP) und Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) waren für eine Vorwärtsstrategie, für ein schnelleres Vorgehen bei den Verhandlungen mit der EU. Hatte sie selber nicht auch vor einigen Wochen bei einem vertraulichen Treffen mit den Bundesrätinnen Leuthard und Widmer-Schlumpf genau darüber diskutiert? Was Burkhalter vorgelegt hatte, bedeutete aber: weiterwursteln wie bisher.

Sommaruga wollte sich ausserdem vor der Bundesratssitzung unbedingt noch einmal mit EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker besprechen. Wann sie den wegen Griechenland gestressten Juncker ans Telefon bekam, ob am Dienstagabend oder am Mittwochmorgen in aller Frühe, ist nicht ganz klar. Sommarugas Informationschefin Agnès Schenker macht daraus ein grosses Geheimnis. Und Sommaruga legte auch im Bundesrat nicht offen, wann sie mit dem EU-Chefkommissar telefonierte.

Fest steht nur: Nach diesem Telefonat stellte die Bundesrätin alles auf den Kopf, präsentierte

dem Aussenminister neue Vorschläge zur EU-Politik, die dieser bei der Bundesratssitzung am Tag darauf präsentieren sollte. Burkhalter sei zwar zuerst alles andere als erfreut gewesen, tat dann aber, wie ihm Sommaruga aufgetragen hatte. «Es ist Zeit, dass wir einen Schritt vorwärts machen», sagte Burkhalter tags darauf im Bundesrat. Und präsentierte den etwas überraschten Kollegen die von Sommaruga praktisch über Nacht herbeigezauberte neue Strategie der EU-Politik.

Interessant ist, dass weder Burkhalter noch Sommaruga die Koordinationsgruppe für die EU-Verhandlungen in die Entscheidung miteinbezogen. Der Bundesrat hat zwar die Koordinationsgruppe als Beratergremium eingesetzt. Der Gruppe gehören auch hochkarätige Funktionäre an, EDA-Staatssekretär Yves Rossier zum Beispiel. Er leitet das Gremium. Dazu gehört auch Botschafter Henri Gétaz, der Chef der Direktion für europäische Angelegenheiten, oder Mario Gattiker, der Staatssekretär für Migration. Sie alle erfuhren erst am Mittwochnachmittag, um 16 Uhr, aus einer Pressemitteilung von den geplanten Änderungen bei der Europa-Strategie – als hätten Sommaruga und Burkhalter dieses Beratergremium absichtlich desavouieren wollen. Rossier hüllt sich in Schweigen.

War Juncker Sommarugas Einflüsterer?

So viel lässt sich jetzt aber schon sagen: Die Idee, einen Chefunterhändler einzusetzen, der die Übersicht hat über alle offenen Dossiers, ist nicht auf dem Schweizer Mist gewachsen. Schon lange nerven sich die EU-Kommissäre über die Eidgenossen, weil diese mit ihren verschiedenen Verhandlungsdossiers unkoordiniert und chaotisch in Brüssel auftraten. Dem Vernehmen nach soll Juncker beim Telefonat mit Sommaruga diesen Punkt angeschnitten haben und bei der Bundespräsidentin die

Hoffnungen geweckt haben, die Schweiz käme mit einem einheitlichen Auftritt schneller zum Ziel. Was am Ende aber nichts anderes bedeutet als das: Juncker will der Schweiz nicht nur den Willen der EU aufzwingen, sondern auch die Strategie dirigieren. Und die pflichtbewusste Musterschülerin Sommaruga hat den Befehl aus Brüssel auch sofort umgesetzt.

Reichlich nebulös

Sommaruga überliess es jedoch Burkhalter, die wohl auch von Juncker beeinflusste Strategieänderung der Öffentlichkeit als eidgenössisches Eigengewächs zu verkaufen. Die Bundespräsidentin verfolgte damit zwei Ziele: Burkhalter sollte so wieder in die EU-Politik eingebunden werden. Der Aussenminister flog zwar in den letzten Jahren wie kein ande-

Die EU-Kommissare nerven sich schon lange über die Eidgenossen.

rer Bundesrat in der Weltgeschichte herum. Aber in Brüssel sah man ihn selten. Laut SP-Kreisen liess Sommaruga Burkhalter den Vortritt, weil sie gewissermassen die Ablösung für 2016 aufgleisen wollte. Im kommenden Jahr ist sie nicht mehr Bundespräsidentin, und als Justizministerin hat sie keinen direkten Draht mehr zu Juncker. Diesen Part soll 2016 Aussenminister Burkhalter übernehmen.

Eine Kostprobe davon, was die Schweiz erwartet, wenn Burkhalter beim EU-Dossier das Sagen hat, erhielt man bei der Präsentation der neuen Strategie vor einer Woche. Burkhalter verpackte die ganze Geschichte derart in Watte, dass die anwesenden Journalisten mehrmals hartnäckig nachfragen mussten, bis halbwegs klar war, was der Aussenminister eigentlich sagen wollte. Aber auch danach blieben Burkhal-

ters Erklärungen reichlich nebulös, wie die SVP in ihrer Pressemitteilung zu Recht befand. Selbst BDP-Präsident Martin Landolt, der den EU-Kurs der Regierung bisher tapfer mittrug, wunderte sich über den Auftritt des Aussenministers: Er sei bisher davon ausgegangen, dass man die Dossiers schon lange miteinander verknüpft habe und dass einer die ganze Geschichte koordiniere. Mit Erstaunen habe er feststellen müssen, dass dies nicht der Fall sei.

Fehlschläge auf der ganzen Linie

Dabei gab es für die abrupte Kursänderung nur eine Erklärung. Die Beziehungen zur EU sind an einem toten Punkt angelangt. Die Verhandlungen zu einem Rahmenabkommen, also über neue Regeln für die künftige Übernahme von EU-Recht und einer Schlichtungsinstanz in Streitfällen, sind festgefahren. Der dafür zuständige Verhandlungsführer Rossier war nach eigener Darstellung im Januar das letzte Mal in Brüssel. Die Unterwerfung der Schweiz unter die EU-Gerichtsbarkeit, wie sie von Burkhalter und Rossier verfolgt wird, ist innenpolitisch eine Sackgasse. Das wissen auch Burkhalter und Rossier.

Dann zerschlug sich auch Leuthards Hoffnung beim Stromabkommen. Nach acht Jahren Verhandlungen sah es zuerst so aus, als sei Energiekommissar Miguel Arias Cañete willens zu einer Übergangslösung mit der Schweiz. Doch dann piff Brüssel den Kommissar zurück: Es gebe keine Verhandlungen mit der Schweiz, solange sie die Personenfreizügigkeit einschränken wolle. Bei den Gesprächen zur Anpassung der Personenfreizügigkeit lässt sich die Schweiz von der EU einschüchtern. Fehlschläge also auf der ganzen Linie. Die Schweiz war mit ihrem Verhandlungsstil – den Konsens suchen und Konflikte scheuen – in Brüssel wieder einmal aufgelaufen. ○

**Volg. Im Dorf Daheim.
In Dallenwil zuhause.**

Käse vom Dorf - rundum gut!

Käsermeister Patrick Odermatt ist einer von vielen lokalen Produzenten, die für Volg «Feins vom Dorf»-Produkte herstellen. Sein Käse ist im Volg Dallenwil (NW) erhältlich. Entdecken Sie in jedem Volg andere «Feins vom Dorf»-Spezialitäten.

Volg
frisch und fründlich

brandinghouse



Spitze des Eisbergs: Sousse, Tunesien, nach dem Attentat vom 26. Juni 2015.

Das Problem ist die Toleranz

Nicht nur der islamistisch motivierte Terrorismus ist eine Bedrohung für die demokratischen Grundwerte, sondern auch die ihm vorausgehende Radikalisierung junger Muslime. Die Schweizer Behörden tun zu wenig, um das Problem in den Griff zu bekommen. *Von Kurt Pelda*

Die Schweiz und die Schweizer waren von den jüngsten Terroranschlägen nicht direkt betroffen. Doch auch für unser Land gilt: Wenn wir Schlimmeres verhindern wollen, müssen wir mit ein paar Dingen schnell aufhören – und zwar ganz schnell, bevor es zu spät ist. Zuerst müssen wir aufhören, die Gefahr durch den islamistischen Terror und die ihm vorausgehende Radikalisierung kleinzureden.

Der Terror ist die Spitze des Eisbergs, doch auf die Dauer ist die Radikalisierung junger Muslime und Konvertiten durch extremistische Sektierer die grössere Bedrohung. Lässt man die systematisch und mit langem Atem vorgehenden Seelenfänger gewähren wie bisher, wird es die Schweiz schon bald mit einem Terror-Fanklub von mehreren tausend Extremisten zu tun haben. Anders als zum Beispiel in Deutschland, wo der Verfassungsschutz die

salafistische Szene beobachtet und regelmässig Auskunft gibt über die geschätzte Zahl sogenannter Gefährder, tappt die Schweiz fast vollkommen im Dunkeln. Seit der Fichen-affäre Ende der achtziger Jahre ist dem Staat das Anfertigen solcher Listen untersagt, obwohl das der einzige Weg wäre, einigermaßen exakte Auskunft über das Wachstum der Salafistengemeinschaft einzuholen. Denn dass diese grösser und grösser wird, darüber bestehen keine Zweifel.

Winterthurs Dschihadisten-Problem

Sobald es aber um radikalislamische Umtriebe geht, zum Beispiel in einzelnen Moscheen oder bei Koran-Verteil-Aktionen, wiegeln die Behörden schon fast gebetsmühlenhaft ab. In Winterthur will man darüber öffentlich gar nicht erst reden, obwohl die Eulachstadt nachweislich nicht nur ein Problem mit Dschihadi-

disten hat, sondern auch mit Hasspredigern und radikalisierten jungen Männern, vornehmlich albanischer, arabischer und türkischer Herkunft. Während sich einige Imame in ihren offiziellen Freitagspredigten gemässigt geben, predigen sie in Hinterzimmern nicht nur Hass auf den Westen und die Demokratie, sondern erklären ihren meist blutjungen Gefolgsleuten auch, dass der Islam Sozialbetrug und andere Machenschaften rechtfertige, um die «Kuffar», die Ungläubigen, zu bestehen und zu schwächen.

So bezogen auch zwei kurdische Iraker in Basel Sozialhilfe, die inzwischen vom Bundesstrafgericht wegen Unterstützung von al-Qaida zu Freiheitsstrafen verurteilt worden sind. Und von drei weiteren Irakern, die derzeit in Untersuchungshaft sitzen, weil ihnen die Bundesanwaltschaft unter anderem die Vorbereitung eines Terroranschlags im Namen des

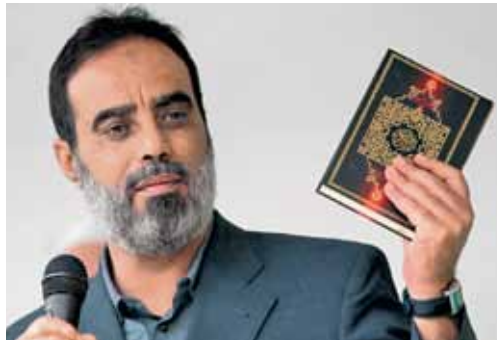
sogenannten Islamischen Staats (IS) vorwirft, bezogen mindestens zwei ebenfalls Sozialhilfe, unter ihnen der Rädelsführer. Es sieht also fast so aus, als ob unser grosszügiger Sozialstaat auch jene unterstützt, die ebendiesen Staat mit allen Mitteln zerstören wollen.

Das Verhalten der Terrorsympathisanten ist insofern konsequent, als die bezogene Sozialhilfe für die Missionierung und Radikalisierung verwendet werden kann, was in den Augen der Hassprediger gottgefällig ist. Zudem kann der Staat diese Mittel dann nicht in die «Unterdrückung und Bekämpfung der Muslime» stecken. Als legitim anerkennen solche sektiererischen Seelenfänger nur einen Staat, in dem Allahs Wort, also die Scharia, oberstes Gesetz ist. Für viele, wenn auch nicht für alle in der schweizerischen Terror-Fangemeinde gilt einzig und allein der IS als legitimer Staat. Etwas überspitzt ausgedrückt, ist unser Sozialstaat also auch noch so doof, den Extremisten das Geld für das Messer zu schenken, mit dem diese dann Unschuldigen die Köpfe absäbeln.

Bedrohung verharmlost

Tauchen in den Medien Vorwürfe gegen einzelne Moscheen oder islamistische Organisationen auf, fühlen sich manche Behörden bemüsstigt, diese in Schutz zu nehmen. So geschehen ist das vor allem im Kanton Zürich, wo die Behörden der von Salafisten frequentierten Moschee in Embrach und der Koran-Verteil-Aktion «Lies!» des deutsch-palästinensischen Hasspredigers Ibrahim Abou-Nagie Persilscheine ausstellten – wider besseres Wissen. Wir müssen endlich damit aufhören, die unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit betriebene Wühlarbeit der Dschihad-Anhänger zu verharmlosen und zu tolerieren.

Relativiert wird die Bedrohung, die von der Dschihad-Fangemeinde ausgeht, nicht nur von Gemeinde- und Kantonsbehörden, sondern auch von privaten Extremismus-Experten. In Deutschland zum Beispiel wird die islamistische Gefahr häufig mit Hilfe der erheblichen Zahl von Gewalttaten aus dem rechtsextremen Milieu verharmlost. Auch wenn diese Statistik korrekt ist, hat der rechtsextreme Terror weder die Anhänger noch die finanziellen Ressourcen, um unsere Rechtsordnung ernsthaft zu gefährden. Der Terror des IS oder von al-Qaida ist da von ganz anderem Kaliber, nicht zuletzt, weil diese Organisationen die Weltherrschaft anstreben und ihnen dabei alle Mittel recht sind. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen haben weder links- noch rechtsextreme Terroristen je Selbstmordattentäter eingesetzt, um wahllos zivile Opfer zu ermorden. Von Selbstmordkommandos, die zum Beispiel ein Kernkraftwerk in ihre Gewalt bringen, geht aber eine viel grössere Gefahr aus als von vereinzelt rassistisch beziehungsweise klassenkämpfe-



Dschihad-Fanklub: Hassprediger Abou-Nagie.



Persilschein: Koran-Verteil-Aktion in Winterthur.

risch motivierten Gewalttätern. Zu einer ernsthaften Bedrohung könnten rechtsextreme Straftäter wohl erst dann werden, wenn sie aus Rache für islamistische Terroranschläge zur Jagd auf hier lebende Muslime bliesen.

Vielleicht typisch ist in diesem Zusammenhang die privat betriebene Fachstelle Extremismus- und Gewaltprävention (Fexx) des umtriebigen Basler Psychologen Samuel Althof. Dieser äussert sich in Interviews zwar andauernd zur islamistischen Radikalisierung, doch werden die Salafisten auf der Einstiegsseite des Web-Auftritts von Fexx mit keinem Wort erwähnt. Es wirkt dort so, als ob wir in erster Linie Probleme mit Rechtsextremisten hätten.

Rasant wachsende Minderheit

Aufhören sollten wir auch mit dem Gefasel, der Terror von IS und al-Qaida habe nichts mit dem Islam zu tun. Es gibt zwar nur einen Koran, aber viele Auslegungen. Während die grosse Mehrheit der in der Schweiz wohnhaften knapp 500 000 Muslimen, einen toleranten und nicht gewalttätigen Islam lebt, fühlt sich eine sehr kleine, aber rasant wachsende Minderheit, eben der Dschihad-Fanklub, als die einzig wahren Muslime. Diese Sektierer ziehen aus dem Koran und den angeblich vom Propheten überlieferten Aussprüchen die Legitimation, gegen die Demokratie und Ungläubige mit Gewalt vorzugehen. Es wäre deshalb ganz wichtig, wenn islamische Verbände und Imame auch in der Schweiz eine innerislamische Diskussion losträten, bei der es unter anderem um die Frage geht, ob es eine solche Rechtfertigung im Islam gibt oder nicht. Am Ende sollte extremes Gedankengut

auch auf religiösem Terrain bekämpft werden, und zwar von muslimischen Gelehrten.

Ziemlich unverständlich ist es ausserdem, wenn man unter dem bequemen Deckmantel von Multikulti radikale Vorstellungen toleriert, die unseren Grundwerten, zum Beispiel der harterkämpften Geschlechtergleichstellung, vollkommen widersprechen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass Parallelwelten entstehen, in denen Mädchen nicht zum Schwimmunterricht gehen und strikte Geschlechtertrennung gilt. Das islamistische Gedankengut kam durch Migranten in die Schweiz. Es kann deshalb nicht erstaunen, wenn von den siebzehn der *Weltwoche*

Es ist höchste Zeit, dass die Dschihadisten-Szene mit V-Männern unterwandert wird.

namentlich bekannten Dschihad-Reisenden in Syrien respektive im Irak deren sechzehn Migrationshintergrund haben. Sechs von ihnen haben einen kurdischen beziehungsweise türkischen Hintergrund, fünf stammen vom Balkan, vier haben arabische Wurzeln, und bei dreien handelt es sich um Konvertiten. Deshalb sollten beispielsweise Schulen mit einem besonders hohen Anteil an muslimischen Migranten ihre Anstrengungen zur Integration und gegen die Verbreitung radikalen Gedankenguts verstärken.

In der Schweiz wird weiter rekrutiert

Nun ist es nicht so, dass die Politik und die Strafverfolgungsbehörden überhaupt nichts tun. Seit letztem Oktober ist der IS auch in der Schweiz verboten, und wer für die Terrororganisation zum Beispiel Personen rekrutiert, Geld sammelt oder Propaganda verbreitet, riskiert neu bis zu drei Jahre Haft. Immerhin hat die Bundesanwaltschaft unter dem neuen Recht 23 Verfahren gestartet, von denen eines demnächst in eine Anklage münden soll. Auch konnten die bereits erwähnten mutmasslichen IS-Terroristen dank amerikanischer Hinweise an die Adresse des Nachrichtendienstes verhaftet werden. Trotzdem wird in der Schweiz weiter radikalisiert, rekrutiert und Geld gesammelt.

Es ist deshalb höchste Zeit, dass die Dschihad-Fangemeinde mit V-Männern unterwandert wird, ähnlich wie dies der Verfassungsschutz mit den deutschen Neonazis getan hat. Viel leichter zu überführen wären kriminelle Seelenfänger ausserdem, wenn sich V-Leute pro forma für den Dschihad rekrutieren liessen oder Geld für den IS spenden dürften. Der Einsatz von Agents provocateurs ist in der Schweiz allerdings weitgehend verboten. Ohne solche Agenten wird es schwierig sein, den Helfern des Terrorismus das Handwerk zu legen. ○

«Eine Illusion»

Soziologie-Professorin Katja Rost von der Universität Zürich stemmt sich gegen den wissenschaftlichen Zeitgeist. In einer Untersuchung widerlegt sie populäre Studien, die behaupten, soziales Engagement von Unternehmen wirke sich positiv auf deren Wirtschaftlichkeit aus. *Von Beat Gygi*

Wie kamen Sie darauf, mehr als 150 wissenschaftliche Studien über soziales Engagement von Unternehmen durchzulesen und daraufhin zu überprüfen, ob die Autoren Tatsachen beschönigen?

Zunächst durch Zufall. Das Thema Corporate Social Responsibility, also die soziale Verantwortung von Firmen oder kurz CSR, war schon vor Jahren gross in Mode in der Betriebswirtschaftslehre, und ich kam zufällig in eine Gruppe, in der darüber geforscht wurde. Mein Kollege Thomas Ehrmann fragte mich, ob wir gemeinsam ein Projekt angehen wollten. Zuerst interessierte es mich nicht besonders, aber in Diskussionen fanden wir beide es dann suspekt, dass derart viel Aufheben um die soziale Verantwortung von Unternehmen gemacht wurde.

Wann ist ein Thema für Sie suspekt?

Wenn alle davon sprechen, wenn jeder es macht.

Kann es nicht einfach auch besonders wichtig sein?

Manchmal schon, aber wenn unter Wissenschaftlern und Fachleuten wie uns, die sich mit Organisationen und Unternehmen befassen, ein Thema wie eine grosse Welle hochkommt und fast alle erfasst, dann ist das meistens eine Mode, die auftaucht und irgendwann wieder untergeht.

Wie merkten Sie, dass viele wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiet der strategischen CSR oft nur ungenügend durchdacht sind?

Mit dem Einlesen in das Thema bin ich immer mehr in diese Literatur vorgestossen, in der beteuert wird: Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen lohnt sich; sich fürs Soziale einzusetzen, macht die Firma wirtschaftlich kräftiger, steigert den

«In unseren Augen liessen sich die meisten Arbeiten vor allem von Ideologie leiten.»

Gewinn, den Börsenkurs, das ist einfach so, und deshalb müssen sich die Unternehmen sozial engagieren. Das fand ich persönlich stossend, vor allem auch moralisch.

Warum moralisch? Die Verfechter von sozialem Firmen-Engagement verstehen ihre Ansätze ja gerade als moralische Appelle.

Ja, aber das sehe ich als Scheinmoral an. Wenn ich jemandem etwas schenke, erwarte ich ja auch nicht, dass ich ein Gegenge-



«Wir haben einfach nicht aufgegeben»: Wissenschaftlerin Rost.

schenk zurückbekomme oder dass das Gegengeschenk sogar einen noch grösseren Wert hat als das, was ich gegeben habe. Im Übrigen erwarten die Vertreter einer normativen Sichtweise auf CSR auch nicht. **Auch die ökonomische Theorie passt eigentlich nicht dazu.**

Das war das nächste Ärgerliche an der ganzen Literatur. Da gab es kaum Theorie zu diesen Themen, höchstens vereinzelte, schwache Ansätze. In unseren Augen liessen sich die meisten Arbeiten vor allem von Ideologie leiten.

Was ist das Hauptergebnis Ihrer Studie?

Dass soziales Engagement von Unternehmen, über den Durchschnitt gesehen, neutral auf die wirtschaftliche Performance von Unternehmen wirkt. Das heisst, dass spezielle Massnahmen zugunsten der Gesellschaft die Ertragskraft, den Wert oder die Leistungsfähigkeit der Firma nicht steigern. Das widerspricht der grossen Masse von Studien auf diesem Gebiet, in denen dargelegt wird, soziales Engagement habe eine positive Wirkung auf die Performance. Wir haben gezeigt, dass das eine Täuschung ist, denn es wurden jeweils praktisch nur jene Studien veröffentlicht, die die erwünschte positive Beziehung zeigen. Wir sagen also: CSR bringt keinen besonderen Nutzen, aber sie ist, und das ist ebenfalls ein wichtiges Ergebnis, im Durchschnitt auch nicht schädlich für die Firma.

Nicht schädlich heisst, dass Massnahmen für soziales Engagement ihre Kosten immerhin wieder hereinspielen?

Ja, und das kann man durchaus auch positiv sehen. Höhere Löhne zu zahlen, bedeutet in dem Fall nicht nur höhere Kosten, sondern oft auch eine Gegenleistung, indem die Mitarbeiter loyaler und motivierter sind. Ähnlich ist es bei der Frauenförderung.

Gehen Aufwand und Ertrag also oft etwa auf, aber ein spezielles Plus gibt es nicht?

Genau. Viele haben immer noch die Vorstellung von einem Perpetuum mobile, bei dem aus sozialem Tun am Schluss mehr herauskommt, als man hineingegeben hat, das ist einfach eine Illusion.

Wie können Sie sicher sein, dass die von Ihnen untersuchten Studien wirklich dem Blick durch die rosarote Brille entsprechen? Die Gegenseite kann behaupten, dass diese Untersuchungen eben die Realität zeigten. Es gebe gar keine anderen Studien, die wegen unwillkommener Resultate in der Schublade geblieben seien.

Wir haben in allen Studien nicht nur die Zahlen-Befunde untersucht und verglichen, sondern auch den inhaltlichen Teil genau durchgelesen und die Argumente geprüft. Wir fragten etwa: Kommen neben den Thesen und Meinungen der Autoren auch die Gegenargumente zur Sprache?

Wieweit genügen die Studien den Anforderungen, die man an wissenschaftliche Arbeiten stellt? Ist die Arbeit offen für Gegenargumente, werden die Hypothesen mit Gegenmeinungen konfrontiert, werden sie getestet? Gehen die Autoren überhaupt darauf ein, bevor sie auf ihre positiven Befunde kommen? Nimmt man beispielsweise Bezug auf die berühmte Wendung des Ökonomen Milton Friedman: «The social responsibility of business is to increase its profits», also auf die Meinung, eine Firma verhalte sich dann sozial, wenn sie ihren Gewinn zu steigern versucht?

Wie oft wurde Friedman erwähnt?

Dieser Name wurde selten erwähnt, und Gegenargumente wurden nur in einem Drittel der Studien zur Sprache gebracht. Zwei Drittel der Autoren haben also durchgehend einseitig argumentiert.

Provozieren Sie mit Ihrer Arbeit einen Gegenangriff?

Das kann sein. Ich glaube aber, dass unsere Befunde robust sind. Mit unseren Methoden haben wir nämlich schon zwei sehr bekannte

«Wir wurden bei vierzehn wissenschaftlichen Zeitschriften abgelehnt.»

Studien-Übersichten nochmals unter die Lupe genommen und durchgespielt, auch da mit dem Resultat, dass soziales Engagement von Firmen nichts Zusätzliches bringt. Wir haben so auch die besonders berühmte Arbeit des Ökonomen Marc Orlitzky entzaubert, die besagt: «Gesellschaftliches Engagement von Firmen lohnt sich.» Orlitzkys Arbeit ist die meistzitierte auf diesem Gebiet.

Damit haben Sie sich in Ihrer Branche nicht beliebt gemacht.

Wir wurden mit unserem Übersichtsartikel bei vierzehn wissenschaftlichen Zeitschriften abgelehnt, als wir unsere Ergebnisse publizieren wollten.

Aber die Zeitschrift, in der Sie jetzt den Text publiziert haben, ist doch sehr angesehen.

Ja, wir haben einfach nicht aufgegeben. Viele Wissenschaftler wenden sich bei Ablehnungen nach und nach an niedriger eingestufte Zeitschriften. Diesen Weg nach unten sind wir nicht gegangen, weil unser Aufwand so gross gewesen war und wir wussten, dass die ablehnenden Beurteilungen auf Ideologie beruhten, also inhaltlich schwach begründet waren.

Aber die Beurteilung von eingereichten Texten wird bei renommierten Zeitschriften doch durch andere Wissenschaftler vorgenommen. Waren deren Argumente gegen Ihren Artikel stichhaltig genug?

Die Einwände waren vage, aber hinreichend, um unseren Text abzulehnen. Es waren eben zahlreiche Verfechter des strategischen CSR-

Ansatzes unter den Gutachtern, die angefragt wurden.

Viele Unternehmen publizieren heute jährlich Umweltberichte, in denen sie ihre Bemühungen zur Verbesserung von Umwelt und Gesellschaft detailliert vorstellen. Welche Reaktionen haben Sie von Firmen auf Ihre Arbeit erhalten?

Bisher keine. Die Kluft zwischen Theorie und Praxis ist so gross, dass die Praktiker theoretische Artikel gar nicht lesen. Und wenn sie sie lesen, erzeugt das allenfalls ein Schulterzucken. Ich glaube, dass viele Praktiker in diesem Zusammenhang klüger sind als Forscher. Vermutlich wissen sie, dass all diese sozial orientierten Massnahmen nicht wirklich einen Gewinn bringen, sie sehen aber ein, dass sie das Ganze eben mitmachen müssen. Das haben ja Moden auch an sich. Da geht es ums Aufbauen von Scheinfassaden.

Aber wenn eine Unternehmensführung das soziale Engagement als strategische Massnahme versteht und entsprechend investiert, dann muss sie doch schlüssig darlegen können, dass das etwas bringt.

Klar, aber es muss ja nicht immer belegt werden können, dass die Massnahmen finanzielle Rückflüsse und damit eine Rendite bringen. Es kann auch auf eine Image-Werbung hinauslaufen. Angenommen, die Firma unterstützt ein Obdachlosenheim, dann wird es schwierig, die genauen Auswirkungen auf den Unternehmensgewinn aus dem getätigten Aufwand zu ermitteln. Aber das Unternehmen leistet so einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt, das stützt die Reputation der Firma.

Es ist also vor allem Werbung?

Natürlich, und das ist auch nicht negativ zu sehen, deshalb steht den Kosten meist ein gewisser Nutzen gegenüber. >>>

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf

Soziales Engagement von Firmen ist Mode und gilt als rentabel. Studien, die nicht dazu passen, bleiben unveröffentlicht.

Und er kommt zu dem Ergebnis: «Nur ein Traum war das Erlebnis, weil», so schliesst er messerscharf, «nicht sein kann, was nicht sein darf!»

Dies ist die letzte Strophe des Gedichts «Die unmögliche Tatsache», in dem Christian Morgenstern vorführt, wie man einen Autounfall sozusagen wegdefiniert, weil laut Gesetz Autos an der betreffenden Unfallstelle nicht hätten fahren dürfen. Wenn es darum geht, die Wirklichkeit so erscheinen zu lassen, wie man sie gerne hätte, sind die Menschen einfallsreich. Wie geht man in wissenschaftlichen Arbeiten oder im Journalismus vor, wenn man vorgefasste Meinungen bestätigen oder durch Untersuchungen zu ganz bestimmten Ergebnissen gelangen will? Man blendet einfach all das aus, was nicht ins Bild passt.

Katja Rost, Soziologieprofessorin an der Universität Zürich, und Thomas Ehrmann, Betriebswirtschaftsprofessor an der Universität Münster, haben kürzlich anhand einer umfangreichen Übersichtsstudie gezeigt, wie verbreitet solche Verhaltensweisen auch in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sind. In einem Aufsatz unter dem Titel «Reporting Biases in Empirical Management Research: The Example of Win-Win Corporate Social Responsibility» legen sie in der renommierten Zeitschrift *Business & Society* dar, dass die sogenannte soziale Verantwortung von Unternehmen in vielen empirischen Erhebungen beschönigend beurteilt wird.

Rost und Ehrmann sind so vorgegangen, dass sie 162 Studien zum Zusammenhang zwischen sozialem Engagement und finanziellem Erfolg einer Firma unter die Lupe genommen und auf Auffälligkeiten überprüft haben. Nicht zu übersehen war zunächst, dass die meisten Studien zum Schluss kommen, es lohne sich für eine Firma finanziell, extra Gutes zu tun für Gesellschaft und Umwelt. So gesehen, müsste jeder Franken, der in soziale Projekte gesteckt wird, zu einer höheren Rendite führen und den Unternehmenswert steigern. Gutes tun lohnt sich – das ist seit Jahren die Botschaft der Verfechter der sogenannten Corporate Social Responsibility, die solche Programme für eine Firma schon fast als obligatorisch ansehen.

Wie erkennt man, dass all diese Arbeiten ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit erge-



Coca-Cola engagiert sich für Burma.

ben? Wie Katja Rost hier im Interview erklärt, fanden sie und ihr Kollege in einer Art Detektivarbeit heraus, dass von all den Untersuchungen zu diesem Thema nur jener Teil veröffentlicht wurde, der die erwünschten Ergebnisse enthält. Studien mit unwillkommenen Befunden dagegen seien in der Schublade verschwunden.

Oft beginnt das «Frisieren» offenbar schon ganz am Anfang. Der Gedanke an das, «was nicht sein darf», regt sich meist schon bei der Wahl der Themen, die man ins Zentrum rücken möchte. Das Schielen auf das erwünschte Ergebnis geht weiter beim Formulieren der Fragestellung, beim Illustrieren durch Beispiele, beim Aufstellen von Thesen oder bei der Auswahl von Stichproben, wenn es ums Überprüfen von Thesen geht. Die Anreize des Wissenschaftsbetriebs begünstigen dieses Verhalten. Unwillkommene Befunde finden, wie Rost und Ehrmann darlegen, oft wenig Anklang bei wissenschaftlichen Zeitschriften, vor allem wenn sie in Widerspruch stehen zu den Arbeiten von Stars der Disziplin und deren Gefolgschaft. In der Medizin ist man dazu übergegangen, jede begonnene Studie zu registrieren, damit es auffällt, wenn nur die «guten Befunde» an die Öffentlichkeit kommen. *Beat Gygi*

Denken die Manager im Prinzip an das Unternehmen oder eher an sich selber, wenn sie ihrer Firma soziales Engagement verschreiben?

In manchen Fällen denken sie an sich selber. Das hat CSR so an sich. Das ist derart breit in seinen Facetten, dass sehr viele Massnahmen möglich sind. Es wird selten Konsens geben zwischen den verschiedenen Anspruchsgruppen des Unternehmens in der Frage, welche Massnahme ergriffen werden soll. Möchte man die Frauen fördern oder eher das Opernhaus unterstützen, oder möchte man für sozial schwache Familien das Umfeld verbessern? Manager haben beim Entscheiden einen Ermessensspielraum, der umso grösser ist, je weniger gut sie kontrolliert werden.

Manager können also auf Kosten der Firma ihre persönlichen Interessen befriedigen?

Ja, beispielsweise, wenn man das Opernhaus unterstützt. Da erhält man Freikarten oder ist bei interessanten Anlässen eingeladen. Das erhöht das persönliche Prestige. Deshalb kommen Ökonomen auch zum Schluss, dass soziales Engagement der wirtschaftlichen Stärke des Unternehmens auch schaden kann.

Kommt man da irgendwo an die Grenze zur Korruption?

Laut Ökonomen, die sich mit dieser Theorie beschäftigen, ist das so.

Sehen Sie weitere Gebiete, auf denen man ein grosses Getue um etwas macht, das in der Realität wahrscheinlich anders ist?

Ich vermute, dass das ganze Aufsehen um die Fragen nach Verteilung, Gerechtigkeit und Gleichheit auf eine Modewelle hindeutet. So sind in den Wirtschaftswissenschaften Fragen der fairen Vermögensverteilung zum Mainstream-Thema geworden. Früher haben sich nur Soziologen damit beschäftigt und wurden hierfür oft belächelt. In der Entwicklungshilfe scheint es ebenfalls grossen Druck zu geben, dass nur Studien mit positiven Ergebnissen an die Öffentlichkeit gelangen, damit die Politik in günstigem Licht erscheint.

Sehen Sie auch Moden, die sich in Nischen entwickeln?

In der Betriebswirtschaftslehre gibt es gerade so einen Hype, der heisst: «das demokratische Unternehmen». Die Vertreter dieser Richtung versuchen zu suggerieren, dass Unternehmen heute wegen der Mitbestimmung, Partizipation, der Arbeitsteilung, Flexibilisierung und Ähnlichem demokratischer geworden seien. Interessanterweise kann man hier genau zum umgekehrten Schluss kommen, wenn man sich vor Augen führt, wie stark dadurch die oft unsichtbaren Kontrollen zugenommen haben. Letztere These verkauft sich aber schlechter und wird deswegen auch kaum vertreten. ○

Gigantische Verschandelung

Steigt die Schweiz aus der Atomenergie aus, so könnten erneuerbare Energien und Strom aus Speicherseen die Versorgung sichern. Das behauptete Anton Gunzinger in einer Replik auf einen *Weltwoche*-Artikel. Die Argumente des ETH-Professors sind auf Sand gebaut. *Von Alex Reichmuth*



Optimale Nutzung: Wasserkraftwerk Hinterrhein.

Die Stromversorgung nach einem Atomausstieg kann nur gesichert werden, wenn die Schweiz Gaskraftwerke baut oder Strom importiert – insbesondere wegen der grossen Versorgungslücke im Winter. Das war das Fazit eines *Weltwoche*-Artikels im Mai. Kritisiert wurden darin Aussagen wie die von ETH-Professor Anton Gunzinger, laut denen die Versorgung dank dem geschickten Einsatz erneuerbarer Energie und der Speicherkraftwerke garantiert werden könne. Gunzinger reagierte darauf mit einer Replik («Und es geht doch», *Weltwoche* Nr. 25/15) und schrieb von falschen Schlüssen der *Weltwoche*. Wir erlauben uns, auf seine zentralen Argumente einzugehen.

1 — Saisonaler Ausgleich: «Die Herausforderung ist der Winter. Bei einem Nettoverbrauch von 60 Terawattstunden (TWh) pro Jahr müssen im Sommer etwa 30 TWh und im Winter etwa 35 TWh elektrische Energie produziert werden, da ein Teil der Energie im Netz und beim Hochpumpen in Speicherseen verlorengeht. Den saisonalen Ausgleich besorgen die Speicherseen. Die Angabe der *Weltwoche*, dass diese maximal 8,8 TWh Energie speichern können, ist [...] korrekt. Vergessen ging indessen, dass es in den Bergen glücklicherweise auch im Winterhalbjahr (Oktober bis März) öfter regnet; so fliesst zusätzlich Wasser für 5 bis 6 TWh in die Speicherseen, und es können 14 bis 16 TWh produziert werden.»

Auf der Höhe der Speicherseen fällt der Niederschlag im Winter meist als Schnee, der bis im Frühling liegen bleibt. Gemäss Bund produzieren die Speicherkraftwerke im Winterhalbjahr darum jeweils maximal 11 TWh Strom – nicht 14 bis 16 TWh. Schon heute ist die Schweiz, trotz laufender Kernkraftwerke, im Winter regelmässig auf Stromimporte angewiesen.

2 — Sonne im Winter: «Laufwasserkraftwerke und Kehrlichtverbrennungsanlagen liefern weitere 8 TWh. Bei einem Szenario mit Kernenergie werden rund 15 TWh im Winter nuklear produziert. Bei einem Szenario mit erneuerbaren Energien kann die Sonne im Winter einen Beitrag von 7 TWh leisten (bei einer installierten Leistung von 13 Gigawatt) ...»

Wie im Winter 7 TWh Solarstrom produziert werden sollen, ist schleierhaft. Der Bund geht für 2050 von 11 TWh Sonnenstrom aus – für das ganze Jahr. Im Winterhalbjahr fällt aber nur etwa ein Drittel der gesamten Sonneneinstrahlung an. Für eine Leistung von 13 Gigawatt müssten über 100 Quadratkilometer an Solarpanels installiert werden, was wohl viele Freiflächenanlagen nötig machte. Die Landverschwendung wäre gross.

3 — Wind und Biomasse: «... der Wind 3 TWh (bei einer installierten Leistung von 3,6 GW) und

Biomasse (Vergärung von organischen Stoffen wie Klärschlamm, Bioabfällen, Gülle, Mist oder Altholz) 4 TWh (bei einer installierten Leistung von 1 GW)».

Gunzinger geht, wie er an anderer Stelle ausführt, vom Bau von mindestens 1500 Windkraftanlagen aus. Das wäre eine gigantische Landschaftverschandelung.

4 — Arbeit unserer Vorfahren: «Die Speicherseen decken beim Szenario mit Kernenergie die Differenz zwischen dem fast konstanten Angebot der Kernkraftwerke und der dynamischen Nachfrage und beim Szenario mit erneuerbaren Energien diejenige zwischen dem dynamischen Angebot von Sonne und Wind und der dynamischen Nachfrage. Grund dafür, dass dies in der Schweiz möglich ist, ist die hervorragende Arbeit unserer Vorfahren: Sie haben in den Bergen eine Vielzahl grosser Speicherseen gebaut, deren Kapazität wir in Zukunft noch besser nutzen können.»

Kraftwerksbetreiber nutzen die Speicherseen schon heute optimal. Die Stauseen sind Ende Sommer praktisch voll. In ihnen kann kaum zusätzliches Wasser gespeichert werden, um die Stromlücke im Winter zu stopfen.

5 — Mehr Sonne als in der Sahara: «Unsere Berechnungen zeigen: Die Schweiz kann verlässlich mit erneuerbarem Strom aus Wasser, Sonne, Wind und Biomasse versorgt werden, sofern das System richtig dimensioniert wird. Von besonderer Bedeutung ist dabei, dass man die Solar- und Windanlagen gut über das Land verteilt. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise nicht allgemein bekannt, dass die Sonneneinstrahlung (und damit der Stromertrag) in Berggebieten teilweise höher ist als in der Sahara.»

Das ist richtig, hilft aber nicht viel. Anton Gunzinger bezeichnet zwar in seinem Buch «Kraftwerk Schweiz» Berge wie das Finsteraarhorn oder die Dufourspitze als «geeignete Standorte für Solaranlagen». Dort Solarpanels zu bauen, ist aber, wie so vieles bei Gunzinger, nur im Modell möglich. Generell sind Solaranlagen in den Bergen viel teurer als im Tiefland – etwa wegen der aufwendigen Anbindung ans Stromnetz oder weil Panels per Helikopter transportiert werden müssen. Die bis heute einzige Solaranlage an Lawinverbauungen im Goms hat etwa doppelt so viel gekostet wie sonstige Solaranlagen. Dabei war die Anbindung hier besonders günstig, da die Module von Freiwilligen hochgetragen wurden. ○



Rund 10 000 Einwanderer aus der EU seien jährlich zu erwarten. Mittlerweile sind es achtmal mehr: Arbeitslose in Madrid.

Sozialstaat für alle

Die Personenfreizügigkeit war eine Wette auf den wirtschaftlichen Erfolg der ganzen EU. Neue Zahlen zeigen: Das Wohlstandsgefälle treibt immer mehr Ausländer in die Arme des Schweizer Sozialstaats. Schon sind 14 Prozent der Kurzaufenthalter aus der EU arbeitslos. *Von Florian Schwab*

Als die Schweiz am 21. Mai 2000 über die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union (EU) abstimmte, war das Wort «Konvergenz» in aller Munde. Die EU hatte einige Monate zuvor mit der Gemeinschaftswährung Euro ein grosses wirtschaftspolitisches Experiment gestartet. Mit sogenannten Konvergenzkriterien sollten die unterschiedlichen Volkswirtschaften auf einen Pfad geführt werden in Richtung Wohlstand und Wachstum. Konvergenz bedeutet eine zunehmende Annäherung der wichtigsten ökonomischen Parameter: Bruttoinlandsprodukt, Zinsen, Löhne, Beschäftigungszahlen.

Geht man von einer stetigen Angleichung der Volkswirtschaften aus, ist auch die Personenfreizügigkeit, wie sie die Schweizer am 21. Mai 2000 guthiessen, eine sympathische Idee: Wo die wirtschaftlichen Unterschiede gering sind, zieht auch der freie Personenverkehr keine Masseneinwanderung und somit keine schwerwiegenden Verwerfungen nach sich. Den dama-

ligen Glauben an die wirtschaftliche Konvergenz des ganzen Kontinents, inklusive Schweiz, hat der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein zu den Bilateralen in eine Zahl gegossen: Rund 10 000 Einwanderer aus der EU seien jährlich zu erwarten. Mittlerweile sind es achtmal mehr.

Vom Regen in die Traufe und zurück

Der Euro und die Personenfreizügigkeit haben also offenbar einen gemeinsamen Vater: den Glauben daran, dass die Politik eine Konvergenz befördern könne, die dann durch Ökonomie und Wettbewerb nicht gestört werde. Doch fünfzehn Jahre und eine Währungskrise später sieht man: Davon kann keine Rede sein. Während die deutsche Wirtschaft brummt, ist jene in Griechenland innert weniger Jahre um einen Drittel geschrumpft. Die Arbeitslosigkeit bleibt im Norden Europas tief und verharrt in Südeuropa im Bereich zweistelliger Prozentzahlen. Von Konvergenz ist keine Rede mehr.

Die Gemeinschaftswährung Euro leidet an ihrem Grundlagenirrtum. Seit vier Jahren bewegt sie sich vom Regen in die Traufe und zurück. Wie steht es derweil um die Personenfreizügigkeit? Bislang wurde das Unbehagen der Bevölkerung über die immer zahlreichere Einwanderung eher dem Bauchgefühl zugeschrieben. Volle Züge, ein bisschen mehr Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt, gewerkschaftliche Klagen über allfälliges Lohndumping ... Halb so wild.

Aus ökonomischer Sicht musste man zwar davon ausgehen, dass die Vereinigung des gut funktionierenden Schweizer Arbeitsmarkts mit dem hundertmal grösseren und teilweise schlecht funktionierenden Gegenpart der EU nicht ohne Schmerzen bewerkstelligt werden kann. Die Statistiken waren in dieser Beziehung allerdings bislang eher nichtssagend.

Dies hat sich spätestens vor einer Woche geändert, als das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) zum elften Mal seinen sogenannten

Observatoriumsbericht zur Personenfreizügigkeit herausgegeben hat. Das Gesamtbild der Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt wird in weniger leuchtenden Farben beschrieben als auch schon. Die *Weltwoche* hat den Bericht ausgewertet und wo nötig beim Seco und beim Bundesamt für Sozialversicherungen ergänzende Angaben eingeholt. Die Tendenzen sind beunruhigend:

1—Verdoppelung der Arbeitslosenquote: Besondere Belastungen zeigen sich bei Kurzaufenthaltern, also Personen aus der EU, die weniger als zwölf Monate in der Schweiz sind. Im Jahr 2005, als die Personenfreizügigkeit in Kraft trat, gab es deren 60 000. Davon bezogen 4255 Personen Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung. Im Jahr 2014 waren wiederum ungefähr 60 000 Kurzaufenthalter gemeldet, von denen bereits 8544 Taggelder der Arbeitslosenversicherung erhielten. Die Arbeitslosenquote unter Kurzaufenthaltern verdoppelte sich damit von 7,2 Prozent auf 14 Prozent. Die Zahlungen der Arbeitslosenversicherung an diese Personengruppe erreichten im letzten Jahr mit 90 Millionen Franken einen Höhepunkt. Auch über sämtliche Aufenthaltskategorien betrachtet sind Einwanderer aus der EU häufiger arbeitslos als Schweizer (4,2 Prozent respektive 2 Prozent Arbeitslosenquote).

2—Rasches Kostenwachstum in der Arbeitslosenversicherung: Die Beiträge der EU-Einwanderer an die Arbeitslosenversicherung stiegen in absoluten Zahlen von 5,0 Milliarden Franken im Jahr 2008 auf 6,5 Milliarden Franken im Jahr 2013 – ein Wachstum von 30 Prozent. Gleichzeitig nahmen aber die Arbeitslosenentschädigungen an EU-Bürger um 47 Prozent zu. In versicherungsmathematischer Hinsicht werden die EU-Einwanderer von Schweizer Beitragszahlern subventioniert. Bereits 2010, als die Schweizer Wirtschaft kurzzeitig schrumpfte, machte die Arbeitslosenversicherung mit den Zuwanderern aus der EU 77 Millionen Verlust, während bei Schweizern immer noch ein Gewinn von 500 Millionen anfiel.

3—Südeuropa exportiert seine Krise: Während deutsche Zuwanderer zwischen 2008 und 2013 insgesamt 823 Millionen Franken netto in die schweizerische Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, haben Portugiesen 588 Millionen Franken mehr bezogen, als sie eingezahlt haben. Und dies in einer guten konjunkturellen Phase, in der eigentlich alle Bevölkerungsgruppen gut beschäftigt sein sollten.

4—Die Schweiz importiert den französischen Sozialstaat: Bis 2012 musste der Staat am Wohnsitz von Grenzgängern für die Leistungen im Falle von Arbeitslosigkeit aufkommen. Im Jahr

2012 hat die Schweiz still und heimlich die EU-Richtlinie 883 umgesetzt. Diese besagt, dass neu die Arbeitslosenversicherung am Arbeitsort Beiträge an den Wohnsitzstaat weiterleiten muss. Gesamtkosten für die Schweizer ALV im Jahr 2014: 227,3 Millionen Franken. Davon entfiel mehr als die Hälfte auf Frankreich. Grund ist laut Seco die vergleichsweise grosszügige Ausgestaltung der französischen Arbeitslosenversicherung, an deren Bestimmungen sich die Schweizer Zahlungen zu orientieren haben.

5—Drastische Zunahme an Sozialhilfe-Fällen: Wies die Sozialhilfe-Statistik im Jahr 2006 noch Leistungen an 33 600 Personen mit EU-Pass aus, so waren es im Jahr 2013 bereits 41 700. Der Anteil der EU-Zuwanderer an allen ausländischen Sozialhilfe-Empfängern stieg damit um zehn Prozentpunkte von 32 auf 42 Prozent – und damit doppelt so schnell wie der Anteil der EU-Einwanderer am Total aller Ausländer (von 62 auf 66 Prozent).

Die Personenfreizügigkeit beginnt sich in den Statistiken der Sozialwerke niederzuschlagen, und das Bild ist düster. Die bange Frage: Wie weit kann es sich noch verdunkeln, falls die Arbeitslosigkeit im Zuge des wirtschaftlichen Abschwungs ansteigt? Das Seco ist alarmiert und will im Herbst Abklärungen präsentieren. ○

Die weltweit bevorzugten Drucker.



Der Drucker, nach dem ich gesucht habe
— Kunde von Staples.com

Genau das leistungsstarke Gerät, das ich für mein Unternehmen brauche
— Kunde von Staples.com

Die Druckgeschwindigkeit und -qualität sind aussergewöhnlich
— Kunde von HP.com

Ich L-I-E-B-E dieses Gerät!
— Kunde von HP.com

Sehr schnell und einfach clever, ein wirklich hochwertiger Drucker
— Kunde von HP.com

Der Drucker, nach dem ich gesucht habe
— Kunde von HP.com

Herausragender Drucker zu einem tollen Preis
— Kunde von HP.com

CHF 75.- Cashback
Gültig bis 31.07.2015

Brillant wie ein Laser. Aber nur halb so teuer. Das sagen die Nutzer.

Die HP OfficeJet Pro Serie. Erstellen Sie hochwertige Farbdrucke, die nicht verschmieren – bei bis zu 50% niedrigeren Kosten pro Seite* als mit vergleichbaren Farblaserdruckern. Registrieren Sie sich für die Cashback-Rückforderung innert 30 Tagen nach dem Kauf unter hp.com/ch/officejet-cashback.



Die weltweit bevorzugten Drucker: Weltweiter Marktanteil bei Druckern und 2014 in neun Märkten durchgeführte Studie zur Markenbekanntheit von HP Druckern sowie zu den Erwägungen und Vorlieben der Verbraucher.
*Für die Ermittlung der Kosten pro Seite wird die Mehrzahl der Multipass-Farblaser AIOs unter CHF 400 anhand der von IDC für Q4 2014 ermittelten Marktanteile (Stand Feb. 2015) verglichen. Der Vergleich der Kosten pro Seite mit Laser-Verbrauchsmaterial basiert auf den Herstellerangaben für Tintenpatronen mit der grössten Reichweite. Angaben zu den Kosten pro Seite basieren auf dem geschätzten Verkaufspreis für die Tintenpatronen HP 934XL/935XL, der veröffentlichten erzielbaren Reichweite und fortlaufendem Druck. Tatsächliche Preise können hiervon abweichen. Die tatsächliche Reichweite kann abhängig von den zu druckenden Bildern und anderen Faktoren abweichen. Weitere Informationen unter hp.com/go/learnaboutsupplies. Es gelten bestimmte Bedingungen. Die vollständigen Aktionsbedingungen finden Sie unter hp.com/ch/officejet-cashback.
© 2015 Hewlett-Packard Development Company, L.P. Die enthaltenen Informationen können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern.

Politik, Sex und Troubadours

Der Zytglogge-Verlag war die Heimat von Künstlerlegenden wie Mani Matter oder Emil Steinberger und das wichtigste linksalternative Sprachrohr der Landes. 1999 löste er den grössten Polit-Sexskandal der Schweiz aus. Nach fünfzig Jahren gibt Gründer Hugo Ramseyer sein Lebenswerk ab. *Von Rico Bandle und Noë Flum (Bild)*

Es muss Anfang der fünfziger Jahre gewesen sein, als der Seminarist Hugo Ramseyer vor einer weitreichenden Entscheidung stand: Der Truppführer der Interlakner Pfadi-Abteilung Unspunne sollte für den bleichen, schüchternen Neuling Urs einen Pfadi-Namen finden. Da Urs' Eltern in Interlaken einen Kleiderladen führten, in dessen Schaufenster gerade neumodische Hemden ausgestellt waren, nannte er ihn «Polo».

Dass er dem später bekanntesten Musiker der Schweiz, Polo Hofer, den Namen gegeben hat, passt zu Ramseyer, der sich mit dem Zytglogge-Verlag am liebsten unauffällig im Hintergrund bewegt und doch das Schweizer Kultur- und Gesellschaftsleben jahrzehntelang mitgeprägt hat. Der Verlag gab die Platten grosser Schweizer Liedermacher und Komiker heraus, diente als Sprungbrett für Literaten wie Gerhard Meier oder Lukas Hartmann, gab im Geist der 68er Bewegung linke Kampfschriften heraus, die das Land zuweilen in Wallung versetzten, und erschütterte – mit einem Bericht einer Berner Prostituierten – einmal während Wochen das gesamte Polit-Establishment bis hinauf in den Bundesrat.

Villa mit Seanstoss

Jetzt stehen die Lieferwagen vor dem Zytglogge-Sitz in Oberhofen am Thunersee, einer Prachtvilla aus dem 19. Jahrhundert mit Seanstoss, die allerdings fast von der Hauptstrasse mit ihrer Lärmschutzwand erdrückt wird. Tausende von Büchern werden herausgetragen, das ganze Lager geht nach Basel zum Schwabe-Verlag, der Zytglogge übernommen hat. Zurück bleiben in den herrschaftlichen Räumen Hugo Ramseyer und seine Frau Bettina Kaelin, die mit ihrem Golden Retriever «Buddy von Hohenlohe» die Villa weiterhin als Wohnsitz nutzen, «solange es noch geht», wie der 78-jährige Verleger sagt. Nein, er sei nicht wehmütig, viel eher erleichtert. Schon vor zwanzig Jahren habe er aufhören wollen – hätte seine Frau damals nicht die Anteile von Rolf Attenhofer übernommen, dem Mitbegründer des Verlags, der in Pension ging. «Bettina hat in den letzten zwanzig Jahren das Verlagsprogramm zu einem grossen Teil gestaltet», sagt er.

Aufgewachsen ist Ramseyer in Unterseen, einem Dorf zwischen Thuner- und Brienzensee. Er besuchte das Lehrerseminar in Bern, zog dadurch schon früh weg aus dem Oberland in eine Stadt, die Anfang der sechziger

Jahre eine aufregende Phase des Aufbruchs erlebte: Der grosse Harald Szeemann wurde mit 27 Jahren Direktor der Kunsthalle, Friedrich Dürrenmatt hatte Weltruhm erlangt, Nonkonformisten wie der Autor Sergius Golowin forderten wortstark eine Umgestaltung der Gesellschaft. Von dem aufrührerischen Geist beseelt, begann Ramseyer als Primarlehrer zu unterrichten, ging dann als Nachfolger von Guido Schmezer, dem Vater von «Kassensturz»-Moderator Ueli Schmezer, zu Radio Beromünster, später auch zum Fernsehen, wo er mit Liedermacher Dieter Wiesmann («Blos e chlini Stadt», «De Tuusigfüessler Balthasar») und der Ansagerin Regina Kempf eine Kindersendung moderierte. Parallel dazu war er in der blühenden Berner Kleintheater Szene aktiv und bei der Gründung mehrerer Kellertheater beteiligt, darunter bei derjenigen des Zytglogge-Theaters, das er mit Rolf Attenhofer jahrelang führte.

Dieses Theater war das Zentrum der Berner Troubadours, jener Gruppe von Liedermachern, die in der Tradition der französischen Chansonniers berndeutsche Texte sangen. Das Publikum fragte immer mal wieder, ob man die Lieder auch auf Platte haben kön-

«Eigentlich funktionieren wir ähnlich wie die Weltwoche, einfach in Buchform.»

ne. Attenhofer und Ramseyer erkundigten sich bei verschiedenen Produktionsfirmen, ob sie die Troubadours in ihr Programm aufnehmen könnten – vergeblich. Also nahmen sie die Sache selber in die Hand, 1965 erschien die erste Troubadours-Platte, der Zytglogge-Verlag war geboren.

In den ersten Jahren stammten sämtliche Künstler aus der Kleintheater Szene. Emil Steinberger veröffentlichte eine Aufnahme seines ersten Programms «Geschichten, die das Leben schrieb» nach anfänglicher Skepsis bei Zytglogge, ebenso Franz Hohler. Zusammen mit dem bekanntesten Troubadour, Mani Matter, sind diese Künstler aus den ersten Jahren bis heute nicht nur ideell, sondern auch finanziell eine wichtige Stütze des Verlags.

1970 gab Zytglogge sein erstes Buch heraus, eine Sammlung von Liedtexten; in der Folge kamen Hunderte von Romanen und Sachbüchern hinzu. Der Verlag wurde zum wichtigsten Sprachrohr der blühenden linksalter-

nativen Szene: Es erschienen Bücher über Reformpädagogik, gerechten Handel, Gleichberechtigung, die Schädlichkeit des Wirtschaftswachstums, Atomenergie, Zwangspsychiatrie und vieles mehr – schlicht über alles, was die 68er Bewegung antrieb. «Wir spürten jene Themen auf, die zu reden gaben. Das haben wir bis heute beibehalten», sagt Ramseyer. «Eigentlich funktionieren wir ähnlich wie die Weltwoche, einfach in Buchform.»

Pädagogischer Sprengstoff im Plastiksack

Zu fast jedem Buch weiss der Verleger eine Geschichte zu erzählen. Da war zum Beispiel ein gänzlich unbekannter Sonderschullehrer aus Embrach, der mit einem gutgefüllten Plastiksack zum Verlag gekommen sei. Jürg Jegge hiess der schüchterne Mann, und in dem Sack befand sich ein Manuskript, das sich als Sprengstoff erweisen sollte: «Dummheit ist lernbar» (1976), ein Frontalangriff auf das hiesige Schulsystem. Die Streitschrift, in welcher der Autor darlegte, wie lernbegierige Kinder durch falsche Pädagogik zu Problemfällen gemacht werden, wurde zum grössten Erfolg der Verlagsgeschichte mit über 100 000 verkauften Exemplaren allein in der Schweiz. Selbst die konservative NZZ titelte: «Ein aufrüttelndes Buch».

Zu den bekannten Zytglogge-Autoren gehören weiter der Obdachlosenpfarrer Ernst Sieber («Platzspitz, Spitze des Eisbergs»), die SP-Politikerin Gret Haller («Frauen und Männer. Die Zukunft der Gleichberechtigung»), der Diplomat August R. Lindt («Die Schweiz, das Stachelschwein»), SP-Urgestein Helmut Hubacher («Tatort Bundeshaus», «Hubachers Blocher») oder der Grüne Bastien Girod («Green Change»). Es publizieren aber auch immer wieder Persönlichkeiten bei Zytglogge, die nicht dem linken Lager zugeordnet werden können, zuletzt zum Beispiel der forensische Psychiater Frank Urbaniok, der Jugendpsychologe Allan Guggenbühl oder der Fernsehmoderator Bernard Thurnheer.

Zu den schillerndsten und umstrittensten Zytglogge-Autoren gehört zweifellos der Ökonom und einstige Vizedirektor der Migros, Hans A. Pestalozzi (1929–2004). 1979 veröffentlichte er das kapitalismus- und gesellschaftskritische Buch «Nach uns die Zukunft» und wurde deswegen beim Grossverteiler fristlos entlassen. Fortan setzte er sich als vehementer Migros-Kritiker («M-Frühling») oder Armeeschaffer («Rettet die Schweiz – schafft



«Wir mussten sie verstecken»: Verleger Ramseyer.

die Armee ab!») in Szene und erlangte dadurch fast schon den Status des Staatsfeinds. Zur Freude des Zytglogge-Verlags, der lange Zeit gut von ihm lebte.

Auch wenn man sich als Avantgarde wähnte – was man mit gewissen Themen bestimmt auch war –, der Zytglogge-Verlag konnte sich von seinem provinziellen Anlitz nie lösen: Das lag am berndeutschen Namen, aber auch an dem Fokus auf die Birkenstock-Linke, auf Bern und die Schweiz. Zwar versuchte der Verlag ein paarmal auszubrechen, in den neunziger Jahren eröffnete er gar Filialen in Wien und in Bonn – ohne Erfolg. Die Versuche zur Expansion ins deutschsprachige Ausland bezeichnet Ramseyer heute als «einen Anflug von Grössenwahn». Auch ist es dem Verlag selten gelungen, Erfolgsautoren zu halten, die der langjährige Lektor Willi Schmid oder der zeitweilige Programmleiter Beat Brechbühl entdeckt hatten: Sobald sie ein besseres Angebot auf dem Tisch hatten, wanderten sie ab. Das war bei Gerhard Meier oder Lukas Hartmann so, aber auch bei der Mundart-Band Patent Ochsner, die mit ihrem Debütalbum «Schlachtplatte» bei Zytglogge einen sensa-

gepflegt, auch nicht zu Mani Matter, mit dem er fast nur über professionelle Angelegenheiten gesprochen habe. «Ich habe immer klar getrennt: Die Zytglogge-Autoren und -Musiker sind Freunde des Verlags, nicht meine.»

So forsch und aggressiv seine Publikationen manchmal aufgemacht waren, Ramseyer bleibt mit seiner sanften Stimme immer bedacht und zurückhaltend. Nur bei einem Thema zeigt er Spuren von Emotionen. Dann nämlich, wenn von Rita Dolder die Rede ist, jener Prostituierten und Zytglogge-Autorin, die in «Verkaufte Illusionen» (1999) detailreich über die sexuellen Vorlieben der Berner Politprominenz berichtete. Zwar benutzte sie Pseudonyme, doch für Insider war sofort erkennbar, wer gemeint war. Wochenlang waren die Schlüpfrigkeiten der Berner Politprominenz Thema Nummer eins in den Medien. FDP-Ständerat Rolf Büttiker gab zu, dass er Rita Dolder gekannt und «hin und wieder für Sex bezahlt» habe. Diese Ehrlichkeit brachte ihm eine Welle der Sympathie ein und eine glanzvolle Wiederwahl. Anders Bundesrat Kaspar Villiger, der in der Figur namens «German» deutlich erkennbar schien:

einzelne Mitarbeiter dann zu tieferen Löhnen wieder einzustellen, als dem Verlag das Wasser bis zum Hals stand.

Die Angelegenheit Rita Dolder ist Ramseyer noch immer unangenehm, «man sollte sie ruhen lassen», sagt er. Er möchte nicht verraten, was die Autorin heute macht, wo sie lebt. «Es wäre niemandem gedient, wenn die Geschichte wieder hochkochen würde.»

Die angeprangerte Verlagsstrategie zeugte in Wahrheit von der Weitsicht Ramseyers.

Um einer Klage zu entgehen, hatte Rita Dolder damals eine Erklärung unterzeichnet, dass es sich bei «German» nicht um Kaspar Villiger handle, und Ramseyer liess in den folgenden Auflagen jene Passagen schwärzen, die Rückschlüsse auf den FDP-Politiker erlauben könnten. Es war nicht das einzige Mal, dass Ramseyer lieber nachgab, als sich auf einen kostspieligen Rechtsstreit einzulassen. Einmal erschienen Migros-Chef Jules Kyburz und dessen Sekretär persönlich in seinem Büro, um

tionellen Erfolg feierte. «Als Kleinverlag sind wir ein Aufbauverlag», sagt Ramseyer, «wir sind wie der FC Thun, bei dem die guten Spieler auch immer abgeworfen werden. Das tut manchmal weh, ist aber unser Schicksal.»

DJ Bobo, Anton Gunzinger, Rita Dolder

Blickt er zurück, scheint der Verleger selbst erstaunt über all das, was er über die Jahre herausgebracht hat. Er schwärmt von seinen Autoren, von DJ Bobo, der eine Biografie bei ihm herausgab, dann von ETH-Professor Anton

Der Verleger selbst scheint erstaunt über all das, was er über die Jahre herausgebracht hat.

Gunzinger, der dieses Jahr mit «Kraftwerk Schweiz» ein Plädoyer für die Energiewende publiziert hat. Nur bei Hans A. Pestalozzi sagt er, dass dieser auch mal danebengehauen habe mit seinen Kampfschriften.

An Persönlichem oder Anekdotischem über die Autoren ist aber fast nichts herauszubringen. Er habe zu niemandem ein engeres Verhältnis

Er wies die Darstellung im Buch in einer eigens einberufenen Pressekonferenz vehement von sich.

Das sei eine ganz schwierige Zeit gewesen, sagt Ramseyer. Die Autorin wurde von den Medien verfolgt, erhielt Drohungen, er und seine Frau hätten sich für sie verantwortlich gefühlt, sagt Ramseyer. Nicht nur Rita Dolder, auch Ramseyer wurde zum Teil massiv angegriffen. Das *Magazin des Tages-Anzeigers* schrieb von einem Verlag, der sich dem Boulevard zugeneigt und in eine Negativspirale manövriert habe: «Dauernd muss noch ein Skandal aufgedeckt, ein Finsterling enttarnt, ein Sündenbock gefunden werden.» Diese Diagnose war nicht ganz falsch, doch die angeprangerte Verlagsstrategie zeugte in Wahrheit von der Weitsicht des Verlegers: Die Entscheidung, nebst anspruchsvoller Literatur auch ins Frivole abgleitende Schicksalsgeschichten ins Programm zu nehmen, war einer der Gründe, weshalb der Kleinverlag überlebte, während viele Konkurrenten nach wenigen Jahren den Laden schliessen mussten. Ein anderer Grund war, dass Ramseyer in den neunziger Jahren auch mal rigoros Kündigungen aussprach, um

ihn um den Rückzug eines Krimis zu bitten. Darin wurde die Migros erpresst mit der Androhung, Lebensmittel zu vergiften. «Kyburz konnte glaubhaft darlegen, dass dies Nachahmungstäter auf den Plan rufen könnte, also haben wir das Buch aus dem Verkehr gezogen», sagt Ramseyer. Geld sei aber keines geflossen.

Bis 2003 befand sich der Verlagssitz in Gümliigen bei Bern, dann zog das Ehepaar Ramseyer/Kaelin mit dem Verlag in die Villa von Jenner in Oberhofen. Und da traf Ramseyer wieder auf einen alten Bekannten: Polo Hofer, der in der Nachbarschaft wohnt. «Polo als Begründer des Mundart-Rocks hatte sich bewusst von den Troubadours abgewandt und sich künstlerisch nach Amerika orientiert. Deshalb gab er seine Platten auch nicht bei uns heraus», sagt Ramseyer. 2010 kam es doch noch zu einer Zusammenarbeit: Alice Hofer, Polos Frau, publizierte im Zytglogge-Verlag eine Sammlung von Polos Songtexten. So haben sich die beiden wiedergefunden – mehr als sechzig Jahre nach der schon fast zur Legende gewordenen Taufe in der Pfadi Unspunne. ○

«Wir finanzieren keine neuen Sofas»

Fintech-Unternehmer Christoph M. Mueller über sein Vorbild Lending Club und den Sprung nach Deutschland. *Von Florian Schwab*

Herr Mueller, seit März sind Sie mit dem Finance-Start-up Creditgate 24 am Markt. Was ist die zentrale Innovation?

Anders als Kreditbanken sprechen wir nicht nur Kreditnehmer, sondern auch Anleger an. Bei uns kann man ab 500 Franken in Kreditprojekte investieren.

Es gibt in der Schweiz seit geraumer Zeit andere Crowdfunding-Plattformen ...

Wir haben den Markt genau studiert. Die meisten Anbieter funktionieren nach dem Ricardo-Prinzip: Der Kreditgeber kennt den Kreditnehmer und umgekehrt. Die Plattform stellt also einen persönlichen Kontakt her. Bei uns kennen die beiden anderen Parteien den Namen der jeweils anderen nicht. Sie schliessen je einen Vertrag mit uns ab, aber nicht direkt untereinander.

Was ist der Vorteil davon?

Diskretion. Für den Kreditnehmer ist es unerheblich, wer der Anleger ist.

Aber der Geldgeber will schon wissen, wem er sein Geld anvertraut.

Unser Unternehmen fungiert als Garant in beide Richtungen. Wir wenden bei der Auswahl unserer Kreditprojekte allergrösste Sorgfalt an. So verpflichten wir beispielsweise einen Grossteil der Kreditnehmer, sich mit einer Versicherung gegen Ausfälle wegen Arbeitsunfähigkeit, Krankheit oder Tod abzusichern. Das ist aus der Optik des einzelnen Kreditnehmers nicht immer nachvollziehbar, aber

«Die meisten Anbieter funktionieren nach dem Ricardo-Prinzip.»

der Anleger weiss, dass die grössten biografischen Risiken ausgeschaltet sind. Zudem verteilen wir das Risiko unter den Anlegern.

Nach welchen Gesichtspunkten?

Wir teilen die Kreditprojekte in acht Rating-Stufen ein. A und AA stehen für das geringste Risiko, E und F für das höchste. Die obersten Klassen sind durch ein Pfand gesichert, also durch eine Immobilie oder durch Wertschriften. Der Anleger wählt auf unserer Plattform aus, in welches konkrete Kreditprojekt er investiert. Kommt es trotz allem einmal zu einem Zahlungsausfall, dann übernehmen wir das Inkasso bis hin zur Pfandverwertung. Darüber hinaus sind die Anleger innerhalb derselben Risiko-



«Zehnmal grösser»: Geschäftsführer Mueller.

klasse durch eine Solidaritätsklausel miteinander verbunden. Sie tragen Ausfälle in derselben Rating-Stufe solidarisch – unabhängig davon, in welches Einzelprojekt sie investiert haben.

Kann man einem neuen Anbieter überhaupt trauen?

Unser 12-köpfiges Team bringt es auf gut 200 Jahre Erfahrung im Bankengeschäft. Wir sind nach den strengen Richtlinien des Selbstregulierungsvereins VQF organisiert und bemühen uns, die Anforderungen, wo immer möglich, überzuerfüllen. Dieses Thema ist für uns sehr wichtig, weil im Kreditmarkt viele schwarze Schafe unterwegs sind. Wir heben uns durch die strikte Umsetzung der Vorschriften ab. Nur so können wir – was unser langfristiges Ziel ist – auch für institutionelle Anleger zu einer attraktiven alternativen Anlageklasse werden. Unsere Zielrendite in den Top-Risikoklassen liegt bei drei Prozent, was derzeit sehr attraktiv ist.

Das Geschäft hat nicht den besten Ruf.

Manchmal leider zu Recht. Wir begegnen bei interessierten Anlegern häufig der Haltung: Wenn sich jemand etwas nicht leisten kann, dann soll er auch nicht dank einem Kredit über seine Verhältnisse leben.

Ist das denn falsch?

Nicht, wenn es darum geht, zum Beispiel neue Sofas zu finanzieren. Es gibt aber auch gute Projekte mit Investitionscharakter, wie beispielsweise Ausbildungen. Regulatorisch laufen auch diese unter dem Titel «Konsumkredit». Für Selbständige und KMU-Inhaber herrscht sogar eine Kreditklemme, weil viele Banken solche Risiken nicht verstehen oder verstehen wollen.

Warum haben Sie Creditgate 24 gegründet?

Der Kreditmarkt wird derzeit von den drei grossen Kreditbanken beherrscht, die traumhafte Margen einfahren. Dass deren Zinsen trotz Nullzins-Umfeld auf dem Niveau von vor zehn Jahren verharren, zeigt, dass der Markt nicht gut funktioniert. Die Geschäftspolitik im Bankensektor hat ein Problem: Solange etwas geht, macht man es. Es gibt wenig echte und tiefgreifende Innovationen. Unsere Plattform senkt die Kosten für Kreditnehmer und bietet ansprechende Renditen für Anleger.

Sie wollen nach Deutschland expandieren.

Ist der Schweizer Markt zu klein?

Nicht per se. Das Total ausstehender Kredite inklusive Hypotheken beträgt mehr als eine Billion Franken. Unsere Lösung kommt bei ungefähr zehn Prozent von ihnen in Frage. Aber ja, es ist ein Business, das mit der Anzahl Transaktionen steht und fällt. Unser grosses Vorbild ist der Lending Club in den USA, der pro Quartal um eine Milliarde US-Dollar wächst. Auch wir streben einen Automatisierungsgrad von 90 Prozent an. Die dadurch gewonnenen Kostenvorteile könnten wir auf dem deutschen Markt voll ausspielen, der zehnmal grösser ist als der schweizerische.

Auch in Deutschland ist das Feld besetzt.

Unser Modell mit der Risikodiversifizierung über die Risikoklassen ist im deutschsprachigen Raum wohl einmalig. Beim deutschen Marktführer, Lendico, haben Sie diese nicht. Mit der Wirkung, dass die Anleger ihre Engagements selber in viele Kleinsttranchen splitten. Das ist ineffizient und unpraktisch.

Christoph M. Mueller war etliche Jahre als Bankjurist bei der ZKB und bei der Credit Suisse tätig, wo er auch Fronterfahrung im Private Banking und bei der Schaffung von Anlagevehikeln sammelte. Seit letztem Jahr ist er Founder und CEO des Finance-Start-Ups Creditgate24.

Kungeln zwischen Aperitif und Dessert

G-5 nennt sich das Schattenkabinet, in dem die Chefs von EU-Kommission und EU-Parlament beim Abendessen die Weichen europäischer Politik stellen. Die *Weltwoche* hat sich mit einem Teilnehmer unterhalten. Von Wolfgang Koydl und Martin Kreuzer (Bild)

Unter den Brüsseler Hotels ist das «Stanhope» so etwas wie ein Geheimtipp. Es liegt verschwiegen in der Rue du Commerce, etwa auf halbem Wege zwischen Altstadt und EU-Viertel. Das ist weit genug entfernt, damit sich keine Touristenhorden von der Grand-Place hierher verirren. Gleichzeitig liegt das «Stanhope» so nahe bei Parlament und Kommission, dass man es auch im notorisch verstopften Verkehr mit der Dienstlimousine in ein paar Minuten erreicht.

Diese Lage war es wohl, welche die Aufmerksamkeit von fünf der mächtigsten Männer der Europäischen Union auf das Gründerzeithotel und sein Restaurant zog. Unbemerkt von der Öffentlichkeit trafen sie sich hier zum ersten Mal zu einem intimen Abendessen: Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, sein mächtiger Vize Frans Timmermans, Parlamentschef Martin Schulz sowie die Fraktionsvorsitzenden von Bürgerlichen und Sozialdemokraten in der Volksvertretung, Manfred Weber und Gianni Pittella. Inzwischen wechseln sie die Restaurants, doch der Zweck ihrer Treffen bleibt immer derselbe: Man regelt die Dinge im Stillen.

Nur ein launiger Herrenabend?

Das sei doch nur ein launiger Herrenabend, heisst es in Brüssel beschwichtigend. Da würde gescherzt, geplaudert und in entspannter Atmosphäre gegessen und getrunken. Doch tatsächlich ist die Dinner-Runde ein Machtzentrum, das weder in den Römischen Grün-

dungsverträgen Europas noch in einem der folgenden Vertragswerke vorgesehen ist. «G-5» nennen die Beteiligten selbst ihre geselligen Gelage – in schelmischer Anlehnung an die Weltregierung der G-7-Staaten. Als «Kungel im Hinterzimmer» bezeichnete es hingegen höhnisch ein osteuropäischer EU-Diplomat, der nicht genannt werden wollte. «Natürlich gibt es das überall in der Politik, aber dann soll man nicht so scheinheilig von Transparenz reden.»

Unauffällig, aber mächtig – das trifft vor allem auf einen Beteiligten des Feierabendstammtisches zu: Manfred Weber, den 42-jährigen Fraktionschef der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament. Daheim in Deutschland kennt ihn kaum jemand. Manfred Weber ist auf den ersten Blick so unscheinbar wie sein Allerweltsname. Aber er ist zu einem der einflussreichsten Politiker in Brüssel aufgerückt – und nicht nur, weil er Mitglied des erlesenen G-5-Zirkels ist. Mit 218 Abgeordneten ist die aus christdemokratischen und konservativen Parteien gebildete EVP die stärkste politische Kraft im Parlament. Bei den Wahlen im vergangenen Jahr war Juncker ihr Spitzenkandidat – auch wenn er selbst nirgendwo, nicht einmal im heimischen Luxemburg, auf einem Wahlzettel stand. Als Fraktionschef beschafft Weber dem Kommissionspräsidenten die nötigen Mehrheiten, die häufig bei den gemeinsamen Abendessen aufgegleist werden.

Geboren wurde Weber in einem Weiler mit dem anheimelnden Namen Niederhatzkofen im tiefsten Niederbayern, wo die Christlich-Soziale Union (CSU) noch immer den Status einer Staatspartei besitzt. So war es folgerichtig, dass Weber in dieser Partei Karriere machte – obwohl ihn Umweltfragen in die Politik führten, die damals überhaupt nicht zum Markenzeichen der CSU gehörten. Dennoch kamen die Grünen für ihn nicht in Frage: «Bei denen habe ich nie verstanden, dass sie sich einerseits für die Wahrung der Schöpfung starkmachen, aber in der Abtreibungsfrage andere Kriterien anlegen», wundert sich der Katholik.

Nordkoreanische Wahlergebnisse

Als er vor zehn Jahren sein Mandat im Bayerischen Landtag niederlegte, um ins Europaparlament nach Brüssel zu ziehen, da seien viele Parteifreunde erstaunt gewesen, erinnert sich Weber. Europa galt als Abstellgleis für einen aktiven Politiker. «Heute stellt sich diese Frage niemand mehr», konstatiert er trocken. Zur Sicherheit hat er zu Hause gleichwohl eine sta-

«Natürlich gibt es das überall, aber dann soll man nicht so scheinheilig von Transparenz reden.»

bile Basis als Vorsitzender des einflussreichen CSU-Bezirksverbandes Niederbayern behalten. Im Laufe der Jahre gelang es ihm, seine Wahlergebnisse von simbabwischen 97 Prozent auf nordkoreanische 99 Prozent hochzuschrauben.

Auch wenn er es wie alle Politiker kokett überspielt, so wird er doch von manchen in München als möglicher Kronprinz von CSU-Chef und Ministerpräsident Horst Seehofer gehandelt. Vielleicht ist dies der Grund, weshalb innerparteiliche Gegner maliziös verbreiten, dass er seine jetzige Funktion im Europaparlament der Intervention von Bundeskanzlerin Angela Merkel verdanke. «Warum sonst sollte ausgerechnet einer der fünf CSU-Abgeordneten der EVP-Fraktion den Job bekommen und keiner der viel zahlreicheren CDU-Leute?», fragte rhetorisch ein CSU-Intimus.

Berlin regiert aber nicht nur über Weber im exklusiven G-5-Zirkel mit. Der sozialdemokratische Parlamentspräsident Schulz, der zweite Deutsche in diesem Kreis, gehört zum Präsidium der SPD. Damit haben die Dinner-Freunde die Drähte zu beiden Berliner Regierungsfrak-



Man regelt die Dinge im Stillen: EU-Spitzenpolitiker Pittella, Juncker, Schulz (v.l.).



Unauffällig, aber mächtig: EU-Parlamentarier Weber.

tionen, zur Kanzlerin und zum Vizekanzler. Gemeinhin bestreiten Europapolitiker zwar regelmässig, dass sie nationale Interessen hegen. Ihnen liege nur das Wohl Europas am Herzen. Das ist Unfug. Warum sonst sollte Schulz' Name als möglicher sozialdemokratischer Kanzlerkandidat bei den Bundestagswahlen 2017 genannt werden, wenn er nicht auf eine Karriere in Deutschland spekulierte? Und warum unterstellen spitze Zungen Weber, dass

er «morgen in München wäre, wenn man ihm einen Kabinettsposten anböte»?

Überhaupt geht es oft recht deutsch zu bei den geselligen Abendessen der G-5-Gruppe. Wenn sie besonders aufgeräumt seien und den «Heureka-Moment» einer guten Idee erlebten, so die Brüsseler Journalistin Tara Palmeri, fielen Weber, Schulz, Juncker und Timmermans oft vom Englischen ins Deutsche. Der Italiener Pittella sei dann auf die Übersetzungskünste

des polyglotten Niederländers Timmermans angewiesen.

Ohnehin scheint Pittella so etwas wie das fünfte Rad am Wagen zu sein. Man habe ihn im Wesentlichen aus optischen Gründen dazugebeten. De facto unterstreicht seine Anwesenheit freilich die Existenz einer informellen grossen Koalition aus Sozial- und Christdemokraten im EU-Parlament zur Unterstützung Junckers – auch hier ein Echo der Berliner Regierung. Weber selbst spricht von einem «Koordinierungsgremium», ähnlich dem Koalitionsausschuss der Bundesregierung in Berlin.

Verständlich, dass manche in Brüssel Anstoss nehmen am Illuminatenzirkel im «Stanhope»-Hotel. Vor allem Guy Verhofstadt, ehemaliger belgischer Regierungschef und Vorsitzender der liberalen Fraktion im Parlament, klopft ab und zu vernehmlich an und bittet um Aufnahme in den Klub. Dumm für ihn, dass ihn keiner der anderen dabeihaben möchte. Donald Tusk andererseits, der als Ratspräsident die Interessen der Mitgliedsregierungen vertritt, ist mit dem gegenwärtigen Arrangement zufrieden. Der Pole trifft sich wöchentlich *à deux* mit Juncker zum Lunch. Das genügt ihm.

Das freilich lässt die Frage nach Transparenz und zweifelhafter demokratischer Legitimität der Gruppe unbeantwortet. Wie kann es angehen, dass Parlament und Regierung – denn darum handelt es sich ja bei der Kommission – miteinander mauscheln und Deals aushandeln? Muss die Volksvertretung der Regierung nicht eigentlich auf die Finger sehen?

Junckers Geheimnis

So wurde etwa bei einem G-5-Essen der Versuch rechter Parteien im Euro-Parlament vereitelt, Juncker wegen seiner Rolle als luxemburgischer Regierungschef im Zusammenhang mit Steuererleichterungen für Grossunternehmen zu rügen. Schulz und Pittella verpflichteten sich, die eigentlich mehrheitlich kritischen Sozialdemokraten und Sozialisten auf den Kommissionspräsidenten einzuschwören. Dies wirft, nebenbei bemerkt, Fragen nach der Unparteilichkeit auf, der Schulz als Parlamentspräsident verpflichtet sein müsste.

So gut wie alle Vorschläge und Ideen Junckers laufen zuerst über den elitären Herrenzirkel: sein Investitionsfonds ebenso wie die Quotenregelung für Migranten oder sein Haushalt – sie werden im Hinterzimmer eines Brüsseler Hotels ausgelotet, abgewogen und festgezurr. Wie das mit der Offenheit zu vereinbaren ist, die er im Wahlkampf versprach, ist Junckers Geheimnis. Er wollte die Türen aufreissen und Licht und Luft hereinlassen in die verschlossene Welt der EU. Im «Stanhope» öffnet sich höchstens die Tür, um die Kellner mit dem Dessert hereinzulassen. Die Patisserie gilt übrigens als Spezialität des Hauses. ○



Einzigartige Anziehungskraft auf hochgebildete und kluge Leute: Computergrafik des Google-Campus in Mountain View.

Kaliforniens Hippie-Festungen

Die Pioniere in den kalifornischen Tech-Firmen und Start-ups streben nach einer Welt, in der Arbeit und Privatleben verschmelzen. In den kolossalen Firmensitzen von Apple, Google und Facebook finden sie ihr natürliches Biotop. Die «Hübschen» greifen nach der Macht. *Von Sarah Pines*

Gewundene Hollywood Hills, stelzige Palmen, ein gelassenes Häusermeer, Gangsta-Rap und Burritos, weisse Filmstudios auf gewelltem Rasen oder Golden-Gate-Bootstouren, Hippie-Buchläden, Pelikane im Küstennebel und Marihuanageruch im Dolores Park. Dem europäischen Auge erscheint die amerikanische Westküste als irgendetwas zwischen einem schwarz-golden lackierten Art-Déco-Tableau und einem nordkalifornischen Roadmovie. Noch dazu als Ort gesellschaftlicher Befreiung: Auf den *gold rush* folgte die Filmindustrie, dann kam die sexuelle Revolution der 1960er Jahre, die Kultur der Hippies, die Beat-Generation, danach das Silicon Valley.

Während die technologischen Erzeugnisse des Silicon Valley weltweit Mainstream geworden sind, stösst der dazugehörige Lebensstil gleichermassen auf Faszination und Befremden. Die Tech-Welt wächst an der Westküste scheinbar grenzenlos. So entsteht zum Beispiel in Los Angeles mit Silicon Beach die drittgrösste Tech-Gemeinde der Welt, und um Palo Alto im Silicon Valley beziehen Apple, Facebook und Google neue, kolossale Firmenhauptsitze. Ihre ungewöhnliche Architektur spiegelt ein Selbstverständnis in der Tradition von Neo-Hippie-Enklaven: zurückgezogen und organisch, sich auf die Erde besinnend, dabei zugleich unbeständig und konstant.

In den letzten Jahren hat die lokale und internationale Kritik an den sozialen Bräuchen des Silicon Valley zugenommen: Arbeitscampusse ersetzen den Alltag, das Einfrieren weiblicher Eizellen die Familie. Demnächst ersetze das Ernährungsgetränk Soylent vielleicht sogar die feste Nahrung derer, die vor lauter Arbeit keine Zeit zum Kochen finden. Noch dazu sei die Tech-Welt frauenfeindlich; viele Frauen in Führungspositionen verdienen weniger als Männer in der gleichen Position. Nicht zuletzt trage das Silicon Valley die Verantwortung für den grössten Massenexodus der meist im Niedriglohnssektor tätigen latein- und afroamerikanischen Bevölkerung sowie der



künstlerisch-alternativen Gruppen aus San Francisco. In der Stadt sind Zwangsraumungen an der Tagesordnung, kleine Zweizimmerwohnungen für 4500 Dollar nicht für jeden bezahlbar. Die Silicon-Valley-kritische Website «Valleywag» berichtet regelmässig über die Rücksichtslosigkeit der Tech-Gesellschaft. Ein Beispiel: Letzten Oktober habe eine Gruppe Dropbox-Angestellte unter Polizeieinsatz mexikanische Kinder im Mission District San Franciscos von ihrem angestammten Bolzplatz vertreiben lassen, um selbst Fussball zu spielen.

Keine Zeit für das andere Geschlecht

Aufgrund der Isoliertheit der Tech-Welt sei auch die Partnersuche im Silicon Valley schwer. «Das Problem ist, dass hier die meisten Singles in den frühen Dreissigern, mit guten Jobs und Gehältern – von den grossen CEOs ganz zu schweigen –, sozial so ungeschickt sind, dass man sie kaum kennenlernen kann. Viele kommen von Stanford oder anderen Elite-Unis, sind ehrgeizig und haben wenig Zeit. Sie werden völlig von ihren Firmen eingenommen, von Google, LinkedIn oder Facebook, die ihnen alles bieten – Reinigung, Friseure, tägliches Gourmet-Catering –, sie können sogar ihre Hunde mit zur Arbeit bringen. Sie leben insular, denken insular, es gibt wenig Zeit für Dates, Flirts oder Affären», ärgert sich eine zierliche Brünette. «In Palo Alto zum Beispiel ist das erste Kennenlernen oft informell und findet tagsüber statt, in einer Bäckerei der Mall oder einem Café. Manchmal ist noch nicht mal klar, dass es ein Date ist, denn viele der Techies sind schüchtern. Der richtige Ort für «Gold-sucher», Frauen oder Männer, die reiche Techies kennenlernen wollen, ist die «Rosewood»-

Hotelbar an der Sand Hill Road. Doch dort sind auch viele Escort-Dienste und *cougars* tätig, ältere, wohlhabende, an jungen Männern interessierte Frauen. Ich glaube, für junge Männer und Frauen ist es gleichermassen schwer, im Silicon Valley den richtigen Partner zu finden.»

Hingegen sind zwei im Silicon Valley häufig gebrauchte Begriffe, die das eigene Selbstbild beschreiben, «organisch» und «Synergie». Während mit «organisch» inhärente Eigen-

«Sie leben insular, denken insular, es gibt wenig Zeit für Dates, Flirts oder Affären.»

schaften der Selbstoptimierung gemeint sind – Innovationsgeist, Wagemut, Fantasie –, bezeichnet «Synergie» die Schaffung eines Ganzen, das grösser ist als seine Teile. Synergie kommt durch interaktive Prozesse zustande, kurz: durch Networking. Von den Universitäten Stanford, Berkeley oder San José State werden talentierte Absolventen verschiedenster Studienfächer noch vor ihrer Graduierung angeworben. Für John Hennessy, Stanfords Präsidenten, ist die enge Zusammenarbeit der Studenten mit ihrem unmittelbaren ausserakademischen Umfeld unersetzlich. In einer jüngst gehaltenen Kurzvorlesung betonte er, wie sehr die Kombination aus Universitäten, grossen Firmen und Unternehmertegeist eine kreative Umwelt schaffe, die es zu fördern gelte. Nicht gegenseitige Abgrenzung, sondern Offenheit sei für Innovationen förderlich, denn man wisse nie, wann und wo sich der nächste Durchbruch zeige. Allerdings sei die Beziehung zwischen Universitäten und dem Business nicht unendlich strapazierbar. Vielmehr solle sie in dem Moment aufgekündigt werden, in dem Geschäftsinteressen die Freiheit der Forschung beeinträchtigten, diese verdinglichten und zum käuflichen Objekt machten.

Die Leute wollen das Risiko

«Was die Tech-Welt der Westküste der Ostküste und Europa gegenüber so einzigartig macht, ist die Anziehungskraft, die sie auf hochgebildete und kluge Leute ausübt», erklärt Jon B., ein aus New Jersey stammender Stanford-Absolvent in Wirtschaft und Geschäftsmann im Silicon Valley. «Jeder, der bereit ist, über tausend Meilen weit weg- und hierherzuziehen, wird wahrscheinlich abenteuerlicher und innovativer sein als die meisten und einfach einen anderen Blick auf die Welt haben.»

Es ist ein sonniger Tag in Stanford, und auf einem der Gemeinschaftsspielplätze für junge Studentenfamilien mit Kindern findet ein Grillfest statt. Es fällt auf, dass viele ein T-Shirt mit dem Uni-Logo tragen. «Es überrascht



Entscheidend ist der Star-Faktor: Hauptsitz von Snapchat in Venice Beach.

auch, wie sehr die Kultur hier Veränderungen akzeptiert und sich auf Kommendes freut. Das gilt nicht notwendigerweise für andere Orte. Was mir vor allem gefällt, ist, dass das Silicon Valley einer Spielhölle gleicht: Die Leute hier wollen das Risiko, und Verlieren ist salonfähig. Vom ethischen Gesichtspunkt aus lassen sich Traditionen hier leichter brechen als in den meisten Geschäftswelten anderer westlicher Gesellschaften. Allerdings hat die persönliche Ethik – Ehrlichkeit, Integrität und so fort – hier einen höheren Stellenwert als anderswo.» Gerade die Tech-Welt sei eine meritokratische Welt und sperre sich gegen die Starrheit universitärer oder unternehmerischer Hierarchien, erklärt auch der aus Griechenland stammende Yorgos, Programmierer bei Twitter. Noch dazu würden hier Arbeitsvisa aufgrund von Leistung, unabhängig von Nationalität oder sozialer Herkunft, vergeben. Am Arbeitsplatz seien Spontaneität und Offenheit wichtig, Geistesblitze würden ernst genommen, fährt er fort. In vielen Unternehmen erlaubten an zahlreichen Stellen aufgestellte Tafeln das spontane Aufschreiben von Ideen. Diese seien dann sichtbar für alle, andere könnten Notizen dazuschreiben, manchmal entstehe daraus ein neues Projekt.

Unlängst ist auch – international nahezu unbemerkt – Silicon Beach entstanden, nach dem Silicon Valley und Tel Aviv das dritt erfolgreichste Start-up-Gebiet der Welt. Benannt nach einer 1984 in San Diego hergestellten Software, befindet es sich in unmittelbarer Strandnähe im Westen von Los Angeles, zwischen Santa Monica, Venice Beach und Marina del Rey. Es umfasst ungefähr 800 junge Unternehmen, die zusammen über 1,3 Milliarden Dollar Risikokapital verfügen. Inzwischen wandelt sich das lokale Strassenbild, bisher Enklave einer bohemehaften Surferkultur. Verbeulte Hondas mit Ramsch auf der Rückbank weichen glänzenden BMWs, Buddha-Statuetten und grau angelaufener Bambus in den Vorgärten frisch gepflanzten Blumenhecken. An mancher Strassenecke überragt die neue, luftige Architektur von an Segelboote erinnernden Neubauten niedrige Strand-Cottages; im Schatten von Palmen telefonieren Leute in gepflegter sportlich-eleganter Mode. Die meisten der hiesigen neuen Unternehmen entwickeln Applikationen für den Unterhaltungssektor: Videotechnik, Lifestyle oder Mobilfunk. Drei ansässige Inkubatoren – Launchpad, Amplify, MuckerLab – beraten sie in Marketingstrategien oder stellen Fördergelder zur Verfügung.

Star-Faktor bei Firmengründungen

Der hier wohl bekannteste Firmenneustart ist Snapchat, eine 2011 von drei ehemaligen Stanford-Studenten entworfene App zum Verschicken von Fotos, Videos oder Texten – sogenannten Snaps. Die App wahrt die Privat-



«Festung des Bessereins»: Apple-Headquarter in Cupertino.

sphäre; das Gesendete ist weniger verhängnisvoll: Der Absender entscheidet, wie lange die verschickten Dateien für seine Empfänger einsehbar bleiben sollen – zwischen einer und zehn Sekunden –, danach werden sie von den Empfängergeräten und von den Snapchat-Servern gelöscht. Auch der Starfaktor ist bei Firmengründungen in Silicon Beach relevant. Das an einem verkehrslosen Tag zwanzig Fahrminuten entfernt liegende Hollywood verspricht berühmte, vermögende Investoren und neue Netzwerke. Vor allem weibliche Starlets sind beliebt: Auf Beach Mint wirkt die Schauspielerinnen Jessica Alba als Stilratgeberin; Shoe Dazzle ist ein von Kim Kardashian mitgegründeter Online-Modesevice; The Honest Company ist Jessica Albas Bio-Babycreme-Firma. Oft ist die Schauspie-

Das neue Apple-Headquarter trägt Züge des Weltraum-Habitats aus «Elysium».

lerin persönlich in ihrem Geschäft in Santa Monica anzutreffen, wartet am pinkfarbenen Schreibtisch auf Kunden oder dekoriert das Geschäft.

In Silicon Beach steht das Surfen oben auf der Agenda der Techies: Über die Website Siliconbeach.la – einen Online-Verband aller Unternehmen in Silicon Beach – kann man sich einer Surfgruppe anschliessen und in Mittagspausen gemeinsam surfen gehen. Zudem bieten viele Büros in Foyers Surfhaken oder Spinde zur Aufbewahrung von Neoprenanzügen an – «morgens surfen, tagsüber codieren», witzelt James Citron, CEO der Mobiltechnologiefirma Mogreet. In Silicon Beach fühlt man sich ein

wenig jünger, individueller und insgesamt urbaner als im Silicon Valley.

«Palo Alto ist so vorstädtisch, weil niemand hier sich individuell neu erfinden will, durch Kunst zum Beispiel. Stattdessen geht es um die Transformation von Start-ups in richtige Unternehmen», sagt Noah, Engineering-Student in Stanford. Wir sitzen in «Philz Coffee», einem geeky Café in Palo Alto, zu dem sich Noahs Wohnung in einem «Erreichbarkeitsfaktor» von 98 aus 100 befindet, sagt er. In Palo Alto habe die Verlagerung urbaner Konventionen in die Vorstadt – zu Fuss zu erreichende Restaurants, Cafés und Geschäfte – einen hybriden Raum ge-



Aggressive Kunst-Attacke: «Binoculars Building»



Transparenz statt Privatheit: Google-Campus in Mountain View.

schaffen, weder ganz vorstädtisch noch ganz städtisch. «Das Selbst verfügt über keine individuelle Handlungsmacht hier, kann sich nur in einem Unternehmen verwirklichen. Deswegen kann Palo Alto zwar so dicht besiedelt sein wie San Francisco», fährt Noah fort, «aber anstelle von Kultur stehen Parkplatzprobleme oben auf der Agenda des Stadtrats.»

Am 28. Februar warnte der kanadische Autor Jon Evans auf der Website Techcrunch.com vor den «hübschen Menschen». Nun, da Sänger und Filmstars sich durch Investitionen in den Tech profilieren wollten, ziehe dies auch ihre Groupies in diesen Bereich: reiche Kids der o-

ren Mittelklasse mit Elite-Uni-Abschlüssen. Die «Hübschen» verdrängten die althergebrachte Kultur der Aussenseiter, Streber und Rebellen – der *geeks*, die aber die einzig risikobereiten Erfinder im Tech seien. Überdies mietet Google seit 2011 das vom Architekten Frank Gehry entworfene «Binoculars Building» in Venice. Eine Attacke auf das Gebäude letzten Mai wurde von den Angreifern als «Strassenkunst» bezeichnet, Google mit dem «Capitol» – Überwacher der Armendistrikte der Welt – des Films «The Hunger Games» verglichen.

Querschnitt eines Grashalms

Im Silicon Valley bezieht Apple demnächst sein neues Headquarter, einen gigantischen weissen Ring inmitten eines grossen Parks in Cupertino, flankiert von pillenförmigen Solar-Dachanlagen. Das Gebäude wurde von Norman Foster entworfen, der auch Luxuswohnungen in St. Moritz oder die Torre Bankia in Madrid designte. Es soll die ruhige Schönheit und Einfachheit Apples widerspiegeln. Innere Arbeit und Konzentration stehen dabei in organischem Zusammenhang mit der äusseren Grünanlage, die Entspannung, Erholung und Nachdenken fördern soll. Die vollständig aus erneuerbaren Energien betriebene Anlage sei, so Steve Jobs 2011, wie Gras, das zukünftig die einst mit Aprikosenhainen bedeckte Landschaft Cupertinos bewachsen solle. In der Tat zeigt der mikroskopische Querschnitt eines Grashalms einen Kreis, der dem neuen Gebäude nicht unähnlich ist. «Festung des Bessereins», wettete ein «Valleywag»-Schreiber. In der Tat trägt das neue Apple-Headquarter Züge des üppigen, mondformigen Weltraum-Habitats aus «Elysium» (2013). In dem Science-Fiction-Film ist es der Wohnort der besseren

Gesellschaft, die sich in kleinen Shuttles hinunter auf die verarmte Erde begibt.

Letzten Frühling hat Facebook ein von Frank Gehry entworfenes neues Firmengebäude in Menlo Park bezogen. Vier je tausend Quadratmeter grosse, rechteckige Gebäude sind hintereinander angeordnet – wie bei einer Welle ändert sich je nach Gebäude leicht die Höhe beziehungsweise Tiefe der Raumstruktur. Von oben betrachtet gleichen die Gebäude wie zufällig nach einem Beben aus der Erde brechenden Schieferplatten. Bewachsen sind die Dächer mit Bäumen und Gärten. Oben gibt es Cafés, Grillplätze und Arbeitsbänke, um die Gebäude herum verläuft ein Park, der die Sicht auf die Gebäude erschwert.

Was bei Facebook auch architektonisch für die «Privatheits»-Ethik der Firma steht, versinnbildlicht bei Google Transparenz. Der neue, für das nächste Jahr geplante Sitz im Herzen von Mountain View gleicht sieben in der Sonne glitzernden Tautropfen. Unbeweglicher Beton wird durch leichte, lichtdurchlässige Strukturen mit integrierter Solaranlage ergänzt, sogar verschieb- und verstellbar sollen sie werden, um neuen Projektbereichen Platz zu bieten. Die Gebäudeseiten werden mit lasierten Baldachinen verkleidet, die Luft und Sonne hereinlassen und für ein ausgewogenes Innenklima sorgen sollen. Ein grosser, den Campus umgebender Park sowie ein kleiner Teil der Gebäude werden der Öffentlichkeit freigegeben. Familienfreundlich, soll die Anlage zum Radfahren und Erholen einladen; sonnenintensive Wege werden mit Spinnweben-ähnlichen Sonnendächern überspannt. Der Park und der darin verlaufende Bach sollen ausserdem Eulen und anderen Kleintieren ein Habitat bieten.

So schaffen die drei grossen Firmen des Tech nach virtuellen nun konkrete Orte. «Grüne Invasion» nannte Steve Jobs das geplante Headquarter. Auch an Googles Hauptsitz sollen Mensch, Natur und virtuelle Ideen symbiotisch miteinander verschmelzen. Die neuen Headquarter lassen sich nicht nur als manifestierte Invasion einer materialistischen Kultur verstehen, sondern, in Abgrenzung zu Silicon Beach und dem Rest der Welt, als organisch-synergetische Emergenz natürlicher Ökosysteme. Hier, am äussersten Punkt der westlichen Welt, so sehen es die Bahnbrecher des Tech, Nachfolger der Pioniere und Goldsucher, hat der Geist des Menschen, wie einst die Blumenkinder am Ufer des Pazifiks, sein natürliches, ja bestmögliches Habitat gefunden. Hier kann er sich neu erfinden, wie die Formen der Natur, unbeständig und zerbrechlich. So schwingt in der neuen Architektur das Bewusstsein der eigenen Vergänglichkeit mit. Ob Googles Tautropfen, Facebooks erdigere Schieferplatten oder Apples Grashalm – als zufällig dahingeworfen scheinende Gebilde sind sie dennoch unabwendbar. ○



von Google in Venice.



Brünstige Vehikel: «Auto Aerobics» von Chris LaBrooy.



Mobile Paarung

Von Daniele Muscionico

Wir wissen es, Autos sind Nesthocker. Einmal da, zeigen sie keine Lust, schnellstmöglich das warme Nest, die beheizte Garage, zu verlassen. Denn Autos sind ja Wesen wie wir, sie sind im Grunde Couch-Potatoes. Wenn man sie nicht tritt, bewegen sie ihren Hintern keinen Millimeter.

Jedenfalls sind Autos eine Art von Menschen. Zumindest besitzen sie eine menschliche, um nicht zu sagen übermenschliche Attraktivität. Sie sind der unkomplizierteste Teil der Familie, zuverlässiger als alle Onkel und Tanten zusammen, und am Wochenende verbringt man mit ihrer Hege und Pflege mehr Zeit als mit dem Karosserieunterhalt der hausgemachten Kinder.

Weil also Autos Nesthocker sind, ist ihr Paarungsverhalten ein etwas aus der Jahreszeit gerutsches. Autos paaren sich nicht wie andere Säuger (das sind Autos, denken wir an ihr Verhalten an der Tankstelle) im Frühling; Autos bevorzugen die heiße Jahreszeit, Autos sind im Sommer sexuell aktiv.

Ganz klar, wer hier das Männchen und wer das Weibchen ist. Der Fotograf, der die beiden auf einem menschenleeren Parkplatz bei dieser virtuosen Nummer ertappt hat, hat es auf seinem Bild in aller Ausdrücklichkeit dokumentiert.

Chris LaBrooy heisst er oder eigentlich Christopher, ein Liebhaber alter amerikanischer Autos, der auch für die Londoner Verkehrsbetriebe arbeitet. Ein schottischer Künstler, dafür bekannt, irritierende Dinge herzustellen, die dann in Designsammlungen den Augen der Öffentlichkeit entzogen werden. Er hat am renommierten Royal College of Art in London studiert, einer Kaderschmiede. Ridley Scott zum Beispiel wurde auch dort ausgebildet, der Erfolgsregisseur von «Blade Runner» und «Alien». Und ein bisschen ausserirdisch wirkt tatsächlich, was LaBrooy hier den beiden stierisch-tierischen Radgenossen zuschreibt. «Auto Aerobics» nennt er selbst die Sache, wohl ein Wortspiel für das selbstgesteuerte Paarungsverhalten.

Wer sein eigenes Auto in den nächsten Wochen bei ähnlichen Eskapaden entdeckt, dem ist angeraten, mit dem Künstler in Kontakt zu treten. Er wird sich für den Casus interessieren, denn LaBrooy selbst hatte bisher wenig Glück. Er musste bis dato zur Vermählung des Paares aufwendig den Computer einsetzen. Und was lernen wir? In der Hitze der nächsten Tage die Strassen zu meiden, bevor uns ein brünstiges Vehikel auf die Hörner nimmt.

www.debutart.com, Cezanne Noordhoek

Lotse in der Unterwelt

Historiker Antony Beevor bricht in seinem neusten Buch, «Ardennes 1944», eines der letzten Tabus des Zweiten Weltkriegs. Die finale Schlacht Hitlers war noch viel grausiger als bisher bekannt. Nicht nur auf deutscher Seite. *Von Urs Gehriger*

Antony Beevor hat schlaflose Nächte. Seine Schlafstörung, erzählt er am Telefon, ereile ihn jeweils während intensiver Forschungsperioden oder wenn er sich darauf vorbereite, über die verstörendsten Aspekte des Krieges zu schreiben. «Natürlich darfst du schreckliche Ereignisse nicht direkt an dich ranlassen, weil du die Fakten korrekt haben musst. Aber ein paar Nächte später holt es dich ein. Dann wachst du plötzlich schweissgebadet auf.»

Beevors Metier ist von der düsteren Sorte. Er ist Kriegshistoriker und zählt weltweit zu den Besten seiner Zunft. Seine Geschichte über die Schlacht von Stalingrad, welche ihm 1998 internationalen Ruhm eingebracht hat, beschreibt eine der bittersten Kampagnen des Zweiten Weltkriegs. Beevor, Brite, 68, gesteht, dass einige Szenen, die er entdeckt und dokumentiert hat – besonders jene mit Soldaten, die im Schnee verhungerten –, ihn bis heute verfolgen.

Aus der Maulwurfperspektive

In seinem folgenden Buch über den Fall von Berlin («Berlin: The Downfall 1945») beschrieb er die Massenvergewaltigung von deutschen Frauen – ein Thema, das ihn wiederholt zu Tränen rührte. Und jüngst schilderte er in «Der Zweite Weltkrieg» furchtbare Details im Verhalten japanischer Soldaten in Südostasien, die nicht nur ihre Toten aufassen, sondern Gefangene schlachteten, um sie zu verzehren.

Über solche Dinge zu schreiben, hat bei Kritikern nicht immer freundliche Reaktionen ausgelöst. Historikerkollege Niall Ferguson hat ihn der «Kriegspornografie» bezichtigt, ein Vorwurf, den Beevor kategorisch zurückweist. «Die Pflicht eines Historikers ist es, zu verstehen und zu versuchen, seine Erkenntnis anderen zu überliefern», sagt er.

Angesichts der Brutalität des Krieges sei er relativ zurückhaltend gewesen. Es gebe viele Details, die es bisher nie in seine Bücher geschafft hätten. In seiner Geschichte über den sowjetischen Sturm auf Berlin zum Beispiel hat er die bildlichen Beschreibungen von Selbstmordversuchen Deutscher ausgelassen, inklusive diejenigen kleiner Kinder. «Ich habe sie ausgelassen, weil man nicht darüber lesen kann, ohne in Tränen auszubrechen. Es gibt Dinge, die zu schrecklich sind, um aufgeschrieben zu werden.» Später allerdings fragte er sich jeweils, ob er nicht zu feige gewesen sei, nicht darüber zu schreiben.

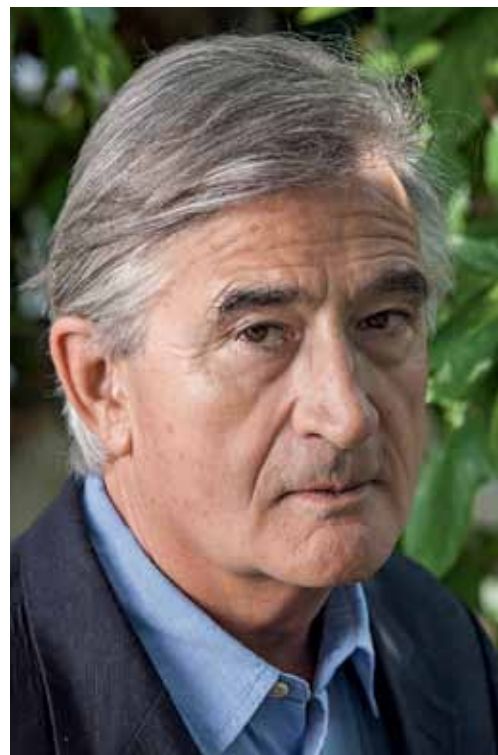
Was Beevor von anderen Historikern unterscheidet – ausser seinem erzählerischen Talent –, ist seine Furchtlosigkeit, die unangenehmsten

Themen aufzugreifen, wobei er dies auf eine Art tut, die den Leser nicht in die Ecke drängt. Es gibt fast nie ein Werturteil in seinen Büchern. «Es ist, als hätte man einen Vergil, der einen durch die Unterwelt führt», sagt Historikerkollege Keith Lowe. «Er lässt dich nicht stranden in all dem Horror, sondern er führt dich wieder hinaus als weisere, durch die Reise gereifte Person.»

Seine Geschichte über Stalingrad hat die Geschichtsschreibung über den Krieg grundlegend verändert. Zuvor schien das Genre vor allem pensionierte Obersten und Lehnstuhlfanatiker zu interessieren. Nach «Stalingrad»

Ein Wald «wie in einem düsteren Märchen mit Hexen und Menschenfressern».

wurde die Kriegsgeschichte zum eleganten, aufsehenerregenden Topos, der seither stets auf den Bestsellerlisten figuriert. Mit der Kombination von akademischer Genauigkeit und dem Scharfsinn eines unterhaltenden Erzählers zieht Beevor die Massen an. Während er den Blick von oben auf das Schlachtfeld nie vernachlässigt (Beevor studierte an der Royal Military Academy Sandhurst), ist seine wahre Stärke die



Zu Tränen gerührt: Historiker Beevor.

Betrachtung von unten, aus der Warte des kommunen Soldaten, der mitten im Schlachtenlärm steht – eine Qualität, die Beevor in seinem neusten Werk «Ardennes 1944» exemplarisch unter Beweis stellt.

Mit der Ardennen-Offensive, einem verzweifelten Grossangriff im Westen, wollte Hitler die Alliierten zu Verhandlungen zwingen und schickte sein letztes Aufgebot in einen blutigen Kampf in Eis und Schnee. Der Angriff warf die Amerikaner zurück – dann ging der Wehrmacht Mensch, Material und schliesslich der Wille aus.

Beevors Neuling, der jüngst auf Englisch erschienen ist, liest sich als natürliche Fortsetzung von «D-Day» (2010). Es gibt dieselben politischen Spannungen zwischen den Kommandanten Grossbritanniens und der USA. Es gibt dieselbe Verzweiflung unter den gewöhnlichen Soldaten auf beiden Seiten. Doch im Herzen des Buches liegt ein anderes dunkles Thema: die wahllose Ermordung von Gefangenen, «eines der letzten Tabus des Krieges», so Beevor. «Ich habe noch keinen amerikanischen Historiker gelesen, der sich mit der Erschiessung von Gefangenen durch US-Soldaten beschäftigt hat.» Gleiches gelte auch für die britische Seite. «Das war etwas, was die Deutschen getan haben», so Beevor. «Dass auch unsere Jungs solche Gräueltaten begangen haben, darüber sprach man bisher nicht.»

Im Herbst 1944 kam der alliierte Vorstoss durch Westeuropa an der deutschen Grenze zum Stillstand. Die Amerikaner fanden sich gefangen im Hürtgenwald, der in Beevors Worten «so dicht und dunkel war, dass er so verwunschen schien wie in einem düsteren Märchen mit Hexen und Menschenfressern». Viele deutsche Offiziere sagten, der Krieg im Hürtgenwald, in der Nähe von Aachen, sei schlimmer gewesen als der Grabenkrieg im Ersten Weltkrieg oder auch an der Ostfront. Generalmajor Rudolf Freiherr von Gersdorff nannte den Wald eine «Todesmühle». Die Beschreibungen seien keine Übertreibung, insistiert Beevor, der selbst vor Ort recherchierte. «Noch heute spürt man die Unheimlichkeit in den Nadelwäldern.»

Schwerverletzte als Sprengfallen

Hier haben beide Seiten ausserordentliche Kreativität darin entwickelt, einander umzubringen. Deutsche feuerten Artilleriesalven in die Baumstämme, damit die Splitter die darunter lauern den GIs zerfetzten. Beide lernten, mit dem Ins-



«Kultur der Rache»: Alliierte während der Ardennen-Offensive, Januar 1945.



Hinterhältige Kriegstaktik: von der SS ermordete US-Kriegsgefangene, Malmedy, 17. Dezember 1944.

tinkt ihrer Feinde zu spielen, legten Landminen, wo immer der Feind Deckung suchen konnte, zum Beispiel in Schützengräben. Soldaten waren oft zu verängstigt, um sich umzuschauen, so sehr waren sie damit beschäftigt, den Waldboden nach Stolperdrähten abzusuchen.

Die Deutschen insbesondere entwickelten die perfide Gewohnheit, Sprengkörper unter toten oder verletzten Feinden zu platzieren – mit perverser Absicht: Sobald den Gefallenen ein Rettungstrupp bergen wollte, wurden alle zusammen zerfetzt. Beevor stiess auf das Beispiel eines

schwerverletzten US-Soldaten, den man als Sprengfalle «präpariert» hatte. «Der Verwundete hielt drei Tage und drei Nächte durch, ohne sich zu bewegen.» Als endlich Retter auftauchten, habe er noch die Kraft gehabt, sie zu warnen, dann habe er sich abgedreht und sei explodiert.

Der Zweck solch hinterhältiger Kriegstaktik war nicht bloss, den Feind zu vernichten, sondern seine Moral zu zerstören. Beide Seiten wussten, dass die Demoralisierung des Gegners der Schlüssel zum Sieg sein konnte. So wurden verbrecherische Gräueltaten, die von höchster Instanz befohlen wurden, integraler Teil des Krieges.

Während einer Lagebesprechung im Gefechtsstand Adlerhorst bei Bad Nauheim bezeichnete Adolf Hitler am 12. Dezember 1944 vor seinen versammelten Generälen die bevorstehende Winteroffensive als «die bedeutendste Schlacht in einem Entscheidungskrieg auf Leben und Tod». Der Krieg sei mit äusserster Brutalität zu führen. Keine «menschliche Zurückhaltung» sei erlaubt. «Eine Welle von Furcht und Terror muss den Truppen vorausseilen.» Der Zweck war, den Gegner davon zu überzeugen, dass die Deutschen nie aufgeben würden. «Niemals, niemals!»

Am 16. Dezember 1944 lancierten die Deutschen ihre Gegenattacke im südöstlichen Belgien. Ein Grossteil der Truppen bestand aus SS-Soldaten, die in Russland gedient hatten, wo sie berüchtigt gewesen waren für das Abbrennen von Dörfern und das wahllose Morden der Bewohner. Nun brachten sie die Kampfmethoden von der Ostfront ins Herz von Belgien.

Die Psyche der jungen Rekruten

Zivilisten, die im Verdacht standen, mit den Amerikanern zu sympathisieren, wurden ermordet. Frauen wurden vergewaltigt, Bauernhäuser geplündert und Kriegsgefangene erschossen. «Das Verhalten der Soldaten ist unglaublich», notierte ein Arzt der 3. Fallschirmjäger-Division. «Ich war in Düren stationiert, und die Soldaten dort raubten sogar ihre eigenen Leute aus. Sie rissen alles aus den Gestellen [...] Sie waren wie wilde Tiere.» Es kam zu mehreren Massakern, allen voran in Malmedy, wo 130 amerikanische Gefangene auf einem Feld von SS-Panzergrenadieren (eine Schlüsselrolle hatte die Kampftruppe Peiper) zusammengetrieben und 84 mit dem Maschinengewehr, teils mit Kopfschuss, ermordet wurden.

Die amerikanischen Einheiten, die diesen Frontabschnitt verteidigten, waren bereits demoralisiert von ihren Kämpfen im Hürtgenwald, und viele von ihnen brachen nun physisch und psychisch zusammen. Diejenigen, die am meisten litten, waren die jungen Rekruten, welche frisch zu den Einheiten gestossen waren, um Gefallene zu ersetzen. «Es gibt

D52

D52

www.bilanz.ch

Einen Schritt voraus.

BILANZ
Das Schweizer Wirtschaftsmagazin

wohl keine verzweifeltere Position, als dich zum ersten Mal in einem Kampf wiederzufinden», sagt Beevor. «Das Erlebnis steht im Widerspruch zu jeder normalen menschlichen Erfahrung. Es ist intensiv persönlich, als ob jede Kugel für dich bestimmt wäre. Die armen Schlucker hatten nicht einmal ein ausreichendes Training erhalten – viele brachen innert kürzester Zeit zusammen.»

Die Moral der US-Truppen wurde schnell zu einem gravierenden Problem. Traumatisierte Soldaten taten, was sie konnten, um der Gewalt an der Front zu entkommen. Beispiele von sich selbst zugefügten Verwundungen nahmen sprunghaft zu. Normalerweise waren dies Verletzungen durch einen «unbeabsichtigten» Gewehrschuss, ausgelöst von der linken Hand oder einem Fuss, aber ein Soldat der 99. Infanterie-Division war so verzweifelt, dass er bei einem grossen Baum auf den Boden kniete, ihn umarmte und eine Granate in den Händen zündete.

Wenn Bäume antworten

Der Schriftsteller J. D. Salinger war Zeuge der Ardennen-Offensive. Während der Schlacht schrieb er Kurzgeschichten wie ein Verrückter. In der Intensität des Schreibens fand er Halt, nach dem Krieg brach er total zusammen. Kriegstraumata grassierten auf allen Seiten. «Nach fünf Tagen hast du begonnen, mit den Bäumen zu sprechen», erzählten Soldaten später. «Am sechsten haben sie begonnen, dir zu antworten.»

Wenn der Schock des deutschen Angriffs auch viele amerikanische Soldaten in Furcht und Schrecken versetzte, so schien die deutsche Brutalität gegenüber anderen GIs den gegenteiligen Effekt zu haben. «Die Entschlossenheit zurückzuschlagen, war erstaunlich», sagt Beevor. «Vielleicht war sie der wichtigste Beitrag für den Ausgang der Schlacht.» Nachrichten über die Schreckens-taten der SS-Truppen schürten den amerikanischen Rachedurst.

Die Festtagszeit änderte daran keinen Deut. «Ein klarer, kalter Weihnachtstag», schrieb General George S. Patton in sein Notizbuch, «wunderbares Wetter, um Deutsche zu töten, was etwas schräg ist, bedenkt man, wessen Geburtstag heute ist.» Das Licht in seinem Kommandobüro leuchtete aus Lampenschirmen, die aus Helmen getöteter Deutscher gefertigt waren.

Jede Gräueltat stachelte auf zur nächsten. Auf dem Weg an die Front entdeckten amerikanische Truppen zwei tote Kampfspringer-kollegen. Jemand hatte ihnen die Genitalien abgeschnitten und in den Mund gestopft. «Danach gab es kein Halten mehr», so Beevor. Er schildert Szenen bizarrer Rachezüge. So



«Kein Geheimnis»: deutscher Unteroffizier Pernass, 1944.

habe ein GI, dessen Handschuhe triefen vor Blut, einen Schnürsenkel aus seiner Kampf-hose gezupft, an dem abgeschnittene Ohren aufgezogen waren; eines ums andere zog er aus der Hosentasche, über zwanzig insgesamt, er hatte sie deutschen Toten als Trophäe abgeschnitten.

Rasch wurde die Rache systematisch. SS-Soldaten wurden von nun an oft auf der Stelle erschossen. Beevor dokumentiert einen ameri-

«Dass auch unsere Jungs solche Gräueltaten begangen haben, darüber sprach man bisher nicht.»

kanischen Zug, welcher schwor, nie einen Gefangenen zu nehmen. Wann immer die Deutschen eine weisse Flagge hissten, stand ein Kommandant auf und lockte sie näher, bevor er den Abschussbefehl erteilte. Schliesslich kam es auch auf amerikanischer Seite zu Massakern. In Chenogne erschoss die 11. Armoured Division sechzig deutsche Gefangene.

«Das Schockierendste an dieser Kultur der Rache war», so Beevor, «dass die amerikanischen Kommandanten nicht bloss Mitwisser waren, sondern aktiv dazu ermunterten.» Der Kommandant der 9. Armee beispielsweise, General Bill Simpson, war stolz auf die Rauheit, mit welcher sich seine Soldaten gegen die Deutschen wehrten. «Amerikanische Truppen weigern sich nun, einen einzigen SS-Soldaten

gefangen zu nehmen», stellte er fest, «und das Prinzip mag sich wohl ausweiten auf jeden deutschen Soldaten.»

«Roosevelts Schlächter»

Beevor versucht den Mechanismus der Rache zu entschlüsseln. «Unter den Kommandanten kam Wut auf, dass sie von den Deutschen auf dem falschen Fuss erwischt worden waren. Es gab ein grosses Element der Beschämung. Wenn so etwas geschieht, wirst du sehr wütend, und du verweigerst die Verantwortung für das, was du tust.» Einige der amerikanischen Generäle unterstützten offen die Ermordung von Kriegsgefangenen. Ihnen gefiel auch der Ruf, den ihre Truppen nun «genossen». Rasch machte unter Deutschen die gesteigerte Brutalität der Amerikaner die Runde. «Roosevelts Schlächter» wurden die GIs fortan genannt.

Während wir uns unterhalten, wird klar, dass Beevor mit diesen Themen kämpft. Ausserhalb der akademischen Welt gibt es wenige, die bereit sind, entschlossen den weniger schmeichelhaften Seiten im Verhalten der Alliierten ins Gesicht zu blicken.

«Unter der Generalität gab es kein Geheimnis über die Massaker», hält er fest.

«Patton erwähnt sie sogar in seinem Tagebuch.» Nach dem Massaker von Chenogne notierte der General: «Es gab ein paar unselige Zwischenfälle bei der Erschiessung von Gefangenen, ich hoffe, wir können sie vertuschen.» Obwohl Pattons Tagebücher seit einiger Zeit freigegeben worden sind, hat bisher niemand die Rolle des Generals bei den Massakern aufgearbeitet. Das Thema alliierte Kriegsverbrechen steht in Widerspruch zur verbreiteten westlichen Geschichtsschreibung über britisches und amerikanisches Heldentum und britischen und amerikanischen Edelmut.

Bisher sind die Reaktionen von amerikanischer Seite ausgeblieben. In den USA kommt das Werk erst im Herbst auf den Markt. «Ich hoffe, die Amerikaner werden nicht zu pikiert reagieren.» Beevors Instinkt hat ihn vorsichtig vorgehen lassen: Er hat Racheakte weder als verständliche Reaktion beschrieben noch sie geradewegs verdammt. «Es hat keinen Sinn, den Richter zu spielen, wir können bloss darüber spekulieren, wie wir uns unter diesen Umständen verhalten hätten.»



Antony Beevor: Ardennes 1944: Hitler's Last Gamble. Penguin Books. 480 S., Fr. 29.90

Top 10

Knorr's Liste

1	Pas son genre	★★★★☆
	Regie: Lucas Belvaux	
2	Love & Mercy	★★★★☆
	Regie: Bill Pohlad	
3	Woman in Gold	★★★★☆
	Regie: Simon Curtis	
4	Mad Max: Fury Road	★★★★☆
	Regie: George Miller	
5	Victoria	★★★★☆
	Regie: Sebastian Schipper	
6	The Age of Adaline	★★★★☆
	Regie: Lee Toland Krieger	
7	Big Game	★★★★☆
	Regie: Jalmari Helander	
8	Jurassic World	★★★☆☆
	Regie: Colin Trevorrow	
9	Spy	★★★☆☆
	Regie: Paul Feig	
10	San Andreas	★★★☆☆
	Regie: Brad Peyton	

Kinozuschauer

1 (-)	Ted 2	22 775
	Regie: Seth MacFarlane	
2 (1)	Jurassic World (3-D)	20 475
	Regie: Colin Trevorrow	
3 (2)	Spy	4196
	Regie: Paul Feig	
4 (6)	Giovanni Segantini: Magie des ...	2429
	Regie: Christian Labhart	
5 (3)	The Age of Adaline	2144
	Regie: Lee Toland Krieger	
6 (4)	San Andreas (3-D)	1453
	Regie: Brad Peyton	
7 (5)	Big Game	993
	Regie: Jalmari Helander	
8 (7)	Pitch Perfect 2	984
	Regie: Elizabeth Banks	
9 (-)	Honig im Kopf	932
	Regie: Til Schweiger	
10 (10)	Woman in Gold	879
	Regie: Simon Curtis	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Fifty Shades of Gray (Universal)
2 (-)	The Imitation Game (Ascot Elite)
3 (1)	Into the Woods (Disney)
4 (2)	Baymax – Riesiges Robowabohu (Disney)
5 (4)	96 Hours – Taken 3 (Rainbow)
6 (3)	John Wick (Ascot Elite)
7 (-)	Blackhat (Universal)
8 (7)	Der Hobbit – Die Schlacht ... (Warner)
9 (9)	Herz aus Stahl (Sony)
10 (6)	The Interview (Sony)

Quelle: Media Control



Zwischen Trübsinn und Aggressivität: «Men & Chickens».

Kino

Geflügel mit Hasenscharte

Der dänische Film ist zu allem fähig – auch zu herrlich rabenschwarzen Grotesken wie dem makabren Duster-Jux «Men & Chickens». Von Wolfram Knorr

Redet man über die erstaunlich kreativen Aktivitäten des dänischen Films, fällt sogleich der Name Lars von Trier («Nymphomaniac»). Dem Filmregisseur und Drehbuchautor geht der Ruf voraus, der Star des Anstosses zu sein, mit «Dogma»-Schwurbel und Skandalisierungen. Doch der Spiritus Rector des dänischen Phänomens war er nie. Der Vibrator im Betrieb, der Tausendsassa war und ist eine stille Autorität, die nicht auf dem Markt herumschreit, sondern im Hintergrund die Szene mit zahlreichen Drehbüchern für Kolleginnen und Kollegen aufgemischt hat: Anders Thomas Jensen (43). Ohne ihn und seinen kreativen Ausstoss, vom Kultspass «In China essen sie Hunde» (1999) über den Dogma-Film «Mifune» (1999) bis zum Drama «Brothers» (2004), wäre das «Wunder» nicht passiert.

Sein Output als Regisseur ist dagegen bescheidener, quantitativ, nicht qualitativ. Mit seiner Inszenierung «Dänische Delikatessen» (2003) bekannte er seine Liebe zur gargantuesken Grotesken, der er nach seinem hintergründigen Film «Adams Äpfel» (2005) mit seinem jüngsten Werk wieder frönt. «Men & Chickens» ist eine rabenschwarze Farce, in der die «heilige» Familie radikal gegen den Strich mit dunkler Gruselkomik gebürstet und aus ihrer Façon gebracht wird. Barbarisch grunzende Rüpel hausen zwischen Trübsinn und Aggressivität, auf

einer einsamen Insel, abseits zivilisierter Verhältnisse, in einem Kabuff von Gutshaus und führen einen scheinbar sinnentleerten Outcast-Alltag – bis zwei Kerle bei ihnen auftauchen, die Brüder Gabriel (David Dencik) und Elias (Mads Mikkelsen). Der eine, Gabriel, lehrt Evolutionspsychologie und Philosophie an der Uni, der andere ist ein masturbierender Wüstling. Gemeinsam haben beide eine auffällige Hasenscharte. Nach dem Tod ihres Vaters erfahren sie, dass ihr gerade verstorbener Papa gar nicht ihr biologischer Vater war – dieser hauste auf einer entlegenen Insel. Die konsternierten Brüder machen sich sogleich auf die Reise und landen im total versifften Schrott-Gemäuer mit seinen schmutzigen Rabauken, von denen sie erst feindselig vom Hof geprügelt werden. Durch die Flure und Zimmer gackern, krähen und grunzen Hühner, Gänse, Schweine, Hasen; selbst ein ausgewachsener Zuchtbulle schnauft bräsig im Gemäuer. Die drei poltrigen Plumpsäcke, die mit den Viechern und ihrem Mist rumhängen, haben auch Hasenscharten! Gabriel und Elias schwant, dass dieses Hinterwäldler-Anwesen ein Geheimnis birgt und die drei Holzköpfe mit ihnen verwandt sein müssen. Aber wie? Als auch manch gackerndes Federzeug, das über die ausgetretenen Teppiche tappt, seltsame Mutationen wie Schnabel-Scharten aufweist, fallen sie aus allen Wolken.

«Men & Chicken», gedreht in einem ehemaligen sowjetischen Militärhospital im brandenburgischen Beelitz, ist ein Familien-Endspiel, aber ein sehr rustikales. Der Schimmel-Charme, der rabenschwarze Nonsense und das Ensemble, das mit muffigem Bröckel-Flair seiner Herkunft Würde abzutrotzen versucht, sind schon reichlich abgefahren und voller Dialog-Witz. Zuweilen läuft Jensens Regie (der natürlich auch das Drehbuch schrieb) Gefahr, in die Dämlichkeit zu kippen. Aber was soll's, in grotesken Klamotten dieser Provenienz, halb Kaspertheater, halb *bad scientist*-Horror, sind Ausrutscher programmiert. ★★★★★☆

Weitere Premieren



Komisches und Bitteres: «Taxi Teheran».

Taxi Teheran — Jafar Panahi gehört zu den eigenwilligsten Filmemachern. Panahi, vom iranischen Regime schon seit langem unter Druck gesetzt, zu sechs Jahren Gefängnis und zwanzig Jahren Berufsverbot verurteilt, bis zum Urteil unter Hausarrest gestellt, darf eigentlich nicht arbeiten und arbeitet trotzdem: 2011 drehte er «This Is Not a Film» und zwei Jahre später «Closed Curtain». Beide Filme spielten in Häusern, gleichzeitig Schutz- wie Isolationsraum. Nachvollziehbar angesichts des Hausarrests. In seinem neuen Werk aber bewegt er sich ungleich freier, und man fragt sich schon, wie er das bewerkstelligt hat, unter den Augen des Vevak (Irans Geheimdienst). Panahi

sitzt am Steuer eines Taxis, installiert drei Mini-kameras in seinem Wagen und kutschiert Fahrgäste durch Teheran. Das mag wie ein Dok-Film aussehen, ist aber keiner; alles ist inszeniert. Kann sein, dass den Geheimdienstlern das Drehen mit den Digitalkameras entgangen ist, und Panahi ist raffiniert genug, seine Kritik am Regime und am schwierigen Leben im Land in der Schwebe zu halten, keine allzu deutlichen Angriffsflächen zu bieten, die Dehnbarkeit seines Wirkens mit dem Regime nicht zu übertreiben.

Seine Auswahl der Typen, mit denen er ins Gespräch kommt, ergibt in der Summe einen Querschnitt der urbanen Gesellschaft. Da gibt es den Mitfahrer, der mit Raubkopien amerikanischer Filme und Serien dealt, die im Land verboten sind, die Filmstudenten aber eben brauchen; einen Kleinkriminellen, der sich über die Gesetze lustig macht; ein blutendes Unfall-opfer, das schon sein Ende nahen sieht und sein Haus seiner Frau vermacht, was Panahi mit seinem Handy als eine Art Testament festhalten muss. Das Erstaunlichste an den Taxi-Kurverien, die nie langweilig sind, ist die Entspanntheit und Gelassenheit, mit der Panahi seine Fahrten absolviert. ★★★★★☆

Minions — Die pillenartigen Gift-Kreationen waren der Hit in «Despicable Me 2» (2013). Dass für die Animations-Spinner ein eigener Film hermusste, versteht sich. Nur für hartgesottene Fans. ★★★★★☆



Für Hartgesottene: «Minions».

Fragen Sie Knorr

Stimmt es, dass Arnold Schwarzenegger den Schweizer Abenteurer und General Johann August Sutter spielen wird? Ich meine das irgendwo gehört zu haben.

E. W., Langenthal

Das hat er mal vor Jahren, nach seinem Rücktritt aus der Politik, erzählt. Offenbar geistert ein Drehbuch über den Gründer von Neu-Helvetien in Hollywood herum. Aber nachdem Arnold ja als Terminator zurückgekehrt ist, dürfte das wohl hinfällig geworden sein.



Ausserdem müsste man das Drehbuch kennen. Fusst es auch auf Blaise Cendrars' berühmtem Roman «Gold», dürfte Arnie für die Rolle dann doch etwas zu alt sein. In den dreissiger Jahren hat Luis Trenker den Roman verfilmt, und für den Western-Spezialisten Joe Hembus gehört dieser Western zu einem der gelungensten. Da Western aber inzwischen grundsätzlich Gift in Hollywood sind, dürfte auch aus diesem Grund das Sutter-Projekt eher ein Gerücht bleiben.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Jazz

Little Big Man

Von Peter Rüedi

Im implodierenden Markt für die Tonträger, denen, sozusagen gegen den Strom, diese Kolumne gewidmet ist, haben die vielen auf Reissues spezialisierten Labels einen besonders zweifelhaften Ruf. Sie hielten sich mit Reprints nach Ablauf der Urheberrechte schadlos, auf Kosten jener Produzenten, die sich noch um den aktuellen Fortgang des Jazz kümmerten und sich ihr Engagement etwas kosten liessen. Stimmt. Andererseits sind es genau diese Semi-Bootleggers, welche die Jazz-historie am Leben erhalten und neben vielen fakultativen Kuriositäten auch Schlüsselwerke zugänglich machen, an denen die grösseren Labels das Interesse längst verloren haben. Der Kornettist Ruby Braff (1927–2003), als Sohn jüdischer Einwanderer aus Russland in Boston aufgewachsen, hat den Gang der Jazzgeschichte nicht verändert. Als Traditionalist genau in dem Moment auf die New Yorker Szene getreten, in dem *the new thing* gefragt war, die Trompeter des Bebop (Dizzy Gillespie, Fats Navarro) und des Hardbop (Clifford Brown und dessen Nachfolger), als ein stilistischer Anachronismus also, kelterte er aus der Musik von Louis Armstrong und von fast vergessenen Swing-Trompetern wie Roy Eldridge oder Buck Clayton einen in sich vollkommenen Trompetenklang, melodiös und schmiegsam, strahlend in den hohen Lagen und mit viel Luft und Volumen in den mittleren und tiefen. Ruby Braff war kein Innovator, aber ein Vollender, so überzeugend, dass seine Vorbilder, die Heroen des Swing, gern seine Gesellschaft suchten, als sich deren Renaissance abzeichnete. Dabei war der hinreissende Melodiker für das Publikum leicht im Zugang, für seine Partner aber schwierig im Umgang (die nannten ihn scherzhaft «Mr. Hyde and Mr. Hyde»). Jetzt erreichen wieder mal Braff-Aufnahmen aus dem Jahr 1956 das Ohr des staunenden Nachgeborenen: ein Quartett mit dem bemerkenswerten Pianisten Dave McKenna, ein Sextett mit unter anderen Nat Pierce und Freddie Green und ein Nonett mit einem magistralen Coleman Hawkins am Tenor und dem Ellington-Posaunisten Lawrence Brown. Über allen Gipfeln: der Trompetenglanz von *little big man* Ruby.



Braff! Ruby Braff featuring Coleman Hawkins. Phoenix Records 131608

Schweinebauch auf Sojabohnen

Food-Festival am Flughafen; «Midsommar»-Party auf dem Dach; Kitchen-Party im «Baur au Lac». Von Hildegard Schwaninger



Kulinarischer Höhenflug: Jörg und Inna Arnold.

Das Food-Festival «Il Tavolo» fand zum vierten Mal statt, und es hat sich, wie Intitiator, Mitbegründer und Präsident **Jörg Arnold** zufrieden feststellen darf, zu einem guten Geschäft entwickelt. Zur «Tavolo»-Eröffnung im Gate Gourmet am Zürcher Flughafen kamen zirka 500 zahlende Gäste (Ticket: 195 Franken); bringt nach Adam Riese einen Umsatz von fast 100 000 Franken. Das Gate Gourmet, wo das Catering für die Swiss und andere Fluggesellschaften gemacht wird, hat den Charme einer Messehalle (also keinen), trotzdem war die Stimmung gut bei diesem Show-Kochen, wo die Hotelköche der Stadt ihr Bestes zeigten.

Die Hoteliers von «The Dolder Grand», «Storchen», «Widder», «Baur au Lac» und «Park Hyatt» waren anwesend und konnten beobachten, wie die Kunst ihrer Köche beim Publikum ankam. Sieger war **Dietmar Sawyere** vom Hotel «Widder», dessen Schweinebauch (zirka 48 Stunden Zubereitungszeit) auf Sojabohnen alle anderen Gerichte in den Schatten stellte. Wer dem Fleisch nichts abgewinnen kann, wurde am Stand von **Rolf Hiltl** (Restaurant «Hiltl») mit fleischlosen Tatar-Brötchen beglückt. Swiss Caviar aus Frutigen BE war ebenfalls ein Renner. Kaum zu unterscheiden von den Störeiern aus dem Kaspischen Meer. Ein Gedicht: die Schokolade von Läderach (*the best of the best*: Milkschokolade mit Haselnüssen). Sprüngli muss sich

warm anziehen. Hinunterspülen durfte man die kulinarischen Genüsse mit Pommery-Champagner, Chianti und Bier à discrétion.

Mittendrin stand **Claudio Zuccolini**, der gar nicht wusste, warum er da war. Er war auf der VIP-Liste, die eher mager war. Da stand auch **Rafael Beutl**, ein Ex-Bachelor. Aber, Hand aufs Herz, es brauchte gar keine Promis. Man war genug damit beschäftigt, all die Köstlichkeiten zu probieren.



Yogamatten inklusive: Rudolf E. Zehnder.

Das Hotel «Ambassador à l'Opéra» lud Hotel- und Stammgäste zu einer schwedischen «Midsommar»-Party aufs Dach. General Manager **Rudolf E. Zehnder** begrüßte jeden Gast mit Handschlag; dann ging es – es war ein herrlicher Sommerabend – auf die

Terrasse. Hier warteten der Prosecco in Magnumflaschen und die phänomenale Aussicht auf See, Sechseläutenplatz und «The Dolder Grand». Die Dachterrasse ist für Hotelgäste reserviert; man kann sie auch für ein Tête-à-tête mit Picknick (im Sommer) oder Fondue (im Winter) mieten. Der Gast bleibt dabei völlig ungestört. Ob allein, als Paar oder als dreissigköpfige Gruppe – vermietet wird jeweils nur an eine Partei. So fühlt man sich wie auf der eigenen Terrasse. *Privacy* garantiert. Man bestellt das Picknick, der Kellner verschwindet, man hat das Dach für sich. Yogamatten inklusive.

Vom Dach ging es in die Lounge und ins Restaurant «Opera» (spezialisiert auf Fisch; hier gibt es den besten Steinbutt der Stadt). Dort wartete ein schwedisches Buffet: Pumpernickel, Krabben, Fleischbällchen mit Preiselbeeren. Eine Super-Promotion in Eins-a-Ambiente!

Von der Sonnenterrasse ins Gewölbe des Hotels «Baur au Lac»! Hier fand die traditionelle Kitchen-Party statt, organisiert von **Wolf Wagschal**, der im «Rive Gauche» in beratender Funktion tätig ist. Die Party hat ein neues Gesicht. Die Schürzen, die sich die Gäste umbinden, sind lindgrün (früher dunkelblau), und es waren viel weniger Gäste da als sonst. Keine sogenannten Promis (früher sah man hier die **Marquards**, die **Wolfensbergers** sowie Top-Banker und einige Ex-Missen), auch



Absolute Spitze: Mario Corti.

keine Hofberichterstatter. Man sah Stylistin/Fotografin **Adriana Tripa** und den Herausgeber des «Who is Who», **Eugen Baumgartner**. Erstmals als Starkoch dabei war der Chefkoch **Mario Corti** vom «Schloss Elmau» in Bayern, der jüngst beim G-7-Gipfel Merkel, Obama & Co. begeisterte. Sein Steinbutt: absolute Spitze! Unter den Gästen: Bloggerinnen und Leute aus der Event-Management-Branche. Wie viele von ihnen die 390 Franken Eintritt bezahlt hatten, darüber wurde heftig getuschelt. Abwesend waren die Besitzer des Baur au Lac, **Andrea** und **Gigi Kracht**. Sie feierten im kleinen Kreis ihren 25. Hochzeitstag.

Im Internet

www.schwanagerpost.com

Zeitlos schön

Der Sportdirektor Leye Akinsanmi, 28, und die Betriebsassistentin Ijoma Akabogu, 26, haben kürzlich geheiratet. Modern und glamourös. Britisch und afrikanisch.



«Meine Stütze»: Brautpaar Akinsanmi-Akabogu.

Ijoma: Der Hochzeitsantrag war superromantisch: Wir assen auswärts zu Abend, und Leye bestand darauf, das Dessert zu bestellen. Sie stellten eine riesige Platte vor uns hin, über der eine nebelartige Wolke lag, die mit Trockeneis produziert worden war. Als sich der Dunst verzog, erblickte ich ein Bett aus Rosenblättern, auf dem eine offene Muschel lag. Im Innern befand sich ein Ring, und auf dem Tellerrand las ich die mit Schokolade geschriebene Frage: «Willst du mich heiraten?» Zuerst lachte ich. Dann brach ich in Tränen aus. Natürlich wollte ich. Die nächste Überraschung dieses Abends war meine Entführung mit verbundenen Augen in ein hochexklusives Lokal. Dort angekommen, wurden wir von fünfzig Personen – die Familie und viele Freunde – erwartet, um die Verlobung zu feiern.

Leye: Ein gewisses Risiko war mit meinem Vorgehen verbunden, umso glücklicher war ich, als alles nach Plan verlief. Wir stammen beide aus Nigeria, wurden aber in London geboren und besuchten hier die Schulen. Wir sind gutausgebildete, beruflich erfolgreiche Engländer und wünschten uns eine elegante, urbane Feier, die zu uns passt. Trotzdem war es uns wichtig, dass unser afrikanisches Erbe in irgendeiner Art und Weise an diesem grossen Tag zum Ausdruck kommt. Da man den europäischen und

den afrikanischen Stil nur schwierig miteinander verbinden kann, entschieden wir uns für ein europäisches Glamour-Ambiente, jedoch ausschliesslich für nigerianische Speisen und Getränke.

Ijoma: Nach der Trauung wechselte ich das weisse Brautkleid und mein Mann seinen Anzug gegen die traditionelle afrikanische Astoshi-Festkleidung aus. Natürlich mitsamt Kopfbedeckung. Die Verwandten waren entzückt. Für dieses traditionelle Gewand werden nur die schönsten und teuersten Couture-Stoffe verwendet. Bei einer afrikanischen Hochzeit reisen die weiblichen und männlichen Mitglieder der Familien nicht selten extra in die Schweiz, um die luxuriösen Spitzentextilien in St. Gallen zu begutachten und einzukaufen. Afrikanisch war auch ein anderer Wunsch: Wir wollten eine wirklich grosse Hochzeit feiern.

Leye: Tausende von weissen Rosen und Orchideen schmückten den Saal, Porzellan und Silberbesteck die weissgedeckten Tafeln. Riesige Kronleuchter aus Kristallschnüren hingen von der Decke. Es war magisch und zeitlos schön. Das fanden auch die rund dreihundert Gäste, die wir eingeladen hatten.

Ijoma: Präsente für die Gäste sind in Afrika wichtig. Die Brautjungfern erhielten ein Schmuckset sowie einen Silberrahmen mit Fotos von ihnen und uns, die Trauzeugen wurden ebenfalls reich beschenkt, waren sie an unserem Glück doch von Anfang an beteiligt gewesen: Wir lernten uns über gemeinsame Freunde kennen. Nach einem wunderbaren Abend mit interessanten Gesprächen und viel Gelächter blieben wir über Facebook in Kontakt, und nach einigen Wochen hatten wir ein erstes Date.

Leye: Bereits damals überraschte ich diejenige, von der ich sehr schnell wusste, sie ist die Richtige, mit einem Theaterabend, der sie begeisterte. Danach waren wir schwer verliebt. Bis heute können wir nicht genug voneinander kriegen. Sie ist meine beste Freundin, meine Liebhaberin, meine Stütze in allen Tagen und hoffentlich auch bald die wunderbare Mutter unserer Kinder.

Protokoll: Franziska K. Müller

Verbesserer

Von Andreas Thiel —
Gute Besserung, liebe Weltverschlimmerer.

Doris Leuthard: Erst wollten wir, um keine neuen Atomkraftwerke mehr bauen zu müssen, bloss den Energieverbrauch senken. Als dieser dann aber wegen des anhaltenden Bevölkerungswachstums und der zunehmenden Entwicklung massiv anstieg, beschlossen wir, sogar die bestehenden Atomkraftwerke stillzulegen. Da nun aber um uns herum überall neue Atomkraftwerke gebaut werden sollen, sehen wir uns gezwungen, den Stromverbrauch generell unter Strafe zu stellen.



Thomas Stocker: Und wir dachten, der Wald stirbt, womit wir uns aber völlig verrechnet hatten. Deshalb machten wir uns daran, die Ozonschicht zu retten, deren Verhalten sich aber als komplexer erwies, als wir erwartet hatten. Um dieser wissenschaftlichen Selbstüberschätzung ein Ende zu bereiten, versuchen wir heute, das gesamte Weltklima zu kontrollieren.

Angela Merkel: Ach, das ist noch gar nichts. Wir mussten, um den Euro zu erhalten, die Maastrichter Kriterien aushöhlen. Dafür haben wir aber dann die Regeln verschärft, damit wir bei der nächsten Krise wenigstens nicht den gleichen Fehler machen mussten und erneut die Maastrichter Kriterien, sondern gleich diese schärferen Regeln missachten konnten. Um den Euro trotz dieser Regelbrüche zu retten, missachteten wir unter anderem auch noch das Bail-out-Verbot, was wir aber durch weitere, noch strengere Stabilitätskriterien kompensierten, welche wir natürlich sogleich wieder brachen. Um die Glaubwürdigkeit unserer Währung und unserer Politik wieder herzustellen, sind wir heute sogar dazu bereit, jede beliebige Regel zu brechen, die nötig ist, um diesem endlosen Regelbruch ein Ende zu setzen.

Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Starcks Stück

Von Peter Rüedi



Kann man einen Wein designen? Im Prinzip ja, wenn wir darunter einen bewussten Umgang mit den naturgegebenen Voraussetzungen verstehen, vom gezielten Lesetermin über die Beeinflussung der Gärvorgänge bis hin zum Ausbau und der Komposition von Cuvées. So gesehen, mag man die Herstellung eines Weins meinetwegen Design nennen (auch wenn es mich ob des Worts ein wenig schüttelt). Kann ein Designer einen Wein designen? Eher nicht, es sei denn, er sei gleichzeitig Winzer. Oder er lasse einen Kellermeister seine Ideen materialisieren. Designer haben einen Hang, sich gestaltend aller Lebensbereiche zu bemächtigen. Der Franzose Philippe Starck ist ein Crack seines Fachs. Er gestaltete alles, von der einteiligen raketenförmigen Zitronenpresse «Juicy Salif» für Alessi über Toiletten für Duravit, Schuhen für Puma, Brillen für Mikli bis zu Möbeln und einem Motorrad für Aprilia – das menschliche Leben von der Wiege bis zur Bahre sozusagen. Jetzt also auch einen Champagner des renommierten Hauses Louis Roederer. Im Gespräch mit Generaldirektor Frédéric Rouzaud und Kellermeister Jean-Baptiste Lécaillon entwickelte er eine Vorstellung, wie ein Champagner nach seinem Gusto zu schmecken habe: ohne sogenannte Dosage, also Nachzuckerung, so brut wie nur möglich, natürlich, nervig, mineralisch. Das deckte sich mit Plänen, die Roederer unabhängig vom Design-Star schon im schwierigen, heißen Jahr 2003 entwickelt hatte und die sich dann im Brut Nature 2006 konkretisierten, einer Cuvée aus zwei Drittel Pinot noir und einem Drittel Chardonnay, aus Reben von besonderen Lagen, die sich in jenem *annus horribilis* besonders bewährt hatten. Welchen Anteil dabei der starke Starck hatte, sei dahingestellt. Entstanden ist ein präziser, intensiver, mineralischer, energisch konzentrierter Champagner, gleichzeitig streng und *riche* in den Geschmacksnoten (Birne, Zitrus, ein wenig Rauch, am Ende eine leise Bitterkeit). Wem die Autorschaft des Designers als Marketing-Idee verdächtig ist, der erfreue sich an der Substanz. Die ist wunderbar und sich selbst genug.

Louis Roederer: Champagne Philippe Starck Brut Nature 2006. 12%, ca. Fr. 75.–. Bezugsquellen über info@mmdsuisse.ch

Bunt und würzig

Rico Zandonella hat aus den legendären «Kunststuben» «Rico's» gemacht und seine eigene Geschmackswelt geschaffen. Von David Schnapp



«Geht das?» – «Und wie!»: Rico Zandonella, «Rico's», Küsnacht.

Das hochstehendes Essen Geschmacksache ist, scheint klar. Köche schaffen – wenn sie gut sind – eigene, unverkennbare Geschmackswelten und finden Gäste, denen diese Welten gefallen. Rico Zandonellas Welt ist bunt bis schrill, seine Gerichte brechen Konventionen, um sich gleich darauf in aromatischer Kraft und Wohlgefallen aufzulösen. Diese Welt gefällt mir, deshalb suche ich sie ab und zu auf, wenn mir nach gutabgeschmeckter Harmonie ist.

Zandonella hat ein unternehmerisches Kunststück vollbracht, indem er aus «Petermann's Kunststuben» in Küsnacht langsam, aber bestimmt «Rico's» gemacht hat. Unkonventionell ist hier nicht nur die Inneneinrichtung, sondern auch manches, was sich im Verlaufe des Menüs abspielt. Das fängt schon beim Brot an, zu dem es nicht Butter oder Olivenöl gibt, sondern zwei Cremes, eine mit Curry und Aubergine, eine mit Avocado und Radieschen: Bunt und würzig ist das, von erfrischender Schärfe, ungewohnt vielleicht, aber ausgesprochen gut.

Oder die Kartoffeln mit Kaviar, Hopfenspargel und einer Limetten-Vanille-Vinaigrette: ein gleichzeitig edles wie bodenständiges Gericht, geschmacklich kraftvoll und salzig. An der Seite steht zudem ein Tomaten-Brot-Salat, den Zandonella mit in Speck gehüllter Jakobsmuschel zur Haute Cuisine erhebt. Immer

wieder mal fordert der vielsprachige Tessiner auch geübte Gourmets heraus. Etwa, wenn er in Trüffeljus glasiertes Kalbsbries links und Hummer mit Krustentier-Nage und Onsen-Ei rechts serviert und diesem Land-und-Meer-Gericht Erbsen und Pfifferlinge beigibt. «Geht das?», fragt man sich, um kurz darauf die Antwort selbst zu geben: «Und wie!»

Klassiker, neu gedacht

Gang für Gang stellt sich harmonisches Wohlgefühl ein, und beim Sommerreh mit Bananen, Sesam, Wirsing und Pastinaken hebt man nochmals kurz die Augenbraue. Aber im Grunde wurde hier nur der Klassiker, den man vielleicht mit Sellerie, Preiselbeeren und Haselnüssen zubereiten würde, neu gedacht und dadurch wieder interessant gemacht.

Früher als «Kunststuben», heute als «Rico's» – das Restaurant in Küsnacht war immer schon etwas Besonderes. Dass Rico Zandonella es zu seiner ganz eigenen Welt machen konnte, sieht und schmeckt man – zum Glück.

Rico's: Seestrasse 160, 8700 Küsnacht
Tel. 044 910 07 15
Sonntags und montags geschlossen.
Ausführliche Besprechung des Menüs auf:
www.dasfilet.ch



Auto

Frankreich und der freie Markt

Der Peugeot 508 RXH ist ein erfreulich gut gemachter, robuster Kombi mit Hybrid-Antrieb. *Von David Schnapp*

Dieses Lob geht nach Frankreich: Der Peugeot 508 RXH ist ein wirklich gut gemachtes Auto. Ab und zu erhalte ich kritische Zusendungen von Lesern, die mich der Vorliebe für Fahrzeuge aus deutscher Produktion verdächtigen. Tatsächlich bin ich der Meinung, dass aus Deutschland sehr gute Autos kommen. Dass diese Autos ihren Preis haben – auch das wird oft kritisiert –, ist aus Sicht eines Anhängers des freien Marktes in Ordnung. Am Ende darf man so viel für ein Gut verlangen, wie der Kunde bereit ist, dafür zu bezahlen. Nun aber zu Frankreich: Mit Peugeot verbindet mich eine

persönliche Geschichte. Meine Grosseltern fuhrten aus Prinzip Peugeot, der einmalige Versuch einiger Familienmitglieder, ihnen einen Audi beliebt zu machen, welcher den in die Jahre gekommenen Peugeot 504 hätte ersetzen sollen, scheiterte damals an ihrer Treue zur Marke.

Ziffern und Welten

Zwischen dem 504 und dem 508, in dem ich heute sitze, liegen nicht nur ein paar Ziffern, sondern Welten. Der 508 ist ein robuster Kombi, die französische Variante des Audi A4 Allroad oder des VW Passat Alltrack, aber mit einem Hybridantrieb. Ein Zwei-Liter-Diesel- und ein 37-PS-Elektromotor spielen perfekt zusammen und halten den Verbrauch tief. Gemäss EUNorm wären es fantastische 4 Liter Diesel auf 100 Kilometer im Durchschnitt. Tatsächlich komme ich dann im Test auf 6,3 Liter. Das ist nicht der Fehler von Peugeot, der Fahrzyklus, auf dem basierend die Durchschnittswerte ermittelt werden, begünstigt Hybridfahrzeuge übermässig.

Einen Kombi fährt man auch, weil man gewisse Transportbedürfnisse hat. Als Erstes lade

ich darum mein Velo in den Peugeot. Zwei Hebel im Kofferraum gezogen, und in kürzester Zeit ist die grosszügige Ladefläche bereit und das Velo drin.

Auf dem Fahrersitz dann blicke ich auf ein aufgeräumtes, gutverarbeitetes Cockpit mit in der Mittelkonsole versenkten Getränkehaltern, einem Head-up-Display und einer übersichtlichen Anzahl Schaltern und Reglern.

Per Wählrad – beschriftet mit «Hybrid4» – schaltet man zwischen den verschiedenen Fahrmodi hin und her: ZEV (Zero Emission), Auto, Sport und 4WD. Der 508 fährt rein elektrisch an und kann wenige Kilometer elektrisch weiterfahren, wie man das von andern Hybridautos kennt. Wer Allrad wählt, bekommt zwar eine bessere Traktion, aber auch einen höheren Verbrauch. Denn nun arbeitet der Elektromotor an der Hinterachse permanent und muss via Generator vom Dieselmotor mit Energie versorgt werden. Auch wenn das kein echtes Allradsystem ist, sorgt es doch für mehr Sicherheit bei Regen oder Schnee – im Gegensatz zum reinen Frontantrieb.

Preis und Leistung geben beim Peugeot RXH ein recht harmonisches Bild ab. Viel Komfort ist bereits inbegriffen, von LED-Licht über eine automatische Heckklappe bis zur Zwei-Zonen-Klimaanlage. Ganz im Sinne des freien Marktes gewährt Peugeot übrigens zurzeit noch eine Sonderprämie.

Peugeot 508 RXH 2.0 HDi

Leistung: 163 + 37 PS, Hubraum: 1997 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 213 km/h
Preis: Fr. 57 900.–; Testwagen: Fr. 63 450.–





«Gümpfli von einer Blume zur anderen»: Schauspieler und Moderator Müller, 69.

MvH trifft

Walter Andreas Müller

Von Mark van Huisseling — Haben kleine Männer und Schauspieler grosse Egos? Und hat man's als Schwuler karrieremässig schwerer?

Sie führen Tagebuch ...» – «Das ist richtig, wobei <Tagebuch> hochgegriffen ist. Seit vielen, vielen Jahren führe ich so ein *Büchli* [zeigt ein Notizbuch], und das sind eigentlich banale Einträge. Ich bin nicht einer, der jeden Abend hinsitzt und den Tag analysiert. Nein, ich schreib' stichwortmässig auf, wem ich begegnet bin, wo ich war, was ich gesehen habe; Kinobesuche – manchmal sogar, was ich gegessen habe ... Solche Sachen. Damit [ich es weiss], wenn jemand fragt: <Du, was haben wir gemacht?> Vergleichbar mit Memoiren, nicht tiefschürfende Gedanken.» – «Was ist der neuste Eintrag, oder ist das indiskret?» – «Gestern Abend zum Beispiel war ich im Theater, im Keller 62 das Stück <Ich, Mutter und> anschauen, und ich hab notiert: <spannend, unerwartet, amüsan>. Eine Kurzkritik eigentlich.»

Walter Andreas Müller, 69, ist ein Schweizer Schauspieler und Moderator; er ist «auch unter seinem Namens Kürzel WAM bekannt», steht

bei Wikipedia. Wie viele Selbständige, die ihr Berufsleben in der sogenannten kreativen Industrie verbringen, hat er eine Art Bauchladen – er ist etwa Politiker-Parodist oder die Stimme von Globi und inszeniert die Abenteuer der Comicfigur in Gestalt eines blauen Vogels zudem für die erfolgreichen Hörspiele (hat drei Millionen Tonträger verkauft). Er – WAM, nicht Globi – lebt mit seinem Partner, einem Lehrer, in einem Erdhaus im Zürcher Oberland.

«Politiker, die Sie parodieren, mögen Ihre Parodien, sagen sie – glauben Sie das? Oder müssen die das erzählen, um nicht als humorlos dazustehen?» – «Das ist eine unterschiedliche Beurteilung – Moritz Leuenberger hat sensibel reagiert auf, in Führungszeichen, Kritik. Bei Christoph Blocher habe ich das Gefühl, er hat gespürt, dass eine gute Parodie einen Werbeeffekt hat. Blocher hat zu mir gesagt, als wir Ehrengäste waren am Sechseläuten: <Du, das ist lustig, dieses Jahr bin ich zu zweit am Sechseläuten – als dich und als

mich.> Parodieren beinhaltet für mich, mit satirisch-komödiantischem Anspruch zwar, möglichst nah an die Originalpersönlichkeit ranzukommen. Das hat die Konsequenz, dass die Reaktionen aller, die ich parodiert hab, positiv waren. Ich mag Christoph Blocher im Grunde; man muss eine Parodiefigur lieben, damit man sie glaubwürdig rüberbringt. Und ich bin ein harmoniesüchtiger Mensch, glaub' ich.» – «Sie sind im Rentenalter, arbeiten Sie noch, weil Sie wollen oder müssen?» – «Haha, es ist nicht rein ökonomisch [begründet], ich bekomme ja die AHV. Nein, der Hintergrund ist der lapidare, dass der Beruf des Schauspielers keine Pensionierung kennt. Ich bin nie ins Fach des Liebhabers hineingewachsen, sondern hab durch meine Grösse [1,62 Meter] lange Buben spielen müssen, dann bin ich in die Rolle der Vaterfigur gerutscht, jetzt bin ich in der Grossvater-Phase. Und die Perspektive ist, vorausgesetzt, Körper und Geist machen mit, der Urgrossvater.»

«Kleine Männer, sagt man, haben ein grosses Ego – wie sehen Sie's?» – «Ist das wahr, hab ich noch nie gehört. Aber es hat wohl eine Rolle gespielt. Als Schüler, wenn man immer zuhinterstand in der Orgelpfeife ... Und ich musste potenzielle Feinde um mich herum immer kaufen, mit *Füßermöcke*. Oder am Anfang der Schauspielschule, als ich meinte, jetzt steht mir die Welt offen, Hollywood sei die nächste Adresse – und ein Lehrer sagte: <Also, wir nehmen dich, aber Hamlet oder Don Carlos wirst du nie ...> Ich hab gelitten, bis mir ein Lehrer, der gross war, sagte: <Bist ein Löli, überleg mal, was du für Rollen spielen kannst, die ich nicht kann.>» – «Und dass Sie homosexuell sind – war das ein Nachteil für einen Schauspieler in den 1960er, 1970er Jahren?» – «In meiner Zeit, als ich aufwuchs, war das ein Tabuthema. Ich hab auch nie in den Kreisen [Schwulenszene] verkehrt. Und bis vor kurzem hat mich niemand gefragt: <Warum sind Sie nicht verheiratet?> Ich war nie damit konfrontiert, bis ich zum ersten Mal mit einem Partner zusammenlebte und Journalisten zu mir nach Hause kamen und sagten: <Ja, was – Sie sind schwul? Haben wir nicht gewusst.> Mich hat es nie belastet. Organisierte Schwulenkreise waren nie meine Welt. Gleichzeitig fand ich es toll, wenn Kollegen hinstanden und sagten: <Wir heiraten>, oder so.»

Was werden Sie als Nächstes tun?» – «Über den Sommer mach' ich nichts. Und im September beginnen wieder die Proben für die <Comedy Christmas>-Show. Ich geniess' das jetzt, <Kurzfuttersachen> zu machen – heut' ein Interview, morgen einen Sketch für <Giacobbo/Müller> als Sepp Blatter, und am Montag hab ich wieder Wunschkonzert ... Es sind so *Gümpfli*, von einer Blume zur anderen.»

Sein liebstes Restaurant: «Mein Lieblingscafé ist das <Gnädinger> [wo das Gespräch im Mai stattfand, am Schaffhauserplatz in Zürich] – hierher ging ich fast jahrzehntelang *zmörgele* nach der Fröhsendung.» Restaurant «Le Sloop», Port Plaisance, St-Jean-Cap-Ferrat, Tel. +33 4 93 01 48 63

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
12					13	14		15		16	
17					18			19			
		20			21					22	
23	24					25			26		
				27		28		29			
30		31	32				33				
	34					35	36			37	38
39					40				41		
42							43		44		
		45						46			
47							48			49	

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Die Unterbrechung ist (gute?) Unterhaltung
Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Bleibe, aber nicht für lange – klingt nicht begeisternd. 7 Blick Richtung Süden: einst Stadt der röhrenden Motoren. 12 Einer wie er, ja, schon eher verwirrend. 13 So faul ist nur dieses Tier. 16 Man hat es vor sich, wenn einer sich über die Distanz abquälen will. 17 Naturgeschützte Isla der Dominikanischen Republik. 18 Passte 1996 bis 1999 zu 7 waagrecht. 20 Geschüttelt, nicht gerührt, die gekühlte Kalorienbombe. 22 Auf ein Sechstel beschränkter Halbaddierer. 23 Klingt ganz nach Göttern und Helden, Dichtung und Wahrheit. 25 Schweizer, Showmaster, Schlagersänger (†). 27 Mojito: als Original nur dort zu erleben. 29 Wiegt die Sache wirklich schwer, dann erst spricht man von ihnen. 30 Sie qualmt, das passt zu ihr. 33 Man findet ihn oft im Parlament. 34 So eine Nacht!, am liebsten verliebt am See. 35 Dieser Führer hat den Überblick. 37 Schwer entzifferbares germanisches Schriftzeichen. 39 Milde könnte poetisch gesprochen ihre Schwester sein. 41 Zeus' nordische Entsprechung. 42 Problematisch für afrikanisch. 43 Caesar war ihr Mann. 45 Entmannter Mann, teils machtvoll. 46 Typisch Schweiz: eingefüllt im Schweinsnetz. 47 Kurz: in Sachen Chemie ist sie top. 48 Seine Himmelfahrt in feurigem Wagen – nachzulesen im Buch der Könige. 49 Das Zebra bildet mit ihm besonders gerne eine Gemeinschaft.

Senkrecht — 1 Beim Dolcefarniente zählt die Stunde nichts. 2 Er spuckt auf Java immer wieder. 3 Margaret (Thatcher) hatte einen Ehemann. 4 Passt zu Unternehmen (Benzin) und See (Asien). 5 So sagte Winnetou abschliessend, so Karl May. 6 In Kurdistan und fast so gross wie Zürich. 8 Wie das ideale Ehepaar durchs Leben schreitet. 9 Kann anstatt Stadt auch Stätte sein. 10 Wir verdienen sie, mal mehr, mal weniger. 11 Wir können ihn auch einfach Nachbarn nennen. 12 Von Wasser umgebene Landmasse in den USA. 14 Alessandro: verletzter Fussballweltmeister 2006. 15 Sind im Umgang mit andern unangenehm. 19 Anonyme Alkoholiker – nicht anonym ihr Geburtsort. 21 Dieses war das erste Bistum nördlich der Alpen. 24 Wo die Tempel der Isis standen. 26 Dieser Urlaub entspricht klar den Anteilen. 27 Depp – nicht Johnny, sondern ein Franzose. 28 Sie fliesst gemächlich Richtung Lippe. 31 Fluss, Verkehrsader, Pilgerstätte. 32 Mitteilung, fast Aufforderung. 33 Vorname: Shoji, Beruf: Manga-Zeichner. 36 Wohl nicht gerade arm, der Monsieur. 38 Sie setzt eigentlich ein gutes 8 senkrecht voraus. 39 Für ihn ist das Beste gerade schlecht genug. 40 Die Tonart ist ungewöhnlich bei der Sinfonie Nr. 46 von Haydn. 41 Wenn die Welle im Bernabeu-Stadion wogt. 44 Ist in Italien Programm und passt zu 1, 2, 3, 4, 5 und mehr.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 423

	S	K	A	T	F	O	C	U	S	S	P
	T	A	B	A	K	M	N	E	A	P	R
I	E	L	G	E	S	A	B	R	I	N	A
A	T	L	A	N	T	I	S	A	N	O	N
U	S	A	N	Z	S	A	S	I	R		B
X		G	E	F	A	S	S	T	A	L	L
P	B	R	E	N	E	E	S	K	A	I	
A	M	I	S	I	M	A	A	T	T	B	C
S	O	L	C	H	E	I	N	N	E	R	E
	S	C	H	E	R	E	N	B	L	T	N
G	E	H	I	R	N	A	A	Z	E	T	O
	K	E	B	E	B	R	A	U	B	N	G

Waagrecht — 1 SKAT (entwickelte sich aus dem Kartenspiel Schafkopf) 5 FOCUS 11 TABAK 12 NEAPEL 14 FELGE 15 SABRINA 16 ATLANTIS 17 ANONYM 18 USANZ 19 ASIR (a Sir, engl. f. ein [gedelter] Herr) 20 GEFASST 23 ALLE 27 RENEE (franz. f. Renate) 28 SKAI 29 AMIS (franz. f. Freunde) 32 MAAT 34 TBC (Tuberkulose, auch Morbus Koch genannt) 35 SOLCHE 37 INNEREI 39 SCHEREN 40 BLINDE 42 GEHIRN 43 AZETON 44 REBE 45 BRAUEN

Senkrecht — 1 STETS (-on, ein Hut; on = franz. f. man) 2 KALLA (auch Calla, bot. Gattungsnamen) 3 ABGANG 4 TAENZER 6 OMAS 7 UNRAST 8 SEINI 9 SPAN (auch: Mundart-Rockband) 10 PLOMBE 13 ANORAK 14 FAUXPAS 15 SISAN 19 ASEAN 21 FEIERN 22 SEMINAR 24 LATENT 25 LIBIDO 26 BILCHE 28 STELZE 30 MOSER 31 SCHIB 33 ANBAU 36 HERE (engl. f. hier) 38 RIEN (franz. f. nichts, Liedtitel: Non, je ne regrette rien, nein, ich bedaure nichts) 41 ENG

Lösungswort — **FESTSTELLUNG**

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

Am Strand brauchen Sie keine Wollsocken. Nach diesem einfachen Prinzip funktioniert unsere Reiseversicherung.



Starke Leistung macht den Unterschied:
Die CSS Ferien- und Reiseversicherung ist so individuell wie Ihre Ferien. Sie zahlen nur, was Sie tatsächlich brauchen.

Gerne beraten wir Sie. **Ganz persönlich.**



Beratung in 120 Agenturen, per Telefon 0844 277 277 oder auf www.css.ch/reisen